Wirtschaftspolitische Erklärung der KPD S. 3

1 H 3752 CX

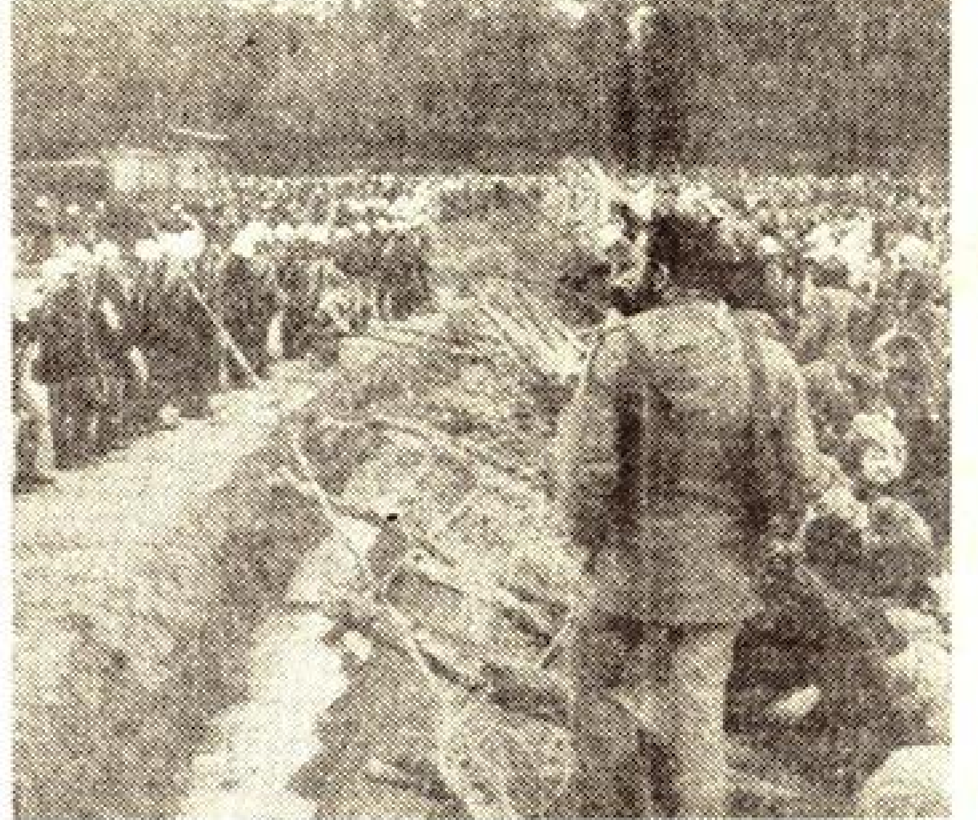
Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 42 vom 16. Oktober 1981 | 15. Jahrgang | 1 DM



10000 GEGEN STARTBAHN-WEST — am Sonntag in Walldorf. Am Wochenende kam es dabei zu massiven Übergriffen der Polizei, die mit Kampfgas und Wasserwerfern mehrere Hundert Menschen krankenhausreif machte. Bereits Mitte der Woche war es zu Knüppelorgien von Sonderkommandos gekommen, nachdem die Propagandaschau in der Presse vom friedlichen Vorgehen der Polizei vorbei war. In Bonn hatten die Startbahngegner am Samstag nochmal deutlich gemacht, daß sie sich mit ihrem Kampf auch gegen NATO-Pläne für Frankfurt richten.

Größte Friedensdemonstration seit Bestehen der Bundesrepublik

300 000 gegen Atomraketen

BONN. — Einer belagerten Stadt glich am 10. Oktober die Bundeshauptstadt Bonn. Belagert von 300000 Menschen, die für die Wahrung des Friedens, gegen neue Atomraketen eintraten. Alle Versuche der Reaktion, diese Massendemonstration als eine Kundgebung im Sinne des sowjetischen Sozialimperialismus darzustellen, sind am breiten Protest gegen die Politik beider imperialistischer Supermächte gescheitert. Diese Demonstration richtete sich, trotz aller Windungen der SPD-Führung und der Schützenhilfe durch den DGB-Bundesvorstand, gegen die Politik der Bundesregierung, gegen den Pakt mit Washington.



In der Bundestagsdebatte am Tag vorher hatten Bundeskanzler Schmidt und die Seinen, ohne irgendeinen Protest im Hause, auf ganz massive Weise versucht, diese Demonstration für ihre eigene, angeblich der Entspannung und dem Frieden dienende Politik zu vereinnahmen. Man solle doch sehen, appellierte Schmidt vergeblich, daß die bevorstehenden Verhandlungen zwischen US-Aussenminister Haig und seinem sowjetischen Kollegen Gromyko aufgrund des Drucks der Bundesregierung zustandgekommen seien. Dies sei der Beweis dafür, daß man eine eigene Politik verfolge und daß man nur so etwas erreichen könne.

Die Friedensbewegung müsse realistischer werden, so der Tenor Schmidts. Die 300000 haben ihm kein Wort geglaubt. Die Vertröstung auf Verhandlungen zwischen den beiden Mächten, die am meisten aggressiv sind, sie vermag heute längst nicht mehr die Wirkung, die sie vor Jahren noch hatte, zu erzielen. Und auch die Kommunistenhetze wirkt nicht mehr so wie einst.

In der Demonstration selbst und unter den Massen der Teilnehmer an den Kundgebungen war die Forderung nach einem NATO-Austritt der Bundesrepublik, nach einer Neutralitätspolitik so stark verbreitet wie bisher noch nie, und die Politik der KPD stieß dabei auf große Aufmerksamkeit.

Für die Reaktion in unserem Land war der breite und massive Protest, der sich vor allem auf die Kriegspolitik des USA-Imperialismus richtete, einmal mehr Anlaß, den sich verbreitenden Antiamerikanismus zu bejammern. Tatsache ist, daß sich diese Opposition gegen den Kurs der amerikanischen Regierung und der herrschenden Monopolherren richtet, nicht aber gegen das amerikanische Volk. So oft wie schon lange nicht mehr war aus diesem Grund die alte Losung „Ami, go home!" auf der Demonstration zu sehen.

Diese Demonstration war ein erster großer Höhepunkt der Friedensbewegung, die sich aufgrund der immer aggressiveren Politik der beiden imperialistischen Militärblöcke in den letzten anderthalb Jahren entwickelt hat. Ohne Zweifel sind dabei die unterschiedlichsten und auch falsche und illusionäre Standpunkte zutage getreten — aber die Basis für die nötige politische Aufklärungsarbeit ist gelegt.

(Siehe auch Berichte auf den Seiten 7 bis 10 und Kommentar auf Seite 2.)

Diese Woche

Gewerkschaftstag

der Gewerkschaft Holz und Kunststoff fordert erneut die 35-Stunden-Woche. Ein Bericht dazu auf Seite 4.

Im Iran

verschärft sich die Entwicklung immer mehr. Ohne Demokratie für das Volk kann es keine geschlossene antiimperialistische Kampffront geben — dazu auf Seite 11.

Kommunique über das 8. Plenum des Zentralkomitees der KPD

Anfang Oktober fand das 8. Plenum des Zentralkomitees der KPD statt. Als Gäste nahmen an dem Plenum die Ersten Sekretäre der Landesbezirksleitungen der Partei teil.

Im Mittelpunkt der Arbeiten des Zentralkomitees stand die Beratung über die Aufgaben, die der Partei im Kampf gegen den Sozialabbau, gegen Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung, sowie im Kampf für die Erhaltung des Friedens erwachsen. Als Ergebnis der Beratungen über diese Probleme verabschiedete das Zentralkomitee eine „Wirtschaftspolitische Erklärung der KPD" sowie „Thesen der KPD zum Friedenskampf". Das Zentralkomitee betonte, daß die Partei ihre Kräfte auf das Eingreifen in den Klassenkampf in den Betrieben konzentrieren muß und unterstrich, daß es auch im Friedenskampf darauf ankommt, unter der Losung „Gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn" die betrieblichen und gewerkschaftlichen Aktivitäten gegen die wachsende Kriegsgefahr zu verstärken.

Das Zentralkomitee verabschiedete einen Aufruf an die Sektion DDR der KPD und rief die Genossen der KPD in der Bundesrepublik und in Westberlin auf, den Kampf zur Unterstützung der verhafteten Genossen und Freunde in der DDR zu verstärken.

Außerdem beriet das Zentralkomitee über weitere Fragen der politischen Arbeit der Partei. Unter anderem beauftragte das Zentralkomitee die Partei, sich dafür einzusetzen, daß anläßlich des Breschnew-Besuchs in der Bundesrepublik eine bundesweite Demonstration der Friedensbewegung gegen die sowjetische Aggressions- und Aufrüstungspolitik stattfindet.

Massenhungerstreik politischer Gefangener in der Türkei

In der letzten Woche beschloß der Europarat, die Türkei nicht aus seinen Reihen auszuschließen, da sie sich mit der Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung auf dem Wege der Demokratisierung befinde. Was es mit dieser angeblich demokratischen Versammlung auf sich hat, wie sie gebildet wird, das hatten wir bereits vor einigen Wochen in einer Erklärung der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei dargestellt und diese „Demokratisierungsthese" widerlegt.

In einem Brief der Auslandsorganisation der RKPT wurde unsere Partei in der letzten Woche über einen Massenhungerstreik in der Türkei informiert, der am 21. September begann und andauert.

1820 politische Gefangene beteiligen sich an diesem Hungerstreik im Istanbuler Militärgefängnis Metris. (Die Adresse für Protestschreiben, Metris Askeri Cezaevi/Istanbul-Türkei.) Unter diesen Hungerstreikenden befinden sich auch verschiedene Mitglieder der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei, von denen zwei, Metin Günormüs und Mustafa Yalciner vor ihrem Hungerstreik barbarisch gefoltert wurden. Beide waren ins Krankenhaus eingeliefert worden, weil sie aufgrund der Folter schwerwiegende Verletzungen erlitten. Mustafa Yalciner war bereits 1971 nach dem Militärputsch politischer Häftling gewesen und erst 1974 im Rahmen einer Amnestie freigelassen worden. Sie wie auch andere hatten sich geweigert, Lobgesänge auf das Militär mitzusingen.

Die pausenlose Fortsetzung des Folterregimes beweist eindeutig, daß alle Propaganda einer Änderung der faschistischen Junta unter Evrens Führung nur Zwecklügen seiner NATO-Hintermänner sind.

Aus Angst vor einer ähnlichen Entwicklung wie in Polen wird eine Unterdrückungswelle organisiert

Neues politisches Terrorurteil in der DDR

Vor einigen Tagen wurde in der DDR abermals ein Staatsbürger in einem politischen Verfahren zu einer Haftstrafe von 34 Monaten verurteilt — die Begründung des Urteils kennen noch nicht einmal die engsten Familienangehörigen. Wie auch die beiden jüngsten Urteile, 44 Monate für das Verkleben eines Plakats und 20 Monate für die „Beihilfe" (!) dazu, ist es ein Urteil, das gefällt wurde, weil diese Menschen vom Honecker-Regime zur kommunistischen Opposition in der DDR gezählt werden.

Jede oppositionelle fortschrittliche Regung wird von der DDR-Justiz massiv verfolgt. So wurde, wie bereits berichtet, der Berliner Maurer Detlef Abramson zu zehn Monaten verurteilt, weil er in einem Gespräch sagte „wir müßten dasselbe machen wie in Polen". Vier Jahre hatte es für den Oberarzt Wilhelm Koch gegeben, der eine Spende für Solidarität in Polen machte.

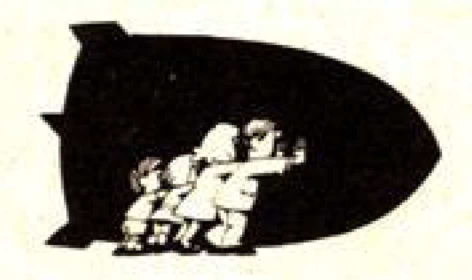
Wenn also bereits solche einfachen Äußerungen normaler Menschen mit aller Brutalität bestraft werden, wenn ein selbsternannter Arbeiter- und Bauernstaat einen Arbeiter wegen eines Gesprächs für zehn Monate einsperrt, dann kann man sehen, welche Strafe solchen Angeklagten drohen, die der kommunistischen „Betätigung" für schuldig befunden werden, wie es bei Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeld der Fall ist, die seit über einem halben Jahr (seit 19. März) in Untersuchungshaft sitzen.

Übt Solidarität!

(Siehe auch Seite 2 und 7.)

Die große Bonner Friedensdemonstration ist vorüber. Ohne Zweifel wird sie in die politische Geschichte der Bundesrepublik eingehen. Wegen ihrer Größe, wegen ihrer Bedeutung und auch wegen ihrer Vorgeschichte, beispielsweise des Widerstands innerhalb des DGB gegen den Beschluß des Bundesvorstands.

Vorbei, Geschichte und jetzt — die Flaute? Das wäre ohne Zweifel ein Rückschlag. Aber man kennt es ja aus der Erfahrung, daß nach solch großen Kampagnen ein Loch kommt, wo eine genaue Perspektive, eine konkrete Zielsetzung fehlt. Im Friedenskampf ergibt sie sich allerdings von selbst, und deshalb darf so etwas nicht eintreten.



Wie weiter im Friedenskampf?

Denn es ist klar: Diese Demonstration war, trotz Dementis, Schwankungen und Unklarheiten, eine Demonstration gegen die Politik der Regierung. Diese Regierung aber, und das hat der Bundeskanzler in seiner Bundestagsrede vor der Demonstration nochmals unterstrichen, denkt nicht daran, ihre Politik zu ändern.

Ihr könnt ruhig demonstrieren, ändern wird sich nichts. Und: Nehmt euch in acht vor Kommunisten, vor den Agenten einer ausländischen Macht, so — Originalton — Schmidt. Und er hat damit auch bereits die Richtung gewiesen, in der die Friedensbewegung gehen muß.

Zum einen hat er natürlich voll in die Kerbe geschlagen, die ein schwacher Punkt dieser Bewegung ist. Die aggressive Politik der UdSSR nämlich und deren Beschönigung durch die DKP.

Zum anderen hat er ungewollt klar gelegt, daß die Aktionen nicht abebben dürfen, daß man nicht einmal eine große Demonstration machen kann — und möge sie noch so groß sein — und dann aufhören. Daß sich dadurch nichts ändere, dieses Argument wird schon durch die bloße Tatsache der Bundestagsdebatte selbst widerlegt.

Es nützt zu kämpfen, es setzt Dinge in Bewegung, dabei entsteht eine Front. Und es wird noch viel mehr nützen, wenn immer mehr die werktätige Bevölkerung in diesen Kampf einbezogen wird.

Deshalb wird es zunehmend darauf ankommen, örtliche, konkrete Arbeit zu organisieren, sei es Aufklärung oder seien es Aktionen gegen stationierte Atomwaffen oder gegen besonders heftige Befürworter einer Politik des Kurses auf Krieg. Deshalb wird es vor allem wichtig sein, immer wieder den Zusammenhang zum Sozialabbau zu zeigen.

Wobei Aufklärungsarbeit nicht nur heißt, zu zeigen, was hinter vielen schönen Worten steckt, sondern auch klar zu machen, immer wieder klar zu machen, wer Interesse an einem solchen Krieg hat, wer ihn vorbereitet, wie er ihn vorbereitet: der Imperialismus.

Und das heißt eben beispielsweise auch, gegen den Besuch Breschnews zu demonstrieren. Solche eine Aktion muß ein Signal sein, daß es wachsende Kräfte innerhalb der Friedensbewegung gibt, die zwar einseitige Abrüstung fordern, aber nicht einseitig eingestellt sind. Kräfte, die sich mit jenen Strömungen innerhalb der RGW-Länder solidarisch fühlen, die dort ebenfalls einseitige Abrüstung fordern.

Und dies heißt auch organisatorische Arbeit, um die Front des Friedenskampfes zu festigen, heißt für uns vor allem für die Zusammenschluß all jener zu arbeiten, die die Losung der Neutralität verfolgen und für richtig finden. Dabei wird der Kampf gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß natürlich nach wie vor im Mittelpunkt der Bemühungen stehen, aber diese Forderung nach NATO-Austritt muß mit verstärkter Kraft vertreten und verbreitet werden.

Tun wir dies und arbeiten wir entschlossen daran, dann wird die Friedensbewegung dem Rat des Bundeskanzlers mit Sicherheit nicht folgen, sie wird sich nicht von seiner Regierung vereinnahmen lassen, sondern wird neue Impulse und ein klares Ziel bekommen und eine dauerhaft wirkende Kraft werden.

Helmut Weiss

Für eine Demonstration aus Anlaß des Breschnew-Besuchs!

Am 9. Oktober wandte sich das Sekretariat der KPD mit einem Brief an alle Organisationen, die die Bonner Friedensdemonstration unterstützt haben. Darin schlägt die Partei vor, auch aus Anlaß des Bonn-Besuchs des sowjetischen Partei- und Staatschefs Leonid Breschnew eine Demonstration gegen die Kriegsgefahr zu organisieren. Die Notwendigkeit und Bedeutung einer solchen Aktion werden in dem Brief dargestellt und es werden konkrete Vorschläge zur Vorbereitung gemacht.

An die Unterstützer der Friedensdemonstration am 10.10.1981 in Bonn

Liebe Freundinnen und Freunde,

wie Ihr wißt, wird Ende November der Staatschef der UdSSR, Leonid Breschnew, die Bundesrepublik besuchen. Wir meinen, daß die Friedensbewegung, die am 10.10. mit einer der bisher größten politischen Demonstrationen in der Geschichte der Bundesrepublik gegen den sogenannten Nachrüstungsbeschluß, für die Abrüstung in Ost und West und für eine atomwaffenfreie Zone in Europa auf die Straße ging, auch anläßlich des Breschnew-Besuchs in der Bundesrepublik für die Erhaltung des Friedens auf die Straße gehen sollte.

Auch andere Organisationen, die die Demonstration am 10.10. unterstützten — etwa die Jungsozialisten und Die Grünen — haben bereits ihre Absicht erklärt, anläßlich des Breschnew-Besuchs zu einer Demonstration aufzurufen. Wir glauben deshalb, daß es richtig ist, möglichst bald ein Vorbereitungstreffen für eine bundesweite Demonstration gegen die sowjetische Aufrüstungs- und Aggressionspolitik in Bonn durchzuführen und zu versuchen, daß möglichst viele Organisationen und Gruppen diese Demonstration unterstützen.

Sicher ist die Vorbereitungszeit für eine solche Demonstration, die Ende November stattfinden müßte, sehr kurz. Sicher bedeutet die Mobilisierung für diese Demonstration auch eine besondere Anstrengung, da wir alle unsere Kräfte für die Vorbereitung der Demonstration am 10.10. bis aufs äußerste angespannt haben. Wir meinen aber, daß wir diese besondere Anstrengung nicht scheuen dürfen. Wir halten es vor allem aus drei Gründen für unbedingt notwendig, daß die Friedensbewegung anläßlich des Breschnew-Besuchs auf die Straße geht:

1. Beachtet man nur die Worte Breschnews und anderer Repräsentanten der Sowjetunion und der übrigen Staaten des Warschauer Paktes, so scheinen sie Welten beispielsweise von einem Minister Haig zu trennen, der in aller Öffentlichkeit erklärt: „Es gibt Wichtigeres als in Frieden zu leben." Betrachtet man dagegen ihre Taten, ihre Politik, denkt man an die CSSR, an Afghanistan, an die wiederholten militärischen Drohungen gegen Polen, an die SS-20-Atomraketen usw. usf., so entlarven sich die schönen Worte als Demagogie, die die Menschen über das gefährliche Großmachtstreben, die Aggressions- und Aufrüstungspolitik der Sowjetunion hinwegtäuschen soll. Der Machtkampf der beiden Supermächte, der beiden Blöcke stellt gegenwärtig die größte Bedrohung des Friedens dar. Deshalb muß die Friedensbewegung auch gegen die beiden Supermächte kämpfen.

2. Wir sind am 10.10. gegen die sogenannte Nachrüstung und damit auch für einseitige Abrüstungsmaßnahmen auf die Straße gegangen. An dieser Forderung nach einseitigen Abrüstungsmaßnahmen müssen wir auch unbedingt festhalten. Denn nur so können wir hier in der Bundesrepublik konkrete Fortschritte zur Erhaltung des Friedens erzielen. Durch die massiven Versuche nicht nur der CDU/CSU, sondern auch bestimmter Kräfte in der SPD, die Friedensbewegung deshalb als „auf einem Auge blind" und als „moskauhörig" diffamieren, dürfen und werden wir uns dabei nicht irre machen lassen. Andererseits müssen wir aber sehr wohl überlegen, wie wir diesen Versuchen, die Friedensbewegung innerhalb der Bevölkerung politisch zu isolieren, wirkungsvoll entgegentreten können, wie wir also innerhalb der Bevölkerung glaubhaft machen können, daß wir keineswegs deshalb für einseitige Abrüstungsmaßnahmen eintreten, weil wir den Frieden nur durch die Politik der USA bedroht sehen. Wir meinen, daß eine Demonstration der Friedensbewegung gegen die sowjetische Aggressions- und Aufrüstungspolitik anläßlich des Breschnew-Besuchs dazu das geeignete Mittel wäre.

3. Es ist schon heute klar, daß es anläßlich des Breschnew-Besuchs auf jeden Fall Demonstrationen geben wird — von den Kräften der äußersten Reaktion. Wir meinen, daß die Friedensbewegung es auf keinen Fall zulassen darf, daß diese reaktionären Kräfte sich etwa vor der Bevölkerung als die einzigen „Kämpfer" gegen die Politik der Sowjetunion aufspielen können. Wir müssen vielmehr durch unsere Demonstration deutlich machen, daß es nicht diese reaktionären Kräfte sind, sondern, daß es die Friedensbewegung ist, die auch gegen die große Bedrohung des Friedens durch die Sowjetunion die Interessen der Bevölkerung vertritt.

Wir schlagen deshalb vor, Ende Oktober oder Anfang November ein Vorbereitungstreffen für eine solche Demonstration durchzuführen.

Auf diesem Vorbereitungstreffen sollten wir den Entwurf für einen kurzen Aufruf für diese Demonstration und auch alle organisatorischen Fragen besprechen, da die Zeit für weitere Vorbereitungstreffen so kurz sein dürfte. Wir wären natürlich bereit, ein solches Treffen vorzubereiten, würden es aber genauso begrüßen, wenn andere Organisationen dazu die Initiative ergreifen würden.

Bitte teilt uns möglichst bald mit, wie Ihr über eine bundesweite Demonstration anläßlich des Breschnew-Besuches und über ein entsprechendes Vorbereitungstreffen denkt. In Anbetracht der Kürze der uns zur Verfügung stehenden Zeit wäre es am besten, wenn Ihr uns bis Mitte Oktober Bescheid geben könntet.

Mit freundlichen Grüßen
Horst-Dieter Koch

Breite internationale Aktionen zur Unterstützung der in der DDR verhafteten Kommunisten

Die Verhaftungen und Urteile gegen Genossen und Sympathisanten der KPD Sektion DDR, die in den westdeutschen Medien nach wie vor verschwiegen werden, haben in verschiedenen Ländern zu breiten Protestaktionen geführt, die in der Öffentlichkeit der betreffenden Staaten großes Aufsehen erregten. Organisatoren dieser Proteste waren die kommunistischen Bruderparteien und antifaschistisch-demokratische Organisationen.

In Dänemark hatte die DKP/M-L in ihrem Zentralorgan „Arbejderen" den Festnahmen in der DDR die Schlagzeile ihrer Ausgabe vom 2. September gewidmet und zu breiten Protesten aufgerufen. Am 1. Oktober wurde eine Protestversammlung vor der Botschaft der DDR in Dänemark von einem kürzlich gebildeten überparteilichen Solidaritätskomitee organisiert, wo eine vorher verabschiedete Resolution übergeben wurde. Diese Aktion fand auch in der bürgerlichen Presse Dänemarks Widerhall.

Über eine „Picket-Line", die die Genossen der Arbeiterpartei der Niederlande (Aufbauorganisation) vor der DDR-Botschaft in ihrem Land organisierten, hatten wir bereits berichtet, auch dabei wurde eine Protestresolution übergeben. In beiden Ländern begannen auch die Sammlungen von Solidaritätsunterschriften und die Versendung von Protestpostkarten. Solche Aktionen wurden auch in Neuseeland begonnen.

In Britannien organisierte die Demokratische Volksfront Britanniens am 1. Oktober vor der DDR-Botschaft eine Protestversammlung, auf der die Demonstranten die sofortige Freilassung der Genossen und Sympathisanten der KPD in der DDR forderten. Die Nationale Leitung dieser Organisation wie auch das Zentralkomitee der Revolutionären Kommunistischen Partei Britanniens sandten an die Regierung der DDR und an den Generalstaatsanwalt der DDR Protestschreiben, in denen die sofortige Freilassung der Verhafteten gefordert wurde.

In Portugal, wo „Bandeira Vermelha", das Zentralorgan der Kommunistischen Partei (Wiederaufgebaut) am 10. September einen großen Artikel veröffentlichte, in dem zur Solidarität mit den Verhafteten aufgerufen wurde, läuft ebenfalls eine starke Solidaritätskampagne. Der Parlamentsabgeordnete der UDP begann mit einer Kampagne zur Organisierung des Protestes fortschrittlicher Abgeordneter aus Portugal, der sich bereits eine Reihe Politiker angeschlossen haben.

In Surinam veröffentlichte die KP Surinams eine Protesterklärung, die in der größten Zeitung des Landes „De ware Tijd" in vollem Umfang und mit ausführlicher Berichterstattung abgedruckt wurde. Das Zentralkomitee der KP Surinams sandte außerdem ein Protesttelegramm an die Regierung der DDR, in dem die sofortige Freilassung der Gefangenen gefordert wird.

Auch andere kommunistische Parteien und demokratische Massenorganisationen des Auslands berichteten uns bereits von geplanten Aktivitäten, die in diesen Tagen stattfinden sollen. Dieser Protest wird überall von linken und demokratischen Kräften weit über die jeweiligen Organisationen hinaus mitgetragen und geteilt. Diese Aktionen im Geiste des proletarischen Internationalismus sind für den Kampf unserer Partei um die Freiheit der Genossen und Freunde in der DDR eine wichtige Hilfe, die auch unserem eigenen Kampf neuen Auftrieb geben und den Machthabern in Berlin zeigen, daß sie ihre Untaten vor der fortschrittlichen Weltöffentlichkeit nicht verbergen können.

In der Bundesrepublik selbst wurde die Solidaritätskampagne in der letzten Woche auf der Bonner Friedensdemonstration fortgesetzt, wo zahlreiche Unterschriften gesammelt wurden. Die Tatsache, daß „amnesty international" sich bereit erklärt hat, die politischen Gefangenen zu betreuen und ihren Prozeß zu beobachten, wird dazu führen, daß die demokratische Öffentlichkeit unseres Landes zunehmend über diese Vorgänge informiert wird und ihren Protest ausdrücken wird.

Verstärken auch wir unsere Bemühungen weiter!

Protestiert bei der

- **bei der Ständigen Vertretung der DDR, Kölner Straße 18 in 5300 Bonn-Bad-Godesberg (Tel.: 0228 / 379051);**
- **bei der Generalstaatsanwaltschaft in Berlin (Tel: 5109371);**

Schreibt den

Inhaftierten an die • Generalstaatsanwaltschaft von Berlin, in 1026 Berlin, Littenstraße 16-17 unter Angabe von Namen und Geburtsdatum des Gefangenen.

Bestellt und verschickt die Protestpostkarten beim Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Die Reichen sollen die Krise bezahlen

Wirtschaftspolitische Erklärung der KPD

Darin sind sich, wenn's ums Geld geht, alle Bonner Parteien einig: den Armen nehmen, den Reichen geben. Die Kürzung des Kindergeldes für das zweite und dritte Kind, die Kürzung in Milliardenhöhe bei der Bundesanstalt für Arbeit, höhere Rezeptgebühren und Leistungsabbau im Gesundheitswesen, die Erhöhung der Tabak- und Branntweinsteuer — alles das geht zu Lasten der Arbeiter und Angestellten, der kleinen Beamten, vor allem der arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen.

Auf der anderen Seite: Mehrausgaben für die Rüstung, Investitionsanreize, Exportsubventionen, Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten, Subventionen für die Einführung von Mikroelektronik — neue Milliardengeschenke an die Monopole und die Reichen.

„Alle müssen Opfer bringen" erklären die Herren in Bonn, erklären die Unternehmer. Alle? Dem Flick-Konzern wurden in den vergangenen Jahren 1,12 Milliarden Mark an Steuern geschenkt. Die Großbanken werden aufgrund der Staatsverschuldung allein 1982 rund 19 Milliarden Mark an Zinsen vom Bund kassieren. Auf 80 bis 100000 wird die Zahl der Millionäre in unserem Land geschätzt, die insgesamt über ein steuerpflichtiges **Privatvermögen** zwischen 400 und 500 Milliarden Mark verfügen dürfen. Ein Sonderopfer für diese Kreise wird in Bonn noch nicht einmal erwogen. In Wirklichkeit sollen die Arbeiter und Angestellten den Gürtel enger schnallen, damit die Reichen trotz Krise noch reicher werden.

Aber nicht die Arbeiter und Angestellten, nicht die schwer arbeitende Bevölkerung trägt die Verantwortung für Krise und Staatsverschuldung. Die Monopole und die Hochfinanz, die Milliardäre und Rüstungsgewinnler sind verantwortlich für Krise und Staatsverschuldung und bereichern sich dabei in kuam glaublichen Ausmaß. Milliarden und Abermilliarden wurden und werden ihnen aus der Staatskasse zugeschustert. Diese Kreise müssen zur Kasse gebeten werden, um das Bonner Haushaltsloch zu stopfen. Deshalb fordert die KPD:

Die Reichen sollen die Krise bezahlen!

- **Drastische Anhebung der Besteuerung der Profite von Konzernen und Banken!**
- **Faktisches Wegsteuern aller Beträge über 120000 Mark Jahreseinkommen! Anhebung der Einkommens- und Körperschaftssteuer ab 80000 Mark Einzeljahreseinkommen!**
- **Kompromißlose Eintreibung aller Steuerschulden der Banken, Konzerne und Großverdiener! Schluß mit den Steuergeschenken an die Unternehmer! Schluß mit dem Abschreibungsmißbrauch! Durchgreifen gegen die Wirtschaftskriminalität!**

Das größte Loch in die Staatskasse reißen die Rüstungsausgaben. Der Rüstungsetat 1982 soll um 4 Prozent auf die neue Rekordhöhe von 43,7 Milliarden Mark steigen. Rechnet man Militärausgaben, die sich in anderen Posten des Bundeshaushaltes verbergen, hinzu, ergeben sie Rüstungs- und Militärausgaben in einer Gesamthöhe von rund 60 Milliarden Mark.

Diese ungeheure Verschwendung von Steuergeldern für das Großmachtstreben des westdeutschen Imperialismus, für die aggressive NATO, die Unterstützung der kriegstreiberischen Politik der amerikanischen Regierung und die Profite der Rüstungsindustrie erhöht nicht nur mit jedem Tag die Gefahr, daß unser Land zum zentralen Schlachtfeld eines neuen Weltkrieges wird. Sie führt auch dazu, daß der Staat immer stärker zum Abbau sogenannter sozialer Leistungen übergeht, weil dieser Rüstungswahnsinn anders gar nicht mehr finanzierbar ist. Die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten sowie



der unteren Beamtenschaft erfordern, daß mit dieser Hochrüstungspolitik Schluß gemacht wird. Deshalb fordert die KPD als ersten Schritt für den Haushalt 1982:

- **Herabsetzung der Rüstungsausgaben um mindestens 20 Prozent!**

Für die kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze!

Der ungeheure Anstieg der Arbeitslosigkeit ist in der Hauptsache Folge eines rücksichtslosen Rationalisierungsfeldzuges der Unternehmer. Durch die Einführung neuer Maschinen und Technologien, durch die Stillegung von Produktionsbereichen und ganzen Betrieben treiben die Unternehmer Tag für Tag die Vernichtung von Arbeitsplätzen voran. Diese nicht nur für die unmittelbar betroffenen Belegschaften und die um ihren Arbeitsplatz gebrachten Arbeiter und Angestellten, sondern längst für ganze Regionen und für die gesamte arbeitende Bevölkerung unseres Landes katastrophale Prozeß vollzieht sich ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des größtmöglichen Unternehmerprofits. Um das Ausmaß der durch die kapitalistische Rationalisierung hervorgerufenen Arbeitsplatzvernichtung einzudämmen, unterstützt die KPD die gewerkschaftlichen Forderungen nach Verkürzung der wöchentlichen, jährlichen und Lebensarbeitszeit. Dazu gehört auch die Forderung an den Gesetzgeber, den Unternehmern endlich durch eine überfällige Reform der Arbeitszeitordnung aus dem Jahre 1938 (!) die Möglichkeit zu nehmen, die Arbeitszeit weit über die bestehenden tarifvertraglichen Regelungen hinaus auszudehnen.

- **35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!**
- **Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre für Männer, auf 55 Jahre für Frauen! Für Schicht- und Schwerstarbeiter/innen 5 Jahre früher!**
- **6 Wochen Mindesturlaub!**
- **Reform der Arbeitszeitordnung (derzeit 48-Stunden-Woche) ausgehend von den in der Regel bestehenden tarifvertraglichen Vereinbarungen (40-Stunden-Woche, 8-Stunden-Tag, 5-Tage-Woche) und unter Berücksichtigung der gewerkschaftlichen Bestrebungen zur Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden! Den Unternehmern muß die gesetzliche Möglichkeit genommen werden, Arbeiter und Angestellte gegen ihren Willen zu Überstunden zu zwingen!**

Der Kampf gegen die weitere massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen erfordert gesetzliche Bestimmungen, die den Unternehmern Massenentlassungen erschweren und die Stellung der Betriebsräte in diesem Zusammenhang stärken. Im Zusammenhang mit der zu fordernden gesetzlichen Erschwerung von Massenentlassungen ist es ein empörender Skandal, daß Unternehmen, die wegen angeblich schlechter Ertragslage Massenentlassungen durchgeführt haben, für das gleiche Geschäftsjahr hohe Dividende an ihre Aktionäre ausschütten.

- **Investitionen, die die Zahl und Qualität der vorhandenen Arbeitsplätze verändern, müssen der Zustimmung des Betriebsrates bedürfen!**
- **Vetorecht des Betriebsrates bei Massenentlassungen!**
- **Statt einfacher Anmeldungspflicht Genehmigungspflicht für Massenentlassungen!**

Milliarden wurden in den vergangenen Jahren an die Unternehmer gezahlt, angeblich um die Konjunktur anzukurbeln und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Tatsächlich wurden diese Gelder von den Unternehmern überwiegend benutzt, um das Tempo der Rationalisierung und damit der Arbeitsplatzvernichtung zu beschleunigen. Die aufwendigen Konjunkturprogramme der vergangenen Jahre waren ein einziger Betrug an der Arbeiterklasse. Ähnliche Konjunkturprogramme würden auch in Zukunft auf den gleichen Betrug hinauslaufen. Sie wären nichts als ein demagogischer Vorwand, um die Unternehmer erneut in den Genuß eines warmen Geldregens aus den Steuergeldern der Werktätigen zu bringen.

- **Alle staatlichen Subventionen an Unternehmen müssen rechtsverbindlich an die Schaffung bzw. den Erhalt von Arbeitsplätzen gebunden sein. Die Kontrolle soll durch die Betriebsräte erfolgen!**

Die KPD fordert weiterhin, daß der Staat den Rahmen seiner tatsächlichen Möglichkeiten, neue Arbeitsplätze zu schaffen, voll ausschöpft, anstatt, wie im öffentlichen Dienst, im großen Ausmaß die Vernichtung von Arbeitsplätzen anzusteuern. Es ist festzustellen, daß — nicht zuletzt, um die steigenden Rüstungsausgaben und die Milliardengeschenke an die Unternehmer zu finanzieren — aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen und aus Gründen des Umweltschutzes absolut vordringliche Aufgaben nicht oder nur völlig unzureichend in Angriff genommen wurden, womit staatlicherseits bestehende Möglichkeiten zur Schaffung von Arbeitsplätzen nicht wahrgenommen wurden. Als Beispiele seien genannt: Behebung der Wohnungsnot, Sicherung der Energieversorgung auf Kohlebasis durch die Ausweitung des Steinkohlenbergbaus und der Kohleveredelung, Ausbau des Fernwärmenetzes, Kindergärten- und Tagesstätten, Verkleinerung der Schulklassen durch entsprechende Baumaßnahmen und Einstellung aller arbeitslosen Lehrer u.a.

Für die Rechte der Arbeitslosen!

Für die Arbeiterklasse, die am schwersten von den Folgen der kapitalistischen Wirtschaftskrise betroffen sind, fordert die KPD Ausbau statt Abbau der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung, Beseitigung aller Bestimmungen, die eine Diffamierung der arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen darstellen und darauf abzielen, die Kollegen zur Annahme **jeder** Arbeit zu zwingen, auch wenn eine erhebliche Entwertung ihrer beruflichen Qualifikation damit verbunden ist. Der Unternehmereinfluß in den Arbeitsämtern muß gebrochen und die Stellung der Gewerkschaften gestärkt werden.

- **Arbeitslosengeld für die volle Dauer der Arbeitslosigkeit!**
- **Ausweitung der Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen!**
- **Schaffung von Berufsausbildungsplätzen für arbeitslose Jugendliche durch den Staat!**
- **Anerkennung des Rechts eines jeden Arbeitslosen auf Erhalt der durch Ausbildung und/oder Berufserfahrung erworbenen Qualifikationen!**
- **Weg mit den Sperrfristen! Schluß mit der Verschärfung der Zumutbarkeits- und Verfügbarkeitsbestimmungen!**
- **Schluß mit dem Unternehmereinfluß in den Arbeitsämtern! Keine Berücksichtigung der Arbeitgeberverbände mehr bei der Besetzung der Selbstverwaltungsorgane!**

Den Gürtel enger schnallen oder kämpfen?

„Den Gürtel enger schnallen" oder kämpfen, um die eigenen wirtschaftlichen Interessen und sozialen Errungenschaften gegen die Krisenangriffe der Unternehmer und des bürgerlichen Staates zu verteidigen? So steht für die Arbeiter und Angestellten jetzt die Frage. Stillzuhalten — das hieße nicht nur die Opfer, die uns heute schon zugemutet werden, zu schlucken. Wenn wir uns nicht entschlossen wehren, wird es noch dicker kommen. Die kapitalistische Wirtschaftskrise wird sich in den nächsten Jahren weiter verschärfen. Selbst bürgerliche Wirtschaftswissenschaftler, die in der Regel zur Beschönigung des Kapitalismus neigen, sagen ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit auf fünf Millionen im Laufe der 80er Jahre voraus. Für die Unternehmer und ihre Politiker ist die Marschrichtung klar: Der kleine Mann soll bluten. Alle Lasten der Krise sollen auf die Arbeiter- und Angestelltenschaft abgewälzt werden.

Das muß verhindert werden! Um jeden Groschen Lohn, um jeden Arbeitsplatz, um jeden Zipfel sozialer Sicherheit gilt es zu kämpfen.

Wir haben hier jene Forderungen zusammengefaßt, die nach unserer Auffassung am ehesten geeignet sind, einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit, einer weiteren sozialen Entrechtung der Arbeiter- und Angestelltenschaft entgegenzuwirken und die auch durchsetzbar sind. Durchsetzbar durch den solidarischen Kampf der Arbeiter und Angestellten und ihrer Gewerkschaften. Das ist das Gebot der Stunde. Diese einheitliche Kampffront gegen die Krisenangriffe der Unternehmer ist nach unserer Überzeugung nicht nur notwendig, sondern auch möglich, wenn in unseren Gewerkschaften Schluß gemacht wird mit sozialpartnerschaftlichen Illusionen und Konzepten und ein klarer klassenkämpferischer Kurs eingeschlagen wird. Dafür wird unsere Partei sich einsetzen.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30,** Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 /92.

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 1,** Parteibüro der KPD, Bockenheimer Anlage 1, Tel.: 0611/552903, geöffnet: Do + Fr 17.30 - 20 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

7800 **Freiburg,** Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10 - 13 Uhr.

2000 **Hamburg 6,** Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 **Hannover,** Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Sa 10 - 14 Uhr.

7100 **Heilbronn,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30 - 19.30 Uhr.

7500 **Karlsruhe 1,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestr. 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di - Fr 17 - 18.30 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr, Tel.: 0721 / 848408.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 **Nürnberg,** Parteibüro der KPD, Humboldstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 **Osnabrück,** Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

Gewerkschaftstag der Holzarbeiter

35-Stunden-Woche — ja! NATO-Raketenbeschluß — nein!



„Gemeinsam sind wir stark". So lautete das Motto des 11. ordentlichen Gewerkschaftstages der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, der vom 4. bis einschließlich 9. Oktober in Travemünde stattfand.

TRAVEMÜNDE. — Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) ist als kleine, aber dennoch verhältnismäßig wichtige, kämpferische und profilierte Einzelgewerkschaft des DGB bekannt. Auf dem 11. ordentlichen Gewerkschaftstag der GHK, der vom 4. bis 10. Oktober in Travemünde stattfand, wurden eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die diesen Ruf der Holzarbeitergewerkschaft bestätigen.

Zum Organisationsbereich der GHK gehören Arbeiter und Angestellte in der Holz- und Kunststoffverarbeitung. Vertreten sind dabei folgende Berufe: Tischler, Sägewerker, Holzmechaniker, Plattenwerker, Bleistiftmacher, Orgelbauer, Vergolder, Bodenleger, Böttcher und Küfer, Glaser, Knopfmacher, Modellbauer, Möbelverkäufer, Parkettleger, Klavierbauer, Schiefertafelmacher, Karosseriebauer, Schuhleistenmodelleure, Korbmacher, Bürstenbinder, Werkmeister, EDV-Sachbearbeiter, Innenarchitekten, Ingenieure und Designer.

Die Gewerkschaft hat gegenwärtig rund 160000 Mitglieder. Im gesamten Organisationsbereich der GHK sind über 600000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Der Organisationsgrad ist niedrig, was wohl vor allem eine Folge des Vorherrschens von Klein- und Mittelbetrieben in diesem Bereich ist. Die GHK hat sich zum Ziel gesetzt, ihn in den 80er Jahren auf 50 Prozent zu bringen. Seit dem letzten Gewerkschaftstag der GHK im Jahre 1977 konnte die Mitgliederzahl immerhin um 25000 gesteigert werden.

Die wichtigsten Beschlüsse, die von den 156 gewählten Delegierten gefaßt wurden, beziehen sich auf Fragen der Tarifpolitik (vor allem Lohn und Arbeitszeit), des Kampfes gegen Sozialabbau und für Friedenssicherung. Auch zu innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen im DGB wurden einige wichtige Stellungnahmen abgegeben. (Die Beschlüsse in Sachen Sozialabbau waren uns bei Redaktionsschluß leider noch nicht bekannt.)

Was den Friedenskampf betrifft, so ist besonders hervorzuheben, **daß der Kongreß klar und eindeutig die Rücknahme des NATO-„Nachrüstungsbeschlusses" gefordert hat.** Darüber hinaus wurde im Bereich Frieden und Abrüstung noch eine ganze Palette weiterer konkreter Forderungen verabschiedet:

- **Keine Lagerung von Neutronenwaffen in der Bundesrepublik.**
- **Keine Ausweitung des Rüstungshaushaltes, sondern Herabsetzung der Rüstungsausgaben und staatliche Unterstützung für alternative Produktionen zur Umrüstung auf Friedensproduktion.**
- **Einstellung des Rüstungsexports.**
- **Keine Frauen in den Militärdienst.**
- **Keine Verlängerung des Zivil- und Militärdienstes in der Bundeswehr.**

Was die Tarifpolitik betrifft, so wurden vor allem zur Frage der Arbeitszeitverkürzung wichtige Beschlüsse gefaßt. So wurde die Notwendigkeit bekräftigt, in erster Linie den Kampf um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit voranzutreiben, wobei als Ziel die Erreichung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich bis Ende der 80er Jahre gesetzt wurde.

Ferner wurde beschlossen, auch für die Herabsetzung der Lebensarbeitszeit sowie für die Verlängerung bezahlter Erholpausen verstärkt den Kampf zu führen. Dabei wird konkret die Herabsetzung des Rentenalters für Schichtarbeiter auf 58 Jahre und die Senkung der flexiblen Altersgrenze auf 60 Jahre gefordert.

Was die Lohnpolitik angeht, so wurden die Lohnverzichtsparolen der Unternehmer und ihre Versuche, eine Lohnpause aufs Tapet zu bringen, scharf zurückgewiesen. Andererseits jedoch wurde die berechtigte Kritik aus der Basis an der Lohnpolitik der Gewerkschaftsführung auf dem Kongreß ignoriert. Dies halten wir allerdings für eine schlechte Haltung, die der Kampfkraft der Gewerkschaft nicht nützen, sondern nur schaden kann!

Der Hinweis auf die Tatsache, daß die Tarifabschlüsse der GHK in den letzten Jahren stets erheblich über dem DGB-Durchschnitt lagen, ändert daran nichts. Maßstab für die Bewertung von Tarifabschlüssen ist letztlich die Kampfentschlossenheit der Mitglieder und die Kampfkraft der Organisation, die von Ersterem entscheidend abhängt.

Mit Recht herrschte unter den GHK-Mitgliedern die öfteren Erbitterung, wenn die Führung bei der Aufstellung von Lohnforderungen abgewiegelt hat, oder wenn sie faule Kompromisse mit den Unternehmern eingegangen ist.

Der 11. ordentliche Gewerkschaftstag der GHK nahm auch zu einigen aktuellen Streitpunkten Stellung, die im DGB gegenwärtig bei den gewerkschaftspolitischen Auseinandersetzung zwischen den rechten Bonzen und den oppositionellen Kräften im Vordergrund stehen.

Als solche Stellungnahme ist faktisch ja auch die Verurteilung der NATO-„Nachrüstung" zu bewerten, richtet sie sich doch gegen die Politik der Vetter und Konsorten, den Rüstungskurs der Bundesregierung zu unterstützen.

Desweiteren nahm der Gewerkschaftstag auch gegen den Verbotsbeschluß des Bundesvorstands zur Bonner Friedensdemonstration Stellung und solidarisierte sich — gegen den Willen der Antragsprüfungskommission — ausdrücklich mit IGM-Vorstandsmitglied Georg Benz und seinem Entschluß, als Redner in Bonn aufzutreten. In einem Initiativantrag, der mit großer Mehrheit angenommen wurde, beauftragte der Gewerkschaftstag Georg Benz damit, eine Entschließung des GHK-Gewerkschaftstages zum Friedenskampf auf der Bonner Kundgebung zu verlesen.

Mit großer Mehrheit wurde auch die Maulkorbrichtlinie des DGB-Bundesausschusses verurteilt, die die Unterzeichnung von politischen Appellen und Aufrufen durch Gewerkschaftsmitglieder reglementieren soll.

Personell hatte der Gewerkschaftstag wichtige Entscheidungen zu fällen. Der bisherige Vorsitzende Kurt Georgi trat aus Altersgründen von seinem Amt zurück. Georgi war unter den Führern der DGB-Gewerkschaften stets auf der linken Seite des Spektrums zu finden. An seine Stelle tritt jetzt Horst Morich, einer der bisherigen beiden stellvertretenden Vorsitzenden. Morich gilt allerdings als „politisch wenig profiliert".

Interessant ist, daß entgegen den Vorschlägen des Gewerkschaftsbeirats der bisherige Chefredakteur der Holzarbeiterzeitung, Peter Riemer, in einer Kampfabstimmung zu einem der zwei stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde. Riemer gilt als „profilierter Linker". Nebenbei sei an dieser Stelle erwähnt, daß Peter Riemer im Verlaufe des Kongresses unter dem Beifall der Delegierten es verurteilte, daß gewisse Gewerkschaftsfunktionäre sich nicht scheuen, dem gewerkschaftsfeindlichen Hetzblatt „Bild" Interviews zu gewähren.

Außerordentlicher Gewerkschaftstag der GEW

Fristers vorzeitiger Abgang

Eklat wegen Auseinandersetzung um Neue Heimat

FRANKFURT. — Gewerkschaftspolitisch brisante Beschlüsse und der spektakuläre Rücktritt und vorzeitige Abgang des bisherigen GEW-Chefs Erich Frister prägten das Profil des außerordentlichen Gewerkschaftstages der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der am 3. und 4. Oktober in Frankfurt am Main tagte. Der Kongreß stand unter dem Motto: „Arbeit und Bildung, Frieden und Freiheit".

Der außerordentliche Gewerkschaftstag war nötig geworden, weil der bisherige GEW-Vorsitzende Erich Frister, der erst auf dem ordentlichen Gewerkschaftstag vor einem Jahr wiedergewählt worden war, seinen Posten bei der GEW räumt, um als Direktor bei der DGB-eigenen Wohnungsbaugesellschaft Neue Heimat seiner Karriere eine neue Wendung zu geben. Eigentlich wollte Frister als GEW-Vorsitzender jedoch noch bis Ende Oktober im Amt bleiben. Nun aber hat er auf dem Frankfurter außerordentlichen Kongreß unter spektakulären Umständen vorzeitig das Handtuch geworfen.

Anlaß für Fristers spektakulären Rücktritt war die Tatsache, daß ein Antrag des Berliner Landesverbandes der GEW mit großer Mehrheit angenommen worden ist, der die schändliche Rolle der Neuen Heimat im Zusammenhang mit dem Vorgehen von Senat und Polizei in Westberlin gegen die Hausbesetzer aufs Korn nimmt.

In diesem Antrag wird unter anderem folgendes gefordert:

- Keine weiteren Räumungsanträge für instandbesetzte Häuser, die der Neuen Heimat gehören.
- Rücknahme von Strafanzeigen gegen die Instandbesetzer.
- Entwicklung eines wohnungspolitischen Konzeptes durch den DGB, das die Konzepte der Hausinstandbesetzer berücksichtigt.

Frister war mit genau den gleichen demagogischen Argumenten gegen diesen Antrag aufgetreten, die man bereits von den Sickert, Koch und Konsorten, den berüchtigten ultrarechten Westberliner Bonzenmafia, kennt: Die Hausbesetzer würden die Renovierung von Wohnungen für kinderreiche Familien verhindern und die Arbeitsplätze der Bauarbeiter gefährden.

Völlig zu Recht wurde diese schmutzige Demagogie des Erich Frister von einigen Delegierten auf dem Kongreß als skandalös gegeißelt. Es wurde auch entlarvt, daß diese Argumentation darauf berechnet ist, die Arbeiter gegen die Hausbesetzer auszuspielen und einer volks- und arbeiterfeindlichen Wohnungspolitik Schützenhilfe zu geben, die einzig und allein im Interesse von Baulöwen, Spekulanten und Miethaien ist.

Der Westberliner Delegierte Pfahlbusch stellte heraus, daß wegen der Unterstützung der Räumungspolitik des CDU-Senats ausgerechnet durch die DGB-eigene Neue Heimat „die Baulöwen und Spekulanten in Berlin lächelnd hinter den Gardinen" stehen.

Diese Auseinandersetzung, die die tiefe Kluft zwischen Frister und der großen Mehrheit der Delegierten deutlich machte, fand am ersten Kongreßtag statt. Am zweiten Tag erschien Frister nicht mehr auf dem Kongreß. Stattdessen ließ er durch den am Vortag zu seinem Nachfolger gewählten Dieter Wunder seinen vorzeitigen und sofortigen Rücktritt erklären.

Der zweite gewerkschaftspolitisch brisante Akt auf diesem Gewerkschaftstag war der ebenfalls mit großer Mehrheit gefaßte Beschluß, die GEW-Mitglieder zur Teilnahme an der Friedensdemonstration am 10. Oktober in Bonn aufzurufen. Dies bedeutet für die rechten DGB-Führer eine besonders schallende Ohrfeige, denn immerhin ist ein Gewerkschaftstag das höchste Organ einer Gewerkschaft.



Wollte zur Frage der Unvereinbarkeitsbeschlüsse nicht Farbe bekennen: Der neue GEW-Vorsitzende Dieter Wunder.

In dem gleichen Antrag forderte der Gewerkschaftstag die Verhinderung der geplanten Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern und von Neutronenbomben durch die Bundesregierung. Ein Antrag zur Unterstützung des Krefelder Appells fand keine Mehrheit unter den Delegierten, weil in diesem Appell der Sowjetunion eine friedliche Rolle unterstellt wird. Der Kongreß sprach sich gegen jede Art von Wehrkundeunterricht und militaristische Propaganda in den Schulen der BRD und Westberlins aus und er verurteilte zugleich den Wehrkundeunterricht und die militaristische Erziehung an den Schulen der DDR.

In zwei Leitanträgen bekräftige der Gewerkschaftstag die Notwendigkeit entschlossenen gewerkschaftlichen Kampfes gegen die Sparpolitik der Bundesregierung auf dem Rükken der arbeitenden Menschen, speziell auch im Bildungsbereich. Aktionen gegen Sparmaßnahmen und gegen die Lehrerarbeitslosigkeit sollen in den kommenden Monaten Schwerpunkte der GEW-Arbeit sein. Auch der Kampf für eine „bildungspolitische Offensive" mit dem Ziel einer tiefgreifenden demokratischen Bildungsreform wurde erneut als entscheidende Aufgabe der GEW betont.

Zum Nachfolger des in Unfrieden geschiedenen Erich Frister wurde der Hamburger Oberstudiendirektor Dieter Wunder gewählt. Er war der einzige Kandidat, der zur Wahl stand. Wunder erhielt bei der Wahl 287 von 389 Stimmen. 64 Delegierte stimmten gegen ihn, 37 enthielten sich. Der Großteil dieser Gegenstimmen und Enthaltungen (zusammen machen sie immerhin mehr als ein Viertel der Gesamtstimmenzahl aus) dürfte von linken Delegierten stammen, denn in der Personaldiskussion zeichnete sich Wunder nicht gerade durch einen klaren fortschrittlichen Standpunkt aus.

Zur Bonner Demonstration werde er nicht gehen, erklärte Wunder, er müsse loyalität gegenüber dem DGB-Bundesvorstand üben, auch wenn er den Verbotsbeschluß „nicht für glücklich" halte. Zu seiner Haltung zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen gefragt, für deren Abschaffung im DGB schon der letzte ordentliche Gewerkschaftstag der GEW ausgesprochen hatte, lavierte Wunder ebenfalls, gab dabei aber deutlich zu erkennen, daß er ein Befürworter der gewerkschaftlichen Ausschlußpraktiken gegen revolutionäre und klassenkämpferische Gewerkschafter ist.



Der außerordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft faßte gewerkschaftspolitisch brisante Beschlüsse. Der bisherige Vorsitzende Frister trat vorzeitig zurück, weil er wegen seiner Verteidigung der skandalösen Rolle des DGB-eigenen Wohnungsbaukonzerns Neue Heimat von der großen Mehrheit der Delegierten scharf angegriffen worden war.



Auf dem Frankfurter Römerberg versammelten sich am Dienstag letzter Woche mehrere Tausend städtische Bedienstete zu einer Protestkundgebung gegen die vom Magistrat angekündigten Stellenstreichungen. Der Kreisvorsitzende der ÖTV-Gewerkschaft, Karl-Heinz Jungmann, (am Mikrophon) kündigte an, die Gewerkschaft werde Kampfmaßnahmen organisieren.

Protestaktionen im öffentlichen Dienst

Marburger Busfahrer streikten gegen Sparbeschlüsse

In Frankfurt demonstrierten 4000 gegen Stellenabbau

MARBURG/FRANKFURT. — Gegen die Sparbeschlüsse der Bundesregierung traten in der letzten Woche in Marburg die Busfahrer der Stadtwerke für drei Stunden in einen Warnstreik. In Frankfurt protestierten rund 4000 städtische Bedienstete gegen die angekündigten Stellenstreichungen der Stadt.

Am Mittwochmorgen legten bei den Marburger Stadtwerken die etwa 40 Busfahrer der Frühschicht die Arbeit nieder. Für drei Stunden verkehrten keine städtischen Linienbusse in Marburg. Mit dieser spontanen Arbeitsniederlegung protestierten die Busfahrer gegen die Sparbeschlüsse der Bundesregierung, insbesondere gegen die Absicht, die Löhne und Gehälter um ein Prozent zu kürzen.

Ein Sprecher der Streikenden erklärte, die Kollegen hofften auf Verständnis bei den betroffenen Bevölkerungsteilen; man habe einfach keine andere Möglichkeit mehr gesehen, den Protest gegen den „Anschlag auf den sozialen Besitzstand der Arbeitnehmer" wirkungsvoll zum Ausdruck zu bringen.

Am Dienstag, also einen Tag vor dem Warnstreik in Marburg, versammelten sich in Frankfurt um 12 Uhr mittags rund 4000 städtische Bedienstete auf dem Römerberg, um gegen die von der Stadt Frankfurt angekündigten Stellenstreichungen zu protestieren. Auch die Müllader und Lastwagen der Stadtreinigung waren bei der Aktion auf dem Römerberg dabei.

Der ÖTV-Kreisvorsitzende Karl-Heinz Jungmann rief den versammelten Arbeitern, Angestellten und Beamten zu: „Nur euer aktiver Widerstand wird Stellenstreichungen und Lohnkürzungen verhindern". Jungmann stellte den Stadtherren ein Ultimatum: bis zur nächsten Plenarsitzung sollten sie die Streichbeschlüsse rückgängig machen, ansonsten würden die Stadtbediensteten von der ÖTV zu „Maßnahmen" aufgerufen. Mit „Maßnahmen" — das hatte der ÖTV-Sekretär klargestellt — ist eine Art Dienst nach Vorschrift gemeint.

Die Stadtherren von Frankfurt (Oberbürgermeister ist der berüchtigte Gewerkschaftsfeind Wallmann [CDU]) wollen 35 Millionen Mark an Personalkosten einsparen. Zu diesem Zweck sollen u.a. 5 Prozent der Stellen im städtischen Dienst gestrichen werden, wobei dies teilweise durch eine Wiederbesetzungssperre erreicht werden soll. Das würde die Vernichtung von 2000 Arbeitsplätzen beinhalten. Gleichzeitig wären empfindliche Einschränkungen und Ausfälle bei den sozialen und kulturellen Einrichtungen der Stadt Frankfurt unvermeidlich.

Der geplante Arbeitsplatzabbau durch die Stadt Frankfurt ist um so schlimmer, als gleichzeitig auch im privatwirtschaftlichen Bereich schwere Angriffe auf die Arbeitsplätze im Gange sind, wobei die geplanten Stillegungen von Adler und VDM die dicksten Brocken sind. Bei den Adler-Werken legte denn auch die Belegschaft aus Solidarität mit den Stadtbediensteten zur Zeit der Kundgebung kurzfristig die Arbeit nieder.

Bei Lohnkürzung erlischt Friedenspflicht

Kluncker kündigt ÖTV-Streik an!

BONN. — Für den Fall, daß die Regierung das angekündigte Sonderopfer im öffentlichen Dienst tatsächlich durchsetzen wolle, kündigte der ÖTV-Vorsitzende Kluncker jetzt definitiv einen Streik der ÖTV-Gewerkschaft an.

Die Wochenzeitung des DGB, „Welt der Arbeit", berichtete in ihrer Ausgabe vom 1. Oktober über entsprechende Ausführungen des ÖTV-Chefs. Die WdA-Meldung hat folgenden Wortlaut:

„Wenn die Bonner Regierung den öffentlichen Bediensteten ein Sonderopfer verordnet, wird die ÖTV mit Streik reagieren: Das hat der ÖTV-Vorsitzende Heinz Kluncker angekündigt. Für Arbeiter im öffentlichen Dienst erlösche zum 1. Januar 1982 die Friedenspflicht, sollte die geplante einprozentige Lohnkürzung zu diesem Zeitpunkt wirksam sein. Kluncker geht davon aus, daß auch bei den Angestellten Urabstimmung und Streik ins Haus stehen. Der ÖTV-Vorsitzende weiter: Der Beamtenstreik wird nicht stattfinden."

Was den Beamtenstreik betrifft, so hat Kluncker dazu auf einer Veranstaltung der Volkshochschule Düsseldorf jüngst ganz anders Stellung genommen: *„Sie werden ihr Streikrecht praktizieren, wenn sie glauben, es zu haben"*.

Und Kluncker sagte weiter: *„Wir können als Gewerkschaft keinen Beamtenstreik verordnen, aber ich bin zu jeder Unterstützung bereit"* (nach „Handelsblatt" vom 24. September 81).

Kluncker muß beim Wort genommen werden! Ebenso der DGB-Chef H.O. Vetter, der mehrfach erklärt hat, daß der DGB die Sparbeschlüsse der Bundesregierung nicht kampflos hinnehmen könne. Vetter hatte insbesondere auch Kampfmaßnahmen für den Fall angekündigt, *„daß mit dem Griff nach dem Geldbeutel der Beamten versucht wird, ein Signal für die Angestellten im öffentlichen Dienst und damit auch für die private Wirtschaft zu setzen."* Der DGB — so betonte Vetter außerdem — lasse sich *„nicht in Beamte, Angestellte und Arbeiter spalten."* Vetter gab diese Erklärungen vor kurzem in einem Interview des ARD-Wirtschaftsmagazins „Plus-Minus" ab.

Gewerkschaftskommentar

Zum erstenmal in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte wird zu einem direkten Lohnabbau geblasen: Den Arbeitern, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst sollen die Löhne um ein Prozent gekürzt werden.

Daß die Herren in Bonn damit gleichzeitig auch den sche Politik des Lohnabbaus. Begründet wurde das mit der Behauptung, bei einem konsequenten Widerstand der Arbeiterklasse könne nichts gewonnen werden, weil dadurch die politische und wirtschaftliche Entwicklung nur noch schlimmer würde. Der Effekt dieser Tolerierungspolitik von der Gewerkschaftsführung sabotiert wurde. Hätten nicht Millionen Metaller in einmaliger Breite mit Aktionen eingegriffen, dann wäre diese Bresche noch um einiges breiter geworden. Lernen wir aus diesen Erfahrungen!

Diesmal müssen die Lohnräuber gestoppt werden!

Lohnpause Nein! Reallohnsicherung muß sein!

Bahnbrecher für einen Lohnabbau in der Privatwirtschaft spielen wollen, pfeifen inzwischen die Spatzen von den Dächern. Es drängt sich der Vergleich mit der Notverordnungspolitik des damaligen Kanzlers Brüning Anfang der 30er Jahre auf: mit der ersten Notverordnung wurden zunächst nur die Beamtengehälter gekürzt. Etwa anderthalb Jahre später befahl Brüning dann eine Kürzung der Löhne und Gehälter für die gesamte Wirtschaft!

Heute wie damals wird Lohnverzicht als Mittel zur Eindämmung der Wirtschaftskrise und zum Abbau der Arbeitslosigkeit ausgegeben. Und dies ist heute wie damals eine Lüge, mit der der Widerstand der Arbeiterklasse gelähmt werden soll.

Damals war die Folge des Brüningschen Lohnabbaus nicht etwa ein Rückgang der Arbeitslosigkeit, sondern umgekehrt, ihre drastische Verschärfung. Und Ähnliches erleben wir auch jetzt: Seit 1980 wird — erstmalig im „Wirtschaftswunderland" — ein deutlicher Abbau der Reallöhne registriert, der sich bis heute erheblich verstärkt hat. Die Arbeitslosigkeit aber — weit davon entfernt, zurückzugehen — verschärft sich gleichzeitig in einem seit Kriegsende kaum gekanntnen Maße.

Wie man weiß, tolerierte die reformistische Gewerkschaftsführung die Brüningsche Politik aber war der, daß die Kampfkraft der Arbeiterklasse untergraben wurde, während die Reaktion sich angespornt fühlte. Endstation dieser Politik der ADGB-Führung war die bedingungslose Kapitulation vor Hitler und seinen Schergen im Jahre 1933.

Und heute? Reaktion und Faschismus im Vormarsch; der Polizeistaat kriecht aus allen Löchern; die Kriegsgefahr verschärft sich. Eine sozialpartnerschaftlich eingeschworene DGB-Führung aber versucht, jeden ernsthaften gewerkschaftlichen Kampf gegen diese Tendenzen abzublocken! Man erinnere sich der Angriffe der DGB-Führung auf die Stoppt-Strauß-Bewegung. Man denke an den 10. Oktober und die Haltung der DGB-Führung zur Friedensbewegung.

Für die Arbeiter und Angestellten gibt es keinen einzigen Grund zum Stillhalten gegenüber den Angriffen des Kapitals und der Regierung auf ihre Löhne und auf ihre sozialen Errungenschaften. Hingegen gibt es zwingende Gründe genug dafür, daß die Gewerkschaften kompromißlos den Weg des konsequenten Widerstands gegen diese Angriffe gehen!

Im vergangenen Frühjahr haben die Kapitalisten eine erste Bresche in Richtung „lohnpolitische Wende" schlagen können, weil ein konsequenter Kampf für die Verteidigung der Reallöhne

Lohnpause? Nein! Reallohnsicherung muß sein! Die Kampfbereitschaft an der Basis war schon im letzten Frühjahr stark. Inzwischen aber ist sie noch stärker geworden, denn immer mehr Kollegen sehen, daß man sich wehren muß.

Im Moment liegt die Hauptlast des Widerstandes bei den Kollegen im öffentlichen Dienst. Sie müssen das geforderte Sonderopfer entschieden zurückweisen und die geplanten Lohn- bzw. Besoldungskürzungen abwehren. Ohne Streik ist das nicht möglich. Für eine einheitliche und machtvolle Streikfront ist es außerdem notwendig, daß auch die Beamten sich das Recht auf Streik nehmen, das man ihnen absprechen will. Dabei müssen sie eindeutige Rückendeckung durch die ÖTV bekommen!

Die ÖTV-Kollegen dürfen aber nicht allein im Regen stehen. Sie brauchen die praktische Solidarität und Unterstützung aller Einzelgewerkschaften und des DGB als Dachverband. Ob sie es schaffen, den Schlag aus Bonn zu parieren, ist mitnichten allein ihr Bier. Das geht alle an und muß durch handfeste Aktionen und Maßnahmen des Gesamt-DGB gewährleistet werden. Hier geht es schließlich darum, eine erste wichtige Schlacht in der Lohnrunde 81/82 zu entscheiden und gleichzeitig den Angriff auf das soziale Netz zu stoppen!

In wenigen Zeilen...

Eisenbahnergewerkschaft

Nein zum Sonderopfer

NÜRNBERG. — Der Stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED), Heinz Frieser, wandte sich vor GdED-Funktionären in Nürnberg scharf gegen die Sparpläne der Bundesregierung. Die GdED könne nicht hinnehmen, daß Bonn daranginge, die Eisenbahner durch „Sonderopfer mehrfach zur Kasse zu bitten". Von den Kürzungen seien bei der Bundesbahn rund 300000 Beamte und Versorgungsempfänger betroffen.

Früherer BAG-Präsident:

IG Textil plant Demonstration in Bonn

FRANKFURT. — Protestaktionen bis hin zu einer Demonstration in Bonn hat die Führung der Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) für den Fall angekündigt, daß die Bundesregierung die weitere Verlagerung von Textilarbeitsplätzen in Billiglohnländer begünstigt. Die Hälfte der 350000 Arbeitsplätze, die bereits in den vergangenen zwölf Jahren in der Textil- und Bekleidungsindustrie vernichtet wurden, ist dieser Verlagerungsstrategie zum Opfer gefallen. Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff tritt im Rahmen der Verhandlungen über ein neues Welttextilabkommen dafür ein, daß noch stärker als bisher Produktionen aus der bundesdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie in sogenannte Billiglohnländer verlagert werden, damit die Textilkonzerne von den dadurch gegebenen „Kostenvorteilen" profitieren können.

Kahlschlag in der Textilindustrie

„Beamteneinsatz gegen Streik rechtswidrig"

FRANKFURT. — Ein Minister, der im Falle eines gewerkschaftlichen Streiks von Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst anordnet, daß Beamte als Streikbrecher eingesetzt werden (so wie beim Poststreik im vergangenen Jahr geschehen) handelt nach Auffassung des früheren Bundesarbeitsgerichtspräsidenten Gerhard Müller „gegen die Verfassung". Ein Beamter, der diese Anordnung befolge, handelt demgemäß „objektiv rechtswidrig". Die Verfassungswidrigkeit eines solchen Beamteneinsatzes ergibt sich laut Müller aus dem grundgesetzlichen Schutz der Tarifautonomie und des „freiheitlichen Gruppenrechts des Streiks". Der frühere BAG-Chef vertrat diese Auffassung in einer gutachterlichen Stellungnahme vor dem Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft (DPG).

Gegen Lohngruppe 2

Metallerinnen legten die Arbeit nieder

LÜBECK. — Nach Angaben der IG Metall legten am 2. Oktober in den Lübecker Drägerwerken fast 100 Frauen die Arbeit vorübergehend nieder, um ihre Entschlossenheit zu verdeutlichen, ihre Abschaffung der Lohngruppe 2 („Frauenlohngruppe") durchzusetzen. In dieser Woche finden in Kiel wieder Verhandlungen über die Abschaffung der Lohngruppe 2 in der Metallindustrie Schleswig-Holsteins statt. Der Werkspersonalchef der Drägerwerke Dr. Müller ist Vorsitzender des Metallunternehmerverbandes in Schleswig-Holstein.

Meldungen

Haerdles Petition verworfen

Heidelberg. — Reaktionäre Richter und verantwortliche Politiker in Baden-Württemberg sind sich einig: Das Wirken des fortschrittlichen Rechtsanwalts Gerhard Haerdle muß unterbunden werden. Als Abschreckung für andere. Wie berichtet, soll er wegen angeblicher Körperverletzung an Polizeibeamten und Falschaussage für 22 Monate ins Gefängnis. Das Verfahren lief unter Mißachtung der elementarsten Rechte des Angeklagten, der dem KBW nahesteht, ab.

Neben vielen anderen Organisationen und Persönlichkeiten hatte sich zuletzt auch der Deutsche Anwaltverein für Haerdle eingesetzt. Dies ist die größte Vereinigung von Rechtsanwälten in der Bundesrepublik.

Das alles hinderte den Petitionsausschuß des Landtages nicht, eine Petition Haerdles zu verwerfen, mit der eine Aufschiebung des Strafantritts bis zu einer Entscheidung der von ihm angerufenen Menschenrechtskommission in Strassbourg erreichen wollte.

Ein Jahr für drei Steine

Ein 25jähriger Arbeitsloser, der bei der Bremer Demonstration gegen die provokatorische öffentliche Rekrutenvereidigung drei Steine geworfen haben soll, wurde Anfang Oktober zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.

Offen gab der Richter Gerboth zu, diese hohe Strafe sei „zur Abschreckung notwendig". Richter und Staatsanwalt beriefen sich dabei auf den umstrittenen Rechtsbegriff der „Generalprävention": „Wenn das Rechtsempfinden nicht gänzlich schwinden soll, müssen Strafen dieser Delikte eine abschreckende Wirkung haben."

Das Gericht besaß darüberhinaus die Frechheit, die Höhe des Strafmaßes auch damit zu begründen, daß ohne solch abschreckende Urteile die Bürger selbst anfangen könnten, sich gegen Demonstranten zu bewaffnen!

Die angeführte „Generalprävention" wird von allen demokratischen Juristen als Verstoß gegen die Menschenrechte gekennzeichnet.

Bürgerwehren gebilligt?

Bonn. — Ein einziger Bonner Politiker hat bisher kritische Worte zu dem ungeheuerlichen Verhalten von Bundestagspräsident Stücklen (CSU) gefunden, der in einem Interview mit der „Bild am Sonntag" großes Verständnis für das Entstehen reaktionärer und faschistischer „Bürgerwehren" bekundet hatte.

Freimut Duve (SPD) gab eine Presseerklärung heraus unter der Überschrift: „Haben wir den richtigen Bundestagspräsidenten?". Zwar ist auch diese Erklärung von den sogenannten Linken in der SPD eigenen Halbherzigkeit geprägt, aber alle anderen Politiker der Bonner Parteien scheinen das Verhalten Stücklens voll und ganz zu billigen.

SPD- und CDU-Politiker verschärfen Angriffe auf Ausländer

Konzentrationslager für Asylanten?

Hungerstreik in Baden-Württemberg

DORTMUND/STUTTGART. — Im September trat der Dortmunder Bürgermeister Günther Samtlebe (SPD) mit dem Vorschlag an die Öffentlichkeit, Asylanten zukünftig nur noch in Lagern unterzubringen und ihnen für die Dauer des Anerkennungsverfahrens jegliche finanziellen Bezüge zu streichen. Sie sollen nur noch mit „Naturalien" versorgt werden.

In Baden-Württemberg sind solche Zustände schon fast alltäglich. Seit dem 25.9.1980 wird dort jeder neue Asylbewerber in großen Sammellager isoliert und erhält neben der Lagerverpflegung alle 14 Tage 42,50 Mark.

Dort führten die unwürdigen Lebensumstände zu einem mehrtägigen Hungerstreik im Lager Horb, der nach vagen Zugeständnissen der Landesregierung jetzt für eine Frist von vier Wochen ausgesetzt wurde, in denen die Asylanten auf die Erfüllung der Zusagen warten wollen.

Das ist der Lageralltag in Horb:

In 4-Zimmer-Wohnungen lebt in jedem Zimmer eine Familie, also durchschnittlich 20 Menschen in einer Wohnung. Die Zimmer sind ausgerüstet mit doppelstöckigen Betten, einem Tisch und einem Schrank; zum Aufstellen der benötigten Stühle fehlt häufig der Platz. Die gekachelten ehemaligen Küchen sollen als Aufenthaltsräume dienen. Kochgelegenheiten gibt es nicht mehr — sie wurden herausgerissen, um eine Eigenverpflegung unmöglich zu machen. Und die Essenszeiten, an die sich die Bewohner gezwungenermaßen halten müssen, sind eine zusätzliche Schikane: Frühstück gibt es um 7.30 Uhr, Abendessen aber bereit, um 16.30 Uhr. Auf die religiösen Schwierigkeiten der Moslems, die kein Schweinefleisch essen dürfen, wird keine Rücksicht im Speiseplan genommen.

Dieser Zwangsisolation im Ghetto sind auch diejenigen unterworfen, deren Ehegatten in Baden-Württemberg einer geregelten Arbeit nachgehen und einen festen Wohnsitz haben. Das ist bei vielen Insassen auch des Lagers Horb der Fall. Auch diese Schikane soll Einreisen verhindern bzw. zu Ausreisen bewegen. Eine unmenschliche Paxis. Selbst das Besuchen solcher Familienangehöriger wird den Lagerinsassen sehr schwer gemacht. Denn ihre Bewegungsfreiheit ist beschränkt auf den Landkreis, in dem das Lager liegt. Der Arbeits- und Wohnort des Ehepartners aber liegt oft in einem anderen Kreis. Das bedeutet: entwürdigendes Betteln um Erteilung einer Reiseerlaubnis, die nur vorgesehen ist, wenn „schwerwiegende Gründe" vorliegen, wie etwa Krankheit oder Schwangerschaft im fortgeschrittenen Stadium. Wer ohne eine solche Erlaubnis reist, ist von Geldstrafen bedroht, die kaum zu bezahlen sind. Denn die Asylanten haben ja nichts.

Gegen diese Zustände traten 16 Bewohner des Horber Lagers in den Hungerstreik. Sie kommen aus der Türkei, Ghana und Afghanistan. Für alle Insassen wollen sie die minimalen Forderungen durchsetzen: Ermöglichung der Selbstverpflegung und, vor allem, Familienzusammenführung in den oben beschriebenen Fällen.

Unter dem Druck des Streiks kam ein Gespräch zwischen dem Innenminister und dem Direktor des Caritasverbandes, dessen Sozialarbeiter die Asylbewohner betreuen, zustande, das die vage Zusicherung der Regierung erbrachte, man wolle „besondere Härtefälle" prüfen. Es hat lange Verhandlungen gebraucht, bis die Caritas-Leute die Hungerstreikenden, von denen mehrere bereits erkrankt sind, zur Aufgabe des Streiks bewegen konnten. Allerdings ist der Streik auch nur ausgesetzt. Hat sich innerhalb von vier Wochen nichts Entscheidendes getan, werden ihn alle wieder aufnehmen.


Die Hungerstreikenden von Horb.

Indessen hat Ministerpräsident Lothar Späth schon erklärt, auch eine Aktion wie der Hungerstreik könne ihn „im Grunde nicht" von seiner harten Linie abbringen. „Wenn wir das lockern", so erklärte er gegenüber dem „Süddeutschen Zeitung", „ist die Sperrwirkung sofort wieder weg."

So werden sich, wenn es nach dem Willen der Politiker geht, die Lebensbedingungen der Asylsuchenden und unserer ausländischen Kollegen in Zukunft noch weier verschlechtern. Das Beispiel Dortmund zeigt deutlich, daß es hier keine grundsätzlichen Differenzen zwischen CDU und SPD gibt. Im Gegenteil: Mit Samtlebe hat sich ein Vorzeigemann der SPD (Oberbürgermeister einer Arbeiterstadt) zum Wortführer der unmenschlichen Ghettopolitik gemacht. Die sozialen Spannungen, die sich daraus ergeben, rechnen die Politiker bewußt ein. Sie wollen sie benutzen, um die deutsche Bevölkerung gegen die Ausländer aufzuhetzen und so den Druck auf diese noch mehr zu erhöhen. Daß ihre Politik deutliche Ähnlichkeit mit Praktiken des Hitler-Staates aufweist, stört sie dabei nicht.

Es ist Sache der westdeutschen Bevölkerung, der westdeutschen Arbeiter, sich solidarisch an die Seite ihrer Kollegen zu stellen, denen ein Zusammenleben mit ihrer Familie verweigert wird — neben all den anderen Schikanen und der verschärften Ausbeutung, der sie sowieso unterworfen sind. Und der Kampf gegen die Einschränkung des politischen Asylrechts ist ein Bestandteil jedes antifaschistisch-demokratischen Kampfes.

Prozeß gegen Professor Brückner

Ein Demokrat vor Gericht

HANNOVER. — Vier Jahre lang war der hannoveranische Psychologie-Professor Peter Brückner vom Dienst suspendiert. Der Grund: angeblich „staatsfeindliche Gesinnung". Denn Peter Brückner hatte in einigen Arbeiten die Motive junger Menschen untersucht, sich der RAF und ihrem Umfeld anzuschließen. Außerdem gab er gemeinsam mit 47 anderen Professoren die Dokumentation „Buback — ein Nachruf" heraus, in der ein Göttinger „Mescalero" die bekannte „klammheimliche Freude" am Tod des ehemaligen Generalbundesanwalts Buback äußerte.

Am 9. Oktober beschloß die Disziplinar-Kammer des Verwaltungsgerichts Hannover, daß Brückner nicht aus dem Amt entfernt wird. Es kürzte aber seine Bezüge für vier Jahre um 10 Prozent.

In einem Strafverfahren, das sich nur mit der Herausgabe der erwähnten Dokumentation befaßte, war Brückner allerdings bereits freigesprochen worden. Der jetzige Prozeß befaßte sich mit Brückners Untersuchungen, in denen er unter anderem Begriffe wie „Klassenstaat" und „herrschende Klasse" gebraucht hatte. Und das hat die herrschende Klasse in diesem bürgerlichen Klassenstaat gar nicht gerne.

Aufsehen erregte der Prozeß besonders wegen der Fragestellungen des Richters. Er wollte mit allen Mitteln nachweisen, daß Brückner ein Sympathisant des Terrorismus sei; wenigstens aber ein Kommunistenfreund. Was für derlei Leute so ziemlich das Gleiche ist.

Brückner wurde zum Beispiel gefragt, ob er für die Diktatur des Proletariats sei oder wie er sich eine „anders geartete Gesellschaft" vorstelle.

Weil Brückner, der im Rahmen seiner Untersuchungen unter anderem geäußert hatte, daß „nicht etwa die RAF staatliche Gewalt produziert hat, sondern die staatliche Repression die RAF produziert, zumindest mitproduziert" hat, sich „zu einer bloßen Distanzierung in der Art einer Sprechblase" nicht bereit fand, erklärte ihn das Gericht für einen Gewaltbefürworter.

Das trifft nun auf Brückner gar nicht zu, wie er nachweisen konnte. Auch den Vorwurf der Sympathie mit dem bewaffneten Kampf der RAF widerlegte er anhand seiner gerichtsbekannten Arbeiten und überführte damit Staatsanwalt und Gericht der Voreingenommenheit, Parteilichkeit und rechtswidrigen Prozeßführung. Brückner ist ein Demokrat, der sich Denken und Reden nicht verbieten lassen will.

Brückner verteidigte entschieden das Recht der Wissenschaftler zur aktiven Teilnahme an politischer Aufklärung und Meinungsbildung und führte vor Gericht aus: „Es gibt in unseren Gesellschaften kein politisches Vakuum; gerade die Wissenschaft ist als Planungsmacht in der Zivilisation ein Machtpotential, das ihr politische Abstinenz verbietet."

Ebenso vehement verteidigte er das in Artikel 5 des Grundgesetzes niedergeschriebene Recht der freien Meinungsäußerung, das auch für Beamte Geltung haben müsse.

Dieser Prozeß zeigt: Man braucht in diesem Staat gar nicht zu denen zu gehören, die revolutionäre Gewalt — damit haben die Aktionen der RAF gar nichts zu tun — befürworten, die den Ausgebeuteten das Recht zusprechen, ihre gewalttätigen Unterdrücker mit Gewalt zu stürzen. Schon ein entschiedener Demokrat ist ein rotes Tuch für die maßgeblichen Kreise in Politik und Justiz.

Peter Brückner wird sich mit dem Teilerfolg im letzten Prozeß nicht zufriedengeben. Zusätzlich zur Kürzung seiner Bezüge soll er auch noch die Kosten des Verfahrens tragen. Er wird in die Berufung gehen.

Nach der Innenminister-Konferenz:

Bundesweiter Einsatz von CS-Gas wird vorbereitet

St. MARTIN. — Die Konferenz der Innenminister der Bundesländer, die Anfang Oktober in St. Martin stattfand, hat dem Einsatz des völkerrechtlich geächteten Kampfgases CS weiteren Boden geebnet. Einige SPD-Politiker wollen zwar noch weitere Gutachten erarbeiten lassen, aber im wesentlichen geht es nur noch um die Frage, in welcher Form das Gift eingesetzt werden kann — mit Wasserwerfern, Sprühgeräten oder durch Geschosse und Wurfbomben.

Die CDU-Regierung von Baden-Württemberg kündigte die Ausrüstung der Polizei mit diesem Bürgerkriegskampfstoff bereits für die allernächste Zeit an.

Ein Gutachten von der Fraunhofer-Gesellschaft für die Polizei-Führungsakademie in Münster nahmen die Minister zur Grundlage für ihre positive Beurteilung des Gases. Darin wird die „Unbedenklichkeit" der Verwendung des Kampfstoffes grundsätzlich und im Einsatz durch ein Reizstoffsprühgerät bescheinigt. Näheres wurde nicht bekannt — das Gutachten wurde zur Geheimsache erklärt.

Es war zu erwarten, daß die Polizei ein solches Gutachten hervorzaubern würde. Diese Erwartung hatte auch der „Rote Morgen" ausgesprochen, als wir zum ersten Mal über die wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Gefährlichkeit dieses Kampfstoffes berichteten.

Zahlreiche Wissenschaftler haben inzwischen gegen die Aussagen dieses sogenannten Gutachtens protestiert. „Das Gutachten erinnert stark an sogenannte ‚Gefälligkeitsgutachten', in denen für ein vorher feststehendes Ziel im Nachhinein die Argumente gesucht werden." Das sagte Dr. rer. nat. Schrempf, C-Waffenexperte und Sachverständiger für Tränengas, Leiter des Instituts für Internationale Friedensforschung in München.

Nicht alle Innenminister gaben jetzt schon bekannt, wann sie mit der Einführung des Gases für ihre Polizei beginnen wollen. Roman Herzog aus Stuttgart, der sich jetzt schon an die Seite Tandlers aus Bayern stellte, dürfte aber nicht lange allein bleiben — er war nur Vorreiter.

Die noch bestehenden Widersprüche und Unklarheiten sollen spätestens Anfang 1982 beseitigt sein, wenn die technische Kommission der Innenministerkonferenz die noch offenen technischen Fragen „abgeklärt" haben wird.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, hatte zudem der Hamburger Innensenator Pawelczyk (SPD) erklärt, durch eine „uneinheitliche Beschlußlage" dürfe die „Solidarität der Innenminister untereinander" keinen Schaden nehmen.

Zu den Kräften, die sich nachhaltig für den schnellstmöglichen Einsatz von CS-Gas einsetzen, gehört die Gewerkschaft der Polizei (GdP) im DGB. Zuletzt hatte der Westberliner Vorstand dieser Vereinigung — Senator Lummer — der den Tod Klaus-Jürgen Rattays auf dem Gewissen hat — aufgefordert, sich um die Einführung des Kampfstoffes in der Stadt zu bemühen.

300 000 in Bonn — Ermutigung für die kommenden Kämpfe

Wir waren dabei

Eindrücke von der Bonner Massendemonstration

Dortmund, Hauptbahnhof, 4.30 Uhr: Noch 20 Minuten bis zur Abfahrt. Der Bahnhof gleicht immer mehr einem Herrlager — etwa 3 000 Leute werden es schließlich sein, die sich mit den Sonderzügen der Bundesbahn auf den Weg nach Bonn machen. Rote Fahnen mit Hammer, Sichel und Gewehr — die Abteile mit den Parteigenossen sind nicht zu verfehlen.

Werden es heute 200 000 Menschen sein, die in Bonn gegen den Krieg demonstrieren? Wir sind zuversichtlich, daß sich die vor Wochen noch als Ziel gesetzte Zahl von 100 000 tatsächlich verdoppeln wird. Wir — der „Rote-Morgen-Reporter-Trupp" — haben uns vorgenommen, möglichst viel zu beobachten, also nicht nur in einem der fünf Züge mitzumarschieren.

Ankunft in Beuel

Bonn-Beuel, 7.00 Uhr: Der erste Zug formiert sich, der zum Sammelplatz führen soll. Schon eine große Demonstration. Die Partei ist nicht zu übersehen; ein wahrhaft riesiges Transparent haben die Genossen gemalt, sechs Leute sind nötig, um es zu halten, an Stangen und Strikken; dennoch hatten die Genossen später oft mehr das Gefühl, über die Straße zu segeln als zu laufen.

Nach kurzer Zeit trennen wir uns schon von diesem Block. Wir wollen rüber aufs andere Ufer, wo sich die anderen vier Züge formieren werden, um mehr aufnehmen zu können. Schon zu dieser frühen Stunde kommen wir uns des öfteren wie störender Gegenverkehr vor: so viele Menschen strömen in die andere Richtung, zum Sammelpaltz Beuel. Nicht nur Deutsche. Zu den ersten, denen wir begegnen, gehört eine große Gruppe dänischer Friedenskämpfer, ein Vorgeschmack auf den internationalen Charakter der Demonstration, auf die Stärke der gegenwärtigen Friedensbewegung, die Ländergrenzen überwindet. Später werden wir noch Engländer, Italiener, Portugiesen, Norweger, Türken, Spanier und vor allem Niederländer treffen.

Nordbrücke

Wir gehen zur Nordbrücke. Sammelplatz für Hessen und Bayern. Es ist noch lange nicht 10.00 Uhr; um 10.00 Uhr sollen die Auftaktkundgebungen losgehen, um 10.00 Uhr soll es langsam losgehen Richtung Hofgarten, dem Platz der Massenkundgebung; aber schon vor halb zehn setzt sich der Zug von der Nordbrücke in Bewegung, um Platz zu machen für die Neuankömmlinge. Wir begrüßen den ersten Genossen aus München. 65 Busse sind aus der Stadt gekommen, die den Hauptkriegshetzer Strauß zum Ehrenbürger gemacht hat.

Während also die Spitze des Zuges weiter vormarschiert, beginnt an der Nordbrücke die Auftaktkundgebung. Pieczyk, der Juso-Vorsitzende, spricht. Und er spricht wirklich nicht schlecht: „Wir machen diese NATO-Politik nicht mit!". Es solle aber keiner glauben, diejenigen, die heute hier demonstrieren, hielten die SS 20 für harmlos und wüßten nicht, daß auch die sowjetischen Panzer nicht für den Ernteeinsatz gebaut worden sind... Gegen Breschnew muß man auch demonstrieren, wenn er nach Bonn kommt, sagt Pieczyk. Gut so! Das meinen wir auch. Und wir sind sicher: Im gemeinsamen Kampf werden etliche Mitglieder der Juso-Organisationen die tatsächlich antikommunistischen Vorbehalte, die von ihrer Führung trotz aller Worte immer wieder vorgebracht werden, ablegen.

Nach Pieczyk: eine Liedergruppe wird stürmisch begrüßt. Sie vertritt 200 Demonstranten, die mit dem Schiff von Heilbronn über Neckar und Rhein zur Demonstration gekommen sind.

Wir überholen den Demonstrationszug. Aber dieses Manöver dauert ganz schön lange! Und um 10.00 Uhr — wie gesagt, der offizielle Aufstellungstermin — ist die Spitze des Zuges bereits in der Bonner Innenstadt, nur noch wenige hundert Meter vom Hofgarten entfernt! Hier wird uns zum ersten Mal richtig klar: Heute wird wohl auch die Zahl 200 000 überboten!

Bonn ist zu klein

Drei Züge sehen wir uns genauer an: Neben dem von der Nordbrücke noch den aus Beuel und den von der Josephshöhe, den Ruhrgebietszug. A propos Beuel: Als die Spitze des Nordbrücken-Zuges die Innenstadt erreicht, kommen von der Beueler Rheinbrücke (mit dem sinnigen Namen „Kennedy-Brücke") große Scharen in die Stadt geströmt. Das sind die Insassen norddeutscher Busse, die beim Anblick der Massen meinen, ihr Zug sei auch schon angekommen. Stimmt aber nicht. Der kommt viel später, Zigtausende, über die ganze Breite der Brücke. Gut, daß hier nicht im Gleichschritt marschiert wird — man würde wohl nach einiger Zeit samt Brücke im Rhein landen!

Langsam verstopft die Innenstadt. Aber noch laufen die Menschen auf den angegebenen Demonstrationsrouten. Wir gehen in andere Straßen und registrieren endgültig den Ausnahmezustand, der an diesem Tag in unserer sogenannten Hauptstadt herrscht: Diese Straßen sind menschenleer. Menschenleer an einem späten Samstagvormittag! Die Bonner marschieren entweder mit, oder sie sind aufs Land geflüchtet — das ist unser Eindruck. Und manche Geschäftsleute gaben sich der allgemeinen Lächerlichkeit preis, weil sie tatsächlich der gezielten Hetze aufgesessen sind und ihre Geschäfte verbarrikadiert haben. Die Bretterwände werden im Laufe des Tages zum beliebten Rastpaltz für Parolemaler. „Keine Angst vor der Neutronenbombe: Die tötet nur dich. Dein Geschäft bleibt heil." Einer der Sprüche mit der der Widersinn dieser Handlungsweise deutlich gemacht wird. Die von einigen Politikern sicher herbeigesehnten Steinwürfe bleiben natürlich aus.

Noch nie zuvor haben wir einen Demonstrationszug über zwei Stunden lang an uns vorbeiziehen lassen, ohne daß ein Ende abzusehen war. Das erleben wir, als wir an einer Straßenkreuzung Stellung beziehen, um den Zug von der Josephshöhe zu beobachten und Fotos zu machen. Wir warten auch auf einen Block der Kommunistischen Jugend, in dem die Polit-Rock-Gruppe Elbe 1 aus Hamburg auf einem Lastwagen mitfahren soll. Aber die kommt nicht... Ein Verteiler der Partei erzählt uns später, daß wir ihn nach etwa zweieinhalb Stunden hätten sehen können. Das Ende des Zuges war das allerdings noch lange nicht!

Zu diesem Zeitpunkt verfestigen sich bei uns verschiedene Eindrücke endgültig zu einer Beurteilung der heutigen Demonstration.

Dieser vor allem: Die DGB-Führung ist mit ihrem Teilnahmeverbot für Gewerkschaftsorganisationen voll auf den Bauch gefallen.

Gewerkschafter marschieren mit

Wir haben von allen Einzelgewerkschaften mehrere Transparente gesehen. Nur von der IG Chemie nicht; aber das lag sicher an uns — die werden schon irgendwo gewesen sein. Selbst die kleinste DGB-Gewerkschaft — Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten — war deutlich sichtbar vertreten. Besonders stark: der Kölner Block, und darin die IG Metall. Und, natürlich: die Gewerkschaftsjugend. Selbstbewußt, mit großen Organisationstransparenten und Fahnen. Selbstbewußt ihre Parolen: „Gegen unseren Willen stationiert niemand die Neutronenbombe in Europa!".

Überhaupt: Dies ist eine Demonstration der Jugend. Das ist ganz natürlich, und das ist gut so. Dies ist eine Demonstration auch eines großen Teils der Arbeiterjugend. Das ist noch viel besser. Die „mittelalterlichen" Kollegen — und damit realistisch gesehen das, was man gemeinhin unter „die Gewerkschaft" versteht — waren dagegen (immer im Verhältnis zu der Masse der 300 000 gesehen!) weniger stark vertreten. Auch das erklärlich in der heutigen Situation. Es zeigt uns aber, wieviel Arbeit noch vor uns liegt auf dem Wege dahin, die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft zum Hauptträger der Friedensbewegung zu machen. Mit Sicherheit wird diese Bonner Demonstration in großem Maße in die Betriebe hineinwirken. Wann hat man je eine so gute Agitationsgrundlage gehabt?

Auffällig und überaus ermutigend auch die politische Stoßrichtung, die die Mehrheit der Demonstranten der Bonner Massenaktion verlieh.

Eine Losung setzt sich durch

„BRD raus aus der NATO! Neutralität!" — das ist die grundlegende Forderung des Friedensplans der KPD. Diese Forderung innerhalb der Friedensbewegung durchzusetzen beginnt. In Bonn ist sie nicht nur überall in den Blocks der KPD zu finden, sondern wirklich überall. Mitgetragen von unterschiedlichsten Organisationen. Es liegt an uns, die Chance zu nutzen!

Wo gerade vom Durchsetzen die Rede war: Durchzusetzen scheint sich auch das von der VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg aufgebrachte „Totenkopf-Emblem" mit dem Schriftzug „Nachrüstung — Todsicher". Wir haben es oft entdeckt in verschiedenen Blöcken, die nichts mit der VOLKSFRONT zu tun hatten; nicht nur KPD-Genossen haben das Motiv für ihre Transparente aufgegriffen, sondern auch Gewerkschaftsgruppen usw.

Gegen Reagan, Schmidt...

Auf der gleichen Linie wie die Neutralitätsforderung liegt eine schon sehr alte Losung, die auch wieder brandaktuell geworden ist: „Ami go home!".

Ja, da ist er, der gefürchtete Antiamerikanismus. Jedenfalls in dem Sinne, wie die Politiker dieses Wort gebrauchen. Nichts gegen das amerikanische Volk, nichts gegen die US-amerikanischen Friedenskämpfer. Im Gegenteil. Ihnen gilt die volle Solidarität der Bonner Demonstration. Es gibt übrigens auch in Westdeutschland stationierte GIs, die heute nach Bonn gekommen sind, um mitzumarschieren. Für den Frieden. Sie sind herzlich willkommen. Aber alles gegen Reagan und die, in deren Interesse er den Atomkrieg vorbereitet! Alles auch gegen die westdeutschen Politiker einschließlich der Regierung, die diesen Kurs mitsteuern. Ja, dies ist eindeutig eine Demonstration gegen Schmidt!

...und gegen Breschnew

Und es ist eine Demonstration auch gegen die Kriegspolitik Breschnews. „Breschnew, Reagan, Strauß und Schmidt — wir machen euren Krieg nicht mit!" — das ist eine sehr beliebte Parole an diesem Tag. Völlig daneben liegt da die „Bild am Sonntag", die die Demonstranten noch am selben Abend auf ihren „Heimatbahnhöfen" kaufen können; sie redet von einer „Demonstration für Breschnew". Nein, da haben die reaktionären Hetzer Pech gehabt. Pech aber auch für all diejenigen, die am liebsten tatsächlich eine solche Stoßrichtung in der Demonstration gesehen hätten!

Nach den zwei Stunden am Rande des Zuges von der Josephshöhe wollen wir zum Hofgarten. Vergebliches Unterfangen — wir bleiben einfach stecken. Wir beobachten deshalb weiter das Randgeschehen. Wir sprechen mit Hamburger Genossen, die mit einem riesigen Block erst nachmittags mit Bussen angekommen sind. Die Busse durften gar nicht mehr über die Autobahn in die Stadt. Wie viele Tausende anderer Nachzügler bekommt ein großer Teil der Hamburger den Hofgarten gar nicht erst zu sehen.

Inzwischen haben wir über die Lautsprecher erfahren: Mehr als 300 000 Menschen haben Bonn besetzt.

Es sollte eine Demonstration des Friedenswillens werden, an der niemand vorbeisehen kann. So eine Demonstration ist es in der Tat geworden. Es war toll, dabeizusein. Es hat Mut für die Zukunft gegeben. Es hat sich gezeigt, daß unsere Partei mit ihrer Politik auf dem richtigen Weg ist. Machen wir was daraus!

Jetzt, wo wir wieder zu Hause sind; in allen Städten, in allen Betrieben; es ist jetzt an uns, der großartigen Bewegung Dauerhaftigkeit und Standfestigkeit zu verleihen. Bonn darf keine Eintagsfliege bleiben; es muß ein Anfang sein.

Nehmen wir jetzt den Rotstift selbst in die Hand, und dann: einen dicken Strich durch die Pläne der Bonner Parteien, die unser Land zum Schlachtfeld machen wollen!

Am Rande bemerkt...

Sprüche gab es wahrlich genug in Bonn. Es gab eigentlich nichts, was es nicht gab. Zum Beispiel:



Eine Bonner Geschäftsstraße um 10 Uhr morgens: menschenleer. Nur zehn Meter entfernt stehen zigtausende Demonstranten.

• „Es denkt sich auf dem Feld der Bauer — Frieden schaffen wäre schlauer". • „Omas, Mütter, Töchter, Tanten gegen Rüstungsspekulanten". • „Es gibt wichtigeres als Haig — sagt der Frieden".

Auch der Regen konnte die Stimmung der Demonstranten nicht senken. „Apel, wir kommen — notfalls auch geschwommen!" war ihre Antwort, wenn auch einige zusätzlich auf Schildern forderten: „Sonne statt Re(a)gen!".

Der absolut blödeste Spruch aber war dieser:

„Friede, Freude, Eierkuchen — wir woll'n's mit Leonid versuchen!".

Der ist — großes Ehrenwort! — nicht von uns ausgedacht. Er war zu lesen auf einem Transparent der DKP-Studentenorganisation MSB Spartakus.

Vor einer ansteckenden Krankheit warnten niederländische Demonstranten auf Ansteckern: „Beware — I've got hollanditis!" („Nimm dich in acht — ich habe Hollanditis!".) Das ist bekanntlich die Krankheit, die einen dazu bringt, die Stationierung von Neutronenbomben strikt abzulehnen. Es steht nun aber zu befürchten, daß Bonn zu einem Ansteckungsherd geworden ist, von dem aus die Demonstranten diese Krankheit über das gesamte Bundesgebiet verbreiten...



Zum Innenministerium... in den Hundesalon! Beobachtet auf dem Weg zur Nordbrücke

Solidarität mit den Friedenskämpfern in der DDR

Einige Genossen der KPD nutzten in Bonn auch die Gelegenheit, über die Arbeit unserer Partei im anderen deutschen Staat aufzuklären, über den Friedenskampf unserer Partei, für den es keinen Unterschied zwischen Ost und West gibt. Das unterscheidet uns ja gerade — neben vielen anderen Sachen — von der DKP, die uns die russischen Raketen und die Besatzungsmacht in der DDR als Friedensgaranten verkaufen will.



Und die Genossen sammelten dabei auch Unterschriften für die sofortige Freilassung der verhafteten Genossen Manfred Wilhelm, Andreas Bortfeldt und anderer, die wegen dieses Kampfes vom Honecker-Regime in Isolationshaft gehalten werden.

Einige dieser Genossen trafen wir bei unserem Rundgang um den Hofgarten. Jeder von ihnen hatte schon über 100 Unterschriften gesammelt.

„Das geht eigentlich sehr gut; wenn man es nicht gerade mit welchen von der DKP zu tun hat, unterschreiben die Leute auch." Das berichtete uns ein Göttinger Genosse. Zusammen mit einem Genossen aus Bremen, der auch während unseres Gesprächs die Umstehenden mit kurzen Ansprachen auf das Anliegen aufmerksam machte, stand er vor einem mit Plakaten und Unterschriftenlisten verzierten Auto, dessen Kühlerhaube als Schreibpult diente.

„Das Sammeln war sehr interessant, man kam ja mit den unterschiedlichsten Leuten in Kontakt", erzählte ein Dortmunder. „Viele waren richtig verblüfft: Kommunisten in der DDR verhaftet? Gibt's denn das? Wieso denn?". Dieses Erlebnis hatten sicher viele. Gerade solche Menschen beginnen vielleicht zum ersten Mal darüber nachzudenken, was es mit dem „Sozialismus" in der DDR auf sich hat. Ein besonderes Erlebnis des Dortmunder Genossen: bei ihm unterschrieb auch ein DKP-Mitglied, ein Metallarbeiter.

Wir haben noch keinen Überblick, wieviele Unterschriften am 10.10. gesammelt wurden. Es konnten sich bei den vielen Sachen, die erledigt werden mußten, natürlich nur wenige dieser Aufgabe widmen. Aber von weit über 1 000 Unterschriften wissen wir bereits heute sicher. Auch ein Beitrag, unsere Genossen freizukämpfen!

300 000 in Bonn...



...wir wo



In Uniform gegen die NATO-Beschlüsse, ein mutiger Schritt — auch Holländer waren dabei.



Genossen aus Dortmund bei der Aufstellung des Zuges in Beuel.



Der DGB-Bundesvorstand hatte kein Glück...

ren dabei

...mit seinem Teilnahmeverbot.



Die Polit-Rock-Gruppe Elbe 1 machte Stimmung auf dem KJD-Lastwagen.



Fahnen der KJD im Zug von der Josefshöhe.



Die meisten kamen wohl aus Hamburg — rund 30 000 sollen es gewesen sein.



Zehntausende Gewerkschafter beteiligten sich.

Eine Massendemonstration gegen die Regierung!

Die große Bonner Friedensdemonstration erwies sich durch ihren Ablauf und Inhalt als das, was von der Reaktion befürchtet wurde: als eine Massendemonstration gegen die Politik der Bundesregierung.

Es ist festzuhalten, daß es die größte Demonstration in der Geschichte der Bundesrepublik war, rund 300000 Teilnehmer wurden gezählt. Welche Bedeutung allein schon diese Größe der Demonstration hat, das breite Spektrum der Beteiligten, das zeigt sich an der Sonderdebatte des Bundestags, die extra wegen dieser Demonstration angesetzt wurde, was es in dieser Form noch nie gab.

Aber klar wurde auch durch Ablauf und Inhalt der Aktion, daß es sich darum handelte, gegen die Politik der Regierung zu demonstrieren. Diesem Inhalt gilt schon am folgenden Tag die massive Hetze der Reaktion, allen voran Springers Einpeitscher „Bild am Sonntag", der die Demonstration auf den Nenner brachte „Moskau dankt".

Daß sich diese Demonstration gegen die Regierung richtete, wurde nicht nur in zahllosen Transparenten, Liedern und Sprechchören während der Züge durch Bonn deutlich, es wurde auch auf der Abschlußkundgebung klar. Egal, ob es sich dabei um die Reden von Albertz, Kelly und ausländischer Sprecher oder um Bastian und Mechtersheimer handelte. Pastor Albertz, der für seinen Satz „Diese Jugend will nicht mehr fremde Länder besetzen, sondern höchsten ein rechtswidrig leerstehendes Haus" mit den größten Beifall für eine einzelne Aussage erhielt, sprach auch vom Mißtrauen gegen die Regierung.

Und dieses Mißtrauen gegen die Regierung und ihre Politik, dies kam in sehr sehr vielen Beiträgen zum Ausdruck. Sehr deutlich wurde dabei, daß die Zahl derer, die sich von Verhandlungen zwischen Washington und Moskau positive Ergebnisse versprechen, rapide abnimmt. Der Versuch der Regierungsparteien jedenfalls, die geplanten Gespräche zwischen Haig-Gromyko als — ihren — Erfolg in Richtung Abrüstung und Entspannung darzustellen, ist gegenüber der Friedensbewegung, auch gegenüber recht breiten Teilen der Basis der eigenen Partei, gescheitert.

Auffallend war, daß Erhard Eppler für seine Rede, die in vielen Punkten die aggressivste Anklage gegen die Regierung war, und die auch zahlreiche politische Tatsachen erwähnte, die andere Redner nicht anführten, den meisten Beifall bekam.

Ebenfalls auffallend und sehr wichtig, daß die unzähligen Demonstranten aus den Reihen der Gewerkschaftsjugend in ihren Aussagen sich nie auf den DGB-Aufruf stützten, sondern sich sehr stark gegen die NATO-Politik richteten.

So auch in der Reihe der Auftaktkundgebungen, wo der Sprecher der Jungsozialisten auf scharfen Distanzkurs zu seinem Parteivorstand ging. In seiner Rede rief er unter anderem auch zu einer Demonstration gegen den Breschnew-Besuch auf.

Wie es im übrigen eindeutig war, daß die Kritik an der Politik beider Supermächte, an der NATO wie am Warschauer Pakt, die vorherrschende politische Strömung auf dieser Demonstration war. Auch dies kam ebenso auf den Demonstrationszügen selbst wie auch auf den verschiedenen Kundgebungen deutlich zutage.

So ist es auch zu erklären, wie die sehr große Zahl der Forderungen und Losungen für einen NATO-Austritt der Bundesrepublik zustandekam, die weit über die Reihen der KPD hinaus, über die Reihen der VOLKSFRONT hinaus und auch über solche Organisationen hinaus, die sich dieser Losung seit längerem annähern, wie der Falken, vertreten wurde.

Zahlreiche dieser Losungen richteten sich auch gegen den Warschauer Pakt, und es ist der DKP offensichtlich nicht gelungen, ihn im gewünschten Maße als „Friedenskraft" zu verkaufen, auch nicht unter jenen, die den Krefelder Appell unterzeichnet haben.

So wird deutlich, daß es im Kampf um den Frieden für die Politik der KPD wachsende Möglichkeiten gibt — denn der Kampf um eine neutrale Bundesrepublik wird offensichtlich zunehmend als Perspektive des Kampfes für Sicherung des Friedens anerkannt. Auch in diesem Sinne war die Bonner Massendemonstration ein erster Höhepunkt.

Eine wirksame Aktion

Volkskorrespondenz aus Westberlin

Liebe Genossen!

Hier in Berlin ist ja mächtig was los. Die CDU mit Innensenator Lummer nimmt Tote in Kauf, um den Profit der Baulöwen und Wohnungsspekulanten sichern zu helfen, aber er stößt auf starken Widerstand.

Eine Reihe von Lerherinnen und Lehrern haben an der Berufsschule Oberstufenzentrum Handel an vier Tagen morgens vor dem Unterricht ein selbstgemachtes Flugblatt an die Lehrlinge verteilt, das schließlich dazu aufruft, zur Friedensdemonstration nach Bonn zu fahren. Das OSZ Handel ist die größte Schule Berlins mit 200 Lehrkräften und 4000 Schülern, die meisten sind Mädchen und werden Verkäuferinnen in den Kaufhäusern und übrigen Einzelhandelsgeschäften. Das war ein Erstaunen, als die Lehrlinge „ihre" Lehrer(innen) vor der Schule sahen, die sich teilweise das T-Shirt „Nachrüstung — todsicher" übergestreift und sich mit Plaketten bepflastert hatten. Fast 3000 Flugblätter wurden verteilt. Viele Schüler waren erstmal nur neugierig, was die Lehrer anzubieten hatten.

Wie ist es zu dieser Aktion gekommen?

Einige Lehrer ergriffen die Initiative, meinten, daß man nicht nur mitmachen, sondern mehr tun muß. Sie fragten in den einzelnen Abteilungen 'rum, und schließlich kamen 25 Leute zu einem ersten Treff. Dort wurde dann erstmal diskutiert, was man überhaupt tun kann. Friedenswoche an der Schule, eigene Fahrraddemo und andere Vorschläge kamen. Letzendlich fand die Idee eine breite Zustimmung, die geschilderte Aktion zu machen. Ein paar machten das Flugblatt, das dann noch mal auf einem Treff mit mehreren verbessert und verabschiedet wurde, andere übernahmen das Lay-out, andere den Druck. Dann wurden Unterschriften der Lehrer gesammelt. Es kamen — wenn ich richtig gezählt habe — 127 zussammen, die dann mit auf das Flugblatt kamen.

Die Reaktion:

Das Flugblatt wurde in den Tagen verteilt, nachdem Klaus-Jürgen Rattay in den Tod getrieben wurde. Über beides — mehr natürlich über die Häuserräumungen und den Tod von Klaus-Jürgen — wurde in vielen Klassen heiß diskutiert. Teilweise kamen die Lehrer gar nicht dazu, ihren normalen Rechenunterricht usw. zu geben (die meisten Lehrer schienen das aber nicht ungern zu sehen!).

Einige Schüler fahren jetzt mit nach Bonn, wobei die Lehrer einen Teil der Fahrtkosten tragen.

Geradezu aufgeheult haben einige Unternehmer. So der Fachverband Deutscher Eisenwaren- und Hausrathändler e.V. Berlin (was es so alles gibt!), der ‚permanente Angriffe auf unseren Rechtstaat" bemerkt, wie ich aus sicherer Quelle erfahren habe. Auch andere haben sich über einzelne Lehrer beschwert und wollen ihnen was anhängen. Nun, die haben sich nicht einschüchtern lassen und halten zusammen, und wie es aussieht, wird es auch so bleiben.

Heike Delfs-Kleemann

geb. am 24.10.50 **gest. am 9.10.81**

Nach langer schwerer Krankheit starb am 9.10.81 viel zu jung unsere Genossin Heike Delfs-Kleemann.

Aus einer Arbeiterfamilie stammend, kämpfte Genossin Heike schon als Jugendliche in der Gewerkschaftsjugendbewegung. Als Mitglied der SPD hoffte sie, sich in dieser Partei für ein besseres Leben für die arbeitenden Menschen einsetzen zu können. Als sie erkannte, daß diese Partei ihre Ideale verraten hat, wurde sie 1973 Mitglied der KPD. Bis 1976 arbeitete sie in der Ortsgruppe Kiel der Partei. Danach unterstützte sie in Dortmund die Arbeit des ZK der KPD. Heikes fester Klassenstandpunkt, ihr Haß auf die Ausbeuter, ihre Treue zur Partei waren für alle Genossen vorbildlich und bis zuletzt ungebrochen. Schon vor ihrer unheilbaren Krankheit gezeichnet, nahm sie immer noch regen Anteil am Kampf der Arbeiterklasse und der Partei und erfüllte, soweit es ihre Kräfte zuließen, Parteiaufgaben.

Heikes viel zu früher Tod ist uns erneut Mahnung gegen die zu kämpfen, die die millionenfache Vernichtung menschlichen Lebens vorbereiten, anstatt alles für die Rettung vor solch schrecklichen Krankheiten einzusetzen.

Wir werden Genossin Heike nie vergessen.

ZK der KPD
Ortsgruppe Dortmund der KPD
Kreisverband Kiel der KPD

Trauerfeier: Freitag, 16.10.81, 12.45 Uhr in der großen Halle des Krematoriums, Eichhofstraße, Kiel.

Wir sind alle betroffen!
Wir dürfen nicht schweigen!

— Jährlich werden in Ost und West 1 Billion Mark (das ist eine 1 mit 12 Nullen!) Für Rüstung ausgegeben. Das sind 100000000 stündlich.

— In der BRD sind es in der Minute 80000 Mark.

— Von 10000 Atomwaffen in Westeuropa sind 7000 Atomwaffen in der BRD stationiert.

— Das Waffenpotential in Mitteleuropa entspricht umgerechnet einer Sprengkraft von 60 Tonnen Dynamit je Einwohner. 15g würden ausreichen, um einen Menschen zu töten.

— Amerikanische Wissenschaftler rechnen bei einem Atomkrieg mit mindestens 100 Millionen Sofort-Toten allein in Europa.

Diese Beispiel zeigen den Wahnsinn der Aufrüstung. Bis vor kurzem wußten die Kriegsstrategen in Ost und West: einem Atomkrieg gehen beide Seiten unter, es gibt kein Überleben, keinen Gewinner.

Jetzt glauben die Regierenden der USA herausgefunden zu haben, einen Atomkrieg gewinnen zu können. Man muß „nur" einen Erstschlag gegen den Gegner führen, so daß dieser nicht mehr „ausreichend" antworten kann.

Wieviele Millionen tote Menschen werden hier einkalkuliert!

Den Erstschlag würden die USA von Westeuropa aus mit Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles (Marschflugkörper) führen.

Und was kommt zurück?

Die Sowjetunion hat ihre Mittelstreckenraketen SS 20, die uns in Europa treffen werden, und wird sicherlich nicht lange mit Neutronenbomben auf sich warten lassen.

Raketen sind Magneten!

Europa, vor allem die BRD und die DDR, soll das erste Schlachtfeld werden, wir sitzen auf dem atomaren Pulverfaß. Entweder geht von unserem Boden der Atomkrieg aus, dann antwortet die UdSSR zuerst gegen uns, oder die UdSSR beginnt als erste, das hier stationierte Potential zu zerstören.

Obwohl offiziell zugegeben wird, daß „die Bundesrepublik... militärisch nur an den Preis ihrer völligen Zerstörung verteidigt werden (kann)" (Helmut Schmidt 1977), halten die Politiker die selbstmörderische Aufrüstung für sinnvoll.

Wir sagen, es hat keinen Sinn!

Wir haben Angst vor diesem Krieg!

Keine Produktion und Stationierung der Neutronenwaffe, keine Stationierung von Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik,

Für Abrüstung in Ost und West. Laßt uns zusammen für diese Ziele eintreten!

Wir resignieren nicht!

Zeigen wir den Politikern in Bonn, daß sie *nicht* in unserem Sinn handeln!

Fahren wir gemeinsam zur großen Friedensdemonstration! Samstag, den 10. Oktober 1981 in Bonn.

Es folgen die Unterschriften von 127 Lehrern.

Liebe „Roter-Morgen"-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen" keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen" mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb:

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN"!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 44010046)
Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtsparkasse Dortmund
(BLZ 44050199) Kto.Nr. 321004547

Spenden für den „Roten Morgen" als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Spenden für den „Roten Morgen"

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden bei uns ein:

KPD Frankfurt DM	200,—
Th. R., Hamburg	50,—
Zelle Oberhausen	250,—
Zelle BASF, Ludwigshafen	50,—
LBV Weser-Ems	100,—
Zelle Bremen-Walle	200,—
H.W., Bremen	100,—
LBV Hamburg	66,—
P.K., München	1000,—
G.W., Düsseldorf	20,—
W.K., Bremen	250,—
Zelle Bahrenfeld, Hamburg	500,—
D., Kiel	130,—
LBV Westfalen-Lippe	405,—
K.R., Hamburg	104,—
H.B., Bonn	100,—
E.A., Müden	200,—
P.P., Gelsenkirchen	10,—
LBV Schleswig-Holstein	76,33
T.Sch., Kassel	5,—
insgesamt DM	3816,33

Damit sind bisher 32243,40 DM an Spenden für den „Roten Morgen" bei uns eingegangen.

Spenden zur Unterstützung der Genossen in der DDR

H.L., Köln	60,—
Zelle Bochum-Ehrenfeld	350,—
G.W., Düsseldorf	100,—
OG Dortmund	20,—
OG Saarbrücken	30,—
Veranstaltung HH 1.9.81	504,72
P.B., Leverkusen	57,—
insgesamt DM	1121,72

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Zur Entwicklung im Iran

Die Revolution muß fortgesetzt werden!

Kommunisten werden hingerichtet

Die Ereignisse der letzten Monate, speziell seit der Flucht Bani Sadrs nach Paris und die Hinrichtungswelle gegen linke und demokratische Kräfte im Iran, zeigen eine drastische Zuspitzung der Lage, die die antiimperialistische Front zersetzt und schwächt und dem Ziel des US-Imperialismus, das Land wiederzuerobern, Tür und Tor öffnet.

Unsere Partei hat, wie alle Kommunisten, wie alle fortschrittlich, antifaschistisch und human gesinnten Menschen der ganzen Welt, im Februar 1979 die iranische nationale Revolution begeistert begrüßt. Denn sie bedeutete den Sturz der faschistischen Diktatur Pahlevis, das Ende der Oberherrschaft des USA-Imperialismus.

Dies war eine Volksrevolution, die von großer internationaler Bedeutung war. Sie war ein mächtiger Schlag gegen den USA-Imperialismus und gegen die reaktionären Regimes im ganzen mittleren Osten. Sie war ein Werk des Volkes, an dem zahlreiche politische Strömungen beteiligt waren.

Die Tatsache, daß dabei die islamischen Kräfte unter Ayatollah Khomeiny die Führung errangen, tat dem keinen Abbruch. Im Gegensatz zu vielen bürgerlich-demokratischen oder antiimperialistischen Kräften waren und sind die Kommunisten der Meinung, daß es die Sache des Volkes selbst ist, sich seine Regierung zu suchen, seinen eigenen Kampf um die Macht zu führen. Die internationale Hetzpropaganda gegen die iranische Revolution stand einzig und allein im Dienste des USA-Imperialismus.

Maßgeblich für die Beurteilung einer solchen Regierung, wie die im Iran entstandene, sind ihre Taten im antiimperialistischen Kampf.

Und da wurden verschiedenste Maßnahmen gegen den USA-Imperialismus getroffen, und da wurde auch gegen die Versuche des sowjetischen Sozialimperialismus, ins Land einzudringen, gekämpft. Sowohl die Veränderungen in der Militär- als auch in der Wirtschaftspolitik zeigen dies in aller Deutlichkeit. Und dies war, ist und bleibt das Hauptkriterium für die gegenwärtige Entwicklung im Iran: Ob ein Kurs gegen die beiden Supermächte gesteuert wird oder ob dies nicht geschieht, ob ein konsequenter Kampf geführt wird oder dieser sabotiert wird.

So haben die Kommunisten die Bestrafung alter Schergen des Faschisten Pahlevi ebenso begrüßt wie verschiedene Maßnahmen zur Säuberung der Armee. Diese Maßnahmen waren wichtig und gerecht, und forderten von jedem Antiimperialisten Unterstützung. Die Kommunisten haben auch die Besetzung der US-Botschaft verteidigt, weil diese ja tatsächlich ein Nest von Agenten und Spionen war und weil die Forderungen, die dabei erhoben wurden, gerechtfertigt waren.

Alles dies, wohlgemerkt, obwohl klar war, daß dies keine kommunistischen, proletarischen Kampfformen sind. Wir Kommunisten sind gegen Schnellurteile, sondern für eine revolutionäre Gesetzlichkeit. Angeklagte, die vor proletarischen Gerichten standen, haben von jeher das Recht auf Verteidigung und andere Rechte besessen. Dies gilt auch für die Verhaftung ausländischer Agenten und Spione. Trotzdem unterstützten die Kommunisten diese Maßnahmen, davon ausgehend, daß sie ein Ausdruck heftigster Empörung waren, daß sie sich gegen den USA-Imperialismus wandten, der in Verfolgung seiner Ziele unzählige Verbrechen beging und zu jedem weiteren bereit ist. Dies taten nicht nur die Kommunisten im Ausland, dies tat auch die iranische kommunistische Bruderpartei, die Partei der Arbeit des Iran (früher Kommunistische Arbeiter- und Bauernpartei des Iran).

Die Partei der Arbeit des Iran beteiligte sich entschlossen am antiimperialistischen Kampf und forderte stets seine konsequente Fortsetzung. Als der Irak, angestiftet von den USA, bewaffnet von der UdSSR und getrieben von eigenen regionalen Vormachtträumen den Iran angriff, war es klar, daß dieser Überfall der iranischen Revolution galt.

In einer kürzlich veröffentlichten Erklärung unterstreicht die Partei der Arbeit des Iran nochmals ihre Haltung und betont, daß sie selbstverständlich ihre Genossen und Anhänger zur Verteidigung des Irans gegen diesen Überfall im Dienste des Weltimperialismus aufgerufen habe.

Kommunisten haben an der Front gekämpft, eine ganze Reihe ist dort gefallen, zahlreiche wurden für ihren Mut ausgezeichnet. Das war unter den bestehenden politischen Verhältnissen eine richtige und notwendige Politik, die die Partei der Arbeit verfolgte.

Aber Tatsache ist, daß sich diese Verhältnisse in der letzten Zeit begannen drastisch zu verändern. Die Widersprüche innerhalb des Landes verschärften sich, je mehr die Islamisch-Republikanische Partei ihre Machtstellung ausbauen konnte.

Jene reaktionären Tendenzen, die bereits zu Beginn der Herrschaft Khomeinys sichtbar wurden, verstärkten sich jetzt immer mehr. Erscheinungen, die bereits vorher zu sehen waren, traten nun in den Vordergrund. Sei es die Behandlung des Nationalitätenproblems oder die Gewerkschaftsbewegung oder die Freiheit des politischen Worts — von Beginn an hatte es hier Unterdrückungsversuche gegeben. Aber es hatte keine Versuche gegeben, eine Entscheidungsschlacht zu führen, diese Kräfte, die Gewerkschaften und die politisch linksstehenden Parteien und Organisationen, völlig auszuschalten. Es bestand die Möglichkeit, sich verweigerte Rechte einfach zu nehmen, und in vielen Bereichen geschah dies auch.

Heute aber ist es inzwischen so weit, daß eine organisierte Welle gegenrevolutionären Terrors durch das Land rast, daß die Herrschenden versuchen, jeder Opposition den Kopf abzuschlagen, ihr jede Bewegungsfreiheit zu nehmen. Aber antiimperialistischer Kampf ohne Demokratie für das Volk ist unmöglich, denn nur mit Demokratie kann die nötige Einheit zustandekommen.

Diese Entwicklung verschärfte sich entscheidend mit dem Zerfall der Koalition zwischen den bourgeoisen Kräften um Bani Sadr und jenen der Mullahs. In den letzten drei Monaten ist diese brutale Unterdrückungswelle zum Hauptkennzeichen der Entwicklung im Iran geworden und wird ohne Unterbrechung fortgesetzt.

Dabei sind von dieser Unterdrückungswelle vor allem fortschrittliche politisch organisierte Kräfte betroffen, demokratische und antiimperialistische, revolutionäre Organisationen und die wahrhaft kommunistische Partei der Arbeit, aber auch das ganze Volk.

Kräfte wohlbemerkt, die selbst einen großen Anteil am Sieg der Revolution gegen den Schah hatten, Kräfte, die lange Zeit hindurch den Kampf gegen die Pahlevi-Diktatur geführt hatten.

Ob es für diese Kräfte die politische Freiheit, die Möglichkeit der Arbeit gibt oder nicht, das ist eine entscheidende Frage für den Fortgang der Revolution. Eine Regierung, ein Regime, das seinen Kampf hauptsächlich auf die demokratische innere Opposition konzentriert, das als seine Gegner alle linken Organisationen sieht, das leistet den entscheidenden Beitrag zur Schwächung der antiimperialistischen Front, und dies ist, wie gesagt, das Hauptkriterium für seine Beurteilung in einer Lage wie dieser.

Denn mit einer zum Schweigen gebrachten, geknebelten und verfolgten Linken kann ein antiimperialistischer Kampf nicht erfolgreich geführt werden. Es geht, um dies zu unterstreichen, nicht darum, daß von der Regierung selbst eine solche Politik verlangt wird oder werden könnte: Niemals kam jemand auf die Idee, die Mullahs könnten einen Schritt in Richtung Sozialismus tun wollen. Es geht lediglich darum, wie sie die minimalste Bedingung, nämlich die politische Betätigung der antiimperialistischen Kräfte behandeln.

Und hier eben gibt seit dem Rücktritt Bani Sadrs und den folgenden Bombenanschlägen auf Repräsentanten des Regimes nur noch die pure Unterdrückung. Mit Sicherheit haben damit die Urheber der Bombenattentate ihre Ziele erreicht, die Islamische Partei vollends ins Lager der Reaktion zu treiben.

Die Unterdrückungsmaßnahmen, die es schon vorher gegeben hatte, wurden zur Unterdrückungswelle.

Diese Welle traf vor allem die linksislamischen Kräfte und die Partei der Arbeit des Iran. Zahlreiche revolutionäre Kämpfer wurden im Schnellverfahren erschossen, darunter auch dekorierte Frontkämpfer des Abwehrkrieges gegen den imperialistischen irakischen Überfall.

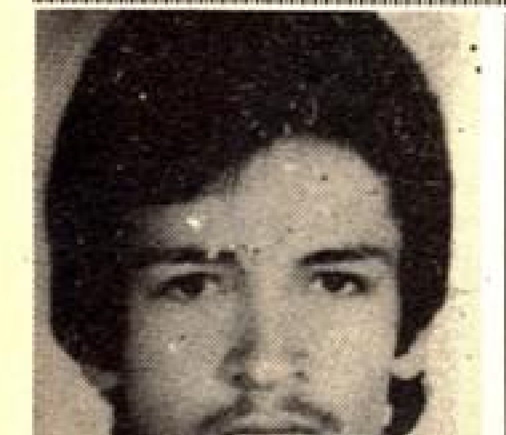
Die Schwächung der inneren Front, die Zersetzung und Zerschlagung des organisierten Antiimperialismus im Iran, das ist die beste Wegbereitung für eine Rückkehr des Imperialismus ins Land, für eine erneute Machtergreifung der Weltreaktion — welcher Herkunft sie auch immer sein mag. Deshalb muß diesem Vorgehen der Regierung entschiedener Protest und Widerstand geleistet werden. Sie spaltet und zerschlägt die antiimperialistische Einheit, das muß verhindert werden.

Schluß mit der Verfolgung fortschrittlicher Kräfte im Iran!

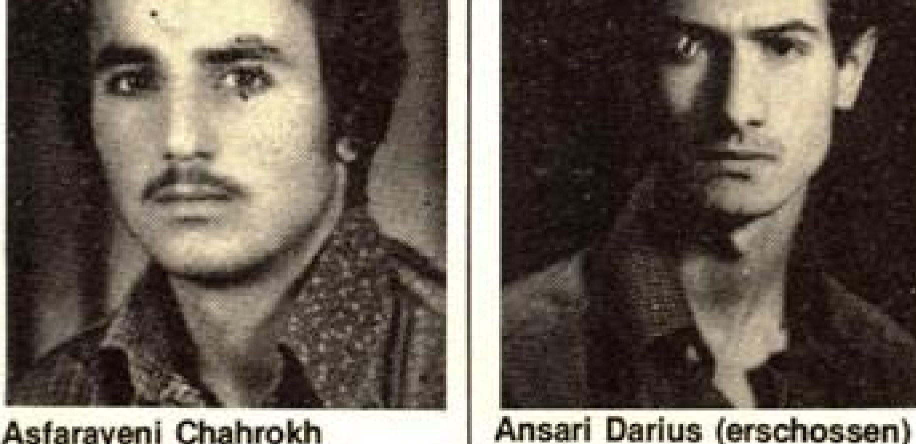
Für die Fortsetzung der antiimperialistischen Revolution!

Die sieben ermordeten kommunistischen Kämpfer





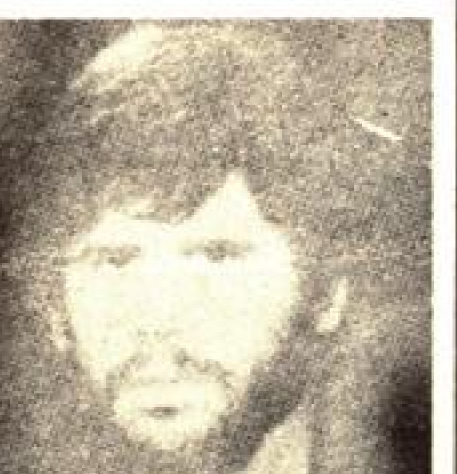
Nahebian Massoud (erschossen)



Asfarayeni Chahrokh (erschossen)

Ansari Darius (erschossen)





Tehrani Manoutchehr (erschossen)

Mofidj Nabi, junger Sympathisant von 13 Jahren auf der Straße ermordet.

Rouhi Djanbarar (erschossen)

Pahlevan Asghar, ein Genosse, der aktiv am Kampf gegen die irakische Aggression teilnahm (erschossen). Ohne Bild.





1. Mai 1979 in Teheran — Hunderttausende demonstrierten gegen den Imperialismus.

Das Attentat auf Sadat

„...und der Geist von Camp David"

Der Tod Anwar al Sadats, des ägyptischen Rais, hat in den Hauptstädten der westlichen Welt, in den Machtzentren des Imperialismus, Bestürzung hervorgerufen. Sie haben einen guten, persönlichen, engen, treuen, wahren, aufrichtigen Freund verloren. Sagten die Reagan, Schmidt, Thatcher, Mitterand, Begin und wie sie alle heißen. Und das wirkt natürlich auch bei der Bevölkerung, war Sadat doch ein Mann, um den wie um kaum einen zweiten ein großer Propagandawirbel gemacht wurde, dessen Friedensliebe und Entspannungsbereitschaft angeblich bisher die Lage in Nahost stabilisiert hätten.

Wie sah das denn wirklich aus, welches waren denn die Verdienste dieses Mannes, was waren seine Taten? Was hat er dem ägyptischen Volk gebracht, was war seine Rolle in Nahost? Und warum jubelt Ghaddafi, warum freut sich Syriens Assad?

Oder dient Sadats Tod gar, wie es die Maoisten behaupten, nur den Interessen des sowjetischen Sozialimperialismus?

Tatsache ist, daß die elfjährige Regierungszeit Sadats von einer katastrophalen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes geprägt war, die er mit seiner nationaldemokratischen Regierungspartei voll auf die Schultern der Armen des Landes abwälzte.

Unter seiner Regierung vollzog sich die Rückkehr der amerikanischen Ölmultis, er lieferte das Öl zu Billigpreisen an Begins Regierung, um den Boykott gegen Israel zu brechen. In diesen Jahren verdreifachte sich im Lande die Zahl derer, die obdachlos, arbeitslos, versorgungslos sind — und diese Zahl umfaßt Millionen Menschen.

Nun: daß er kein sozialer Wohltäter seines Volkes war, das klang selbst bei den Nachforgien der bürgerlichen Presse durch. Aber hat er positive Ansätze für einen Frieden in Nahost geschaffen? Tatsache ist ja, daß es keineswegs nur Ghaddafi und Assad waren, die Sadat als Verräter an der arabischen, der palästinensischen Sache bezeichneten, sondern daß Ägypten nach dem Abkommen von Camp David von der gesamten arabischen Welt bekämpft wurde, selbst von so reaktionären Regimes wie dem der Saudis, die eine so offen proamerikanische Politik nicht betreiben können.

Sadat entfernte die sowjetischen Berater aus dem Land — aber er holte dafür die amerikanischen herein. Er machte sein Land zu einer militärischen Aufmarschbasis des USA-Imperialismus, zu einem Hort der Reaktion, die nun neben Tel Aviv mit Kairo noch eine zweite Karte in dem Auseinandersetzungen im Nahen Osten hat. Eine Karte, die wegen der strategischen Lage Ägyptens, wegen seiner langjährigen wichtigen politischen Rolle im arabischen Raum und wegen der wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes großes Gewicht besitzt.

Durch seine Politik gedieh nicht nur der Reichtum der Osmansippe im Lande selbst und der Rockefellers in Amerika. Er verschaffte dem Faschisten Begin, der eine rassistische Vertreibungspolitik organisiert, ein Alibi, einen Deckmantel angeblicher Friedensbereitschaft. Seine Bemühungen haben den Frieden in Nahost auf keine Weise sicherer gemacht, sondern im Gegenteil. Er verschaffte sowohl dem USA-Imperialismus als auch den israelischen Zionisten größere Bewegungsfreiheit. Er arbeitete für einen Frieden auf Kosten der Palästinenser, für einen Frieden, der daraus bestehen sollte, daß sie auf ihre Forderungen nach einem eigenen Staat verzichten sollten, sich mit dem Schicksal als rassistisch Unterdrückte in Israel oder als Flüchtlinge abfinden sollten. Für einen Frieden, der von der Vorherrschaft der USA in dieser Region gekennzeichnet wäre. Damit ist er gescheitert — sowohl im internationalen Maßstab als auch zuhause, wo seine Isolierung in den letzten Monaten gewachsen war, die Opposition stärker wurde. Und auch der Geist von Camp David scheiterte.

Daß sich in Ägypten eine verschärfte Auseinandersetzung anbahnen würde, war in den letzten Monaten bereits zu sehen. Sadats Tod wird insofern nichts an den Verhältnissen ändern, als Mubarak seinen Kurs fortsetzen wird. Aber er hat die westlichen Imperialisten aufgeschreckt und ihnen gezeigt, wie wackelig das dortige Regime ist. Deshalb wurde das Wort Neuorientierung in den letzten Tagen so oft benutzt.

So kann Sadats Tod als ein Fanal des verstärkten Widerstands gegen den nationalen Ausverkauf wirken, ein Ziel, das die nasseristische Opposition verfolgt.

Der unvergessene Krieg

Die „Säuberungen" in der Roten Armee



„Überleben in Stalingrad" lautet der Titel der nächsten Folge im Rahmen der Fernsehserie „Der unvergessene Krieg". Auf die Bedeutung der Stalingrader Schlacht sind wir in unserem letzten „Historischen Stichwort" bereits eingegangen. Wir wollen die Gelegenheit nutzen, in dieser Folge ein Thema zu beleuchten, das ganz zu Beginn der Serie angeschnitten worden ist: Die „Säuberungen" in den Reihen der Roten Armee.

Bekanntlich werden die „Stalinistischen Säuberungen" von allen Reaktionären ins Feld geführt, wenn es um die Verteufelung sozialistischer Politik geht. In Wahrheit waren die Säuberungen der dreißiger Jahre Bestandteil des naturgemäß mit großer Härte geführten Klassenkampfes gegen die Kräfte der Konterrevolution, die ehemaligen Kapitalisten und Großgrundbesitzer und ihre politischen und militärischen Agenten, die — im Bündnis mit der internationalen Reaktion, im Bündnis selbst mit dem Hitler-Faschismus — auf den Sturz der Arbeitermacht in der damaligen Sowjetunion hinarbeiteten.

Allerdings haben diese Aktionen weder das Ausmaß noch die Grausamkeit angenommen, die ihnen von den westlichen Propagandamedien angedichtet wird.

Säuberungen gab es in der Tat auch in den Reihen der Roten Armee, im Offizierskorps. Diese Tatsache wurde im Zusammenhang mit der ersten Folge der Fernsehserie als einer der Gründe dafür angeführt, daß die Rote Armee zu Beginn des Krieges schwere Niederlagen erlitt und sich weit zurückziehen mußte. Mit den „eleminierten" Offizieren an der Spitze, so wird angedeutet, wäre das nicht passiert.

Nun, etwas ganz anderes, etwas viel Schlimmeres wäre geschehen, wenn der Sowjetstaat gegen gewisse Elemente in der Armeeführung — ohne Ansehen ihres Namens oder früherer „Verdienste" — nicht so rigoros vorgegangen wäre.

Denn in Zusammenarbeit mit den trotzkistischen Verschwörern, Spionen und Attentätern bereitete eine Gruppe von Offizieren einen Militärputsch vor, für den man sich bei der faschistischen Regierung Deutschlands den Rückhalt gesichert hatte. Diese Leute wollten gegen gewisse Zugeständnisse selber die Faschisten ins Land lassen, nachdem sie die Partei- und Staatsführung weitgehend umgebracht hätten.

Kläglich gescheitert waren in den Jahren zuvor all die ununterbrochenen Versuche Trotzkis und seiner Parteigänger, eine einflußreiche politische Opposition gegen Stalin innerhalb der Sowjetunion aufzubauen. Innerhalb der Partei und auf Massenversammlungen wurde ihm eine Abfuhr nach der anderen erteilt, die den Trotzkismus als politische Strömung innerhalb der Arbeiterbewegung liquidierten und seine Anhänger zu kriminellen Terroristen herabsinken ließen.

Die bekannteste Figur der mit Trotzki zusammenarbeitenden machtgierigen Militärs war das Mitglied des Generalstabes der Roten Armee, der ehemalige zaristische Offizier Michail Nikolajewitsch Tuchatschewski. Zusammen mit sieben weiteren Generalen wurde ihm im Sommer 1937 der Prozeß gemacht.

Ursprünglich hatte man vorgehabt, im Falle eines deutschen Angriffs auf die Sowjetunion — mit dem man immer rechnete und der ja auch immer geplant war — die Front zu öffnen und sich dem feindlichen Generalstab zu ergeben. Im Verlaufe der dreißiger Jahre, als die Sowjetunion durch ihre Politik ihre internationale Position stärkte, wurde dieser Plan zugunsten eines baldigen Militärputsches verworfen. In Abstimmung mit Trotzki wurden 1936 „praktische Vorbereitungen für den Putsch (getroffen). Tuchatschewski erhielt freie Hand, wir gaben ihm carte blanche für die selbständige Erledigung seiner Aufgabe." Das Zitat stammt von Trotzkis Mitverschwörer Krestinski.

Ende März 1937 waren die Vorbereitungen so weit abgeschlossen, daß der Termin genauer festgelegt wurde: spätestens bis zum 15. Mai. Der Trotzkist Rosengolz, in dessen Moskauer Wohnung die Besprechung darüber stattfand, berichtete später Einzelheiten: **„Eine Gruppe ihm (Tuchatschewski — Red.) ergebener Militärs sollte sich unter irgendeinem Vorwand in seiner Wohnung versammeln, sich den Weg in den Kreml bahnen, die Telephonzentrale des Kreml besetzen und die Partei- und Regierungsführer umbringen."**

Am 11. Mai wurde Tuchatschewski verhaftet.

Im offiziellen Kommuniqué des Prozesses gegen die Generale heißt es:

„Die Untersuchung hat ergeben, daß die Angeklagten (...) staatsfeindliche Beziehungen zu führenden militärischen Kreisen einer ausländischen Macht unterhielten, die eine der UdSSR feindliche Politik betreibt. Die Angeklagten arbeiteten für den feindlichen Geheimdienst dieser Macht.

Sie lieferten den militärischen Kreisen dieses Landes regelmäßig Geheiminformationen über die Rote Armee. Die Angeklagten betrieben Sabotage, um die Rote Armee zu schwächen und dadurch die Niederlage der Roten Armee im Falle eines Angriffs auf die Sowjetunion vorzubereiten."

Alle Angeklagten wurden für schuldig befunden und erschossen.

Eine wütende Hetze ging durch die reaktionäre Auslandspresse. Wilde Gerüchte wurden geschürt; die Rote Armee habe sich gegen die Sowjetunion erhoben — das war eines dieser Gerüchte, die sich als Wunschträume ihrer Urheber erwiesen.

Beobachter der Vorgänge in der Sowjetunion war unter anderen der US-amerikanische Botschafter Joseph E. Davies, der übrigens all den Verleumdungen über die Führung der „Säuberungs"-Prozesse gegen Verschwörer entgegentrat und die Sachlichkeit der Verhandlungsführung lobte. Nach der Hinrichtung der Militärs erklärte er dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, die Stimmung im Ausland.

„Meiner Meinung nach", so sagte er unter anderem, „haben diese Vorgänge den Glauben Frankreichs und Englands an die Widerstandskraft der UdSSR Hitler gegenüber erschüttert!"

Litwinow antwortete, die Sowjetregierung habe sich die Gewißheit schaffen müssen, daß es keinen Verräter mehr auf sowjetischen Boden gäbe, der „bei Ausbruch des unvermeidlichen Krieges" mit Berlin oder Tokio zusammenarbeite.

„Eines Tages wird die Welt begreifen, daß wir unsere Regierung vor dem drohenden Verrat schützen mußten (...) Wir leisten der ganzen Welt einen Dienst, indem wir uns gegen die Bedrohung durch Hitler und die nazistische Weltherrschaft verteidigen und die Sowjetunion als Bollwerk gegen die nazistische Aggression intakt erhalten."

Wenige Tage nach dem faschistischen Überfall 1941 sagte derselbe Davies:

„Wenn man sich die Mühe gab, darüber nachzusinnen, mußte es recht merkwürdig erscheinen, daß bei dieser jüngsten Invasion der Nazis nicht ein Wort von der ‚Arbeit im Innern' hinter den russischen Linien verlautet hatte. Es gab keinen sogenannten inneren Angriff in Rußland im Kontakt mit dem deutschen Oberbefehl. Der Einmarsch in Prag 1939 vollzog sich unter aktiver militärischer Teilnahme durch die Organisation Henleins in der Tschechoslowakei. Dasselbe traf beim Einfall in Norwegen zu. Im heutigen Bilde der Sowjetunion fehlen die Sudeten Henleins, die slovakischen Tisos, die belgischen Degrelles und die norwegischen Quislinge."

Man kann also gut verstehen, wenn deutsche Revanchisten heute noch davon träumen, wieviel besser es doch gewesen wäre, wenn beim Überfall auf Rußland solche Leute wie Tuchatschewski an der Spitze der Roten Armee gestanden hätten

Aber es gab eben in Rußland keine fünfte Kolonne. Diejenigen, die sie hatten bilden wollen, existierten nicht mehr — sie waren alle erschossen.



In ihrem Rücken stand kein „innerer Feind" mehr, als sie zum Kampf zur Verteidigung ihrer sozialistischen Heimat antraten: Rotarmisten bei einer Militärparade. Die verräterischen Generäle, die sie in die Niederlage gegen den Faschismus führen wollten, waren aus der Armeeführung „hinausgesäubert".

Viel Schwein gehabt, Herr Strauß!

4350 Mark soll die Redaktion der Stadtzeitung „Collage" zahlen, weil sie eine Karikatur von Rainer Hachfeld zum Thema „Strauß und Justiz" nachgedruckt hat. Der Strafbefehl umschrieb die Karikatur so: „Auf Seite 17 sind zwei Karikaturen abgebildet, die jeweils zwei Schweine in Geschlechtsverkehrposition zeigen. Jeweils ein Schwein trägt die Gesichtszüge von Dr. Franz Josef Strauß."

Stimmt. Einmal ist er oben einmal unten; Hachfeld fragt beim zweiten, ob Herr Strauß es so lieber habe, weil er die erste Form schon vorher verfolgen ließ.

Überhaupt plagen Hachfeld Sorgen, die er selbst in „konkret" 10/81 in Wort und Bild folgendermaßen zum Ausdruck bringt — und die wir zu Dokumentationszwecken hier wiedergeben:

„...Ich versteh' nun überhaupt nichts mehr. Alle Schweinchenbilder, die nach dem ersten... veröffentlicht wurden, sind doch nur deshalb gezeichnet und gedruckt worden, weil FJS dieses erste angezeigt hatte. Hätte er das nicht getan, wäre bestimmt kein zweites Schweinchenbild erschienen. Was nun passiert, kann er sich wohl denken: Ich muß ein neues Schweinchenbild zeichnen, weil er immer noch keine Ruhe geben will. Auch daran ist FJS selbst schuldig und verantwortlich dafür (wie Heinrich Lübcke gesagt hätte). Was, wenn er nun auch dieses neue Schweinchenbild bestraft sehen will und ich infolgedessen wieder ein Schweinchenbild malen muß? Wo soll das enden?"

Wir werden sehen:





Samstag, 17. Oktober, 21.10 Uhr, HR III
Der unvergessene Krieg. In der Folge „Die Verteidigung Stalingrads" wird die siegreiche Schlacht der Roten Armee gegen die faschistischen Truppen bei Stalingrad beschrieben, die den Wendepunkt des antifaschistischen Krieges bedeutete.

***

Sonntag, 18. Oktober, 14.50 Uhr, ZDF
Knoblauch, Kölsch und Edelweiß. Die Sendefolge „Beschreibungen" bringt heute diesen Film von Günter Wallraff und Ulrike Wöhning über das Kölner Arbeiterviertel Ehrenfeld.

***

Montag, 19. Oktober, 21.20 Uhr, ZDF
Die letzten Jahre der Kindheit. Norbert Kückelmann hat diesen Spielfilm über das Schicksal eines Fürsorgezöglings nach einer wahren Begebenheit gedreht.

***

Montag, 19. Oktober, 21.15 Uhr, WDR III, HR III
Der unvergessene Krieg. Die Folge „Überleben in Stalingrad" schildert die Kapitulation der 6. Armee, ihren Weg in die Gefangenschaft und den Wiederaufbau der schwer zerstörten Stadt Stalingrad. Anschließend in beiden Sendern wieder eine sogenannte Expertengruppe unter dem Motto „Anruf erwünscht". Zuschauer können unter der Nummer (0221) 2871 im Funkhaus anrufen und ihre Meinungen zu der Serie äußern.

***

Montag, 19. Oktober, 21.45 Uhr, Südwest III
Der unvergessene Krieg. Gezeigt wird die Folge „Die Verteidigung von Stalingrad".

***

Dienstag, 20. Oktober, 21.45 Uhr, WDR III
Schauplatz: 480 Tonnen bis viertel vor zehn. Ein Film von Rainer Komers über die Hafenarbeiter von Duisburg.

***

Dienstag, 20. Oktober, 20.15 Uhr, HR III
Drei Schwestern. Komödie von Anton Tschechow, einem Hauptvertreter des russischen kritischen Realismus. Inszenierung: Niels-Peter Rudolph.

***

Mittwoch, 21. Oktober, 22.15 Uhr, ZDF
Die verkaufte Wirklichkeit. Reportage über die Dreharbeiten zu Volker Schlöndorffs neuem Film „Die Fälschung", der Geschichte eines deutschen Journalisten in der Bürgerkriegsstadt Beirut.

***

Mittwoch, 21. Oktober, 19.50 Uhr, Südwest III
Der Dialog. Film von F.F. Coppola über einen Abhörspezialisten. Mit Gene Hackmann.

***

Freitag, 23. Oktober, 23.30 Uhr, ZDF
Nur Pferden gibt man den Gnadenschuß. In diesem Film von Sydney Pollack wird ein Marathon-Tanztournier in Los Angeles wird realistisch die Not im Krisenjahr 1932 beschrieben. Mit Jane Fonda und Michael Sarrazin.

Modelle der kapitalistischen Krisenpolitik (Teil II)

Friedman contra Keynes

„Globalsteuerung" oder Spontaneität des Marktes




Bürgerliche Ökonomen Keynes (links) und Friedman.

Im ersten Teil unserer Artikelfolge (RM 40/81) haben wir das Wirtschaftsprogramm der Reagan-Regierung dargestellt und sind auf einige Elemente der Theorie des reaktionären Ökonomen Milton Friedman eingegangen, einer Theorie, deren sich die gegenwärtige Wirtschaftspolitik der USA in wesentlichen Teilen bedient.

Friedmann macht für die krisenhafte Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft, die ja heute auch von den Ideologen der Bourgeoisie nicht mehr geleugnet werden kann, die staatlichen Eingriffe in das spontane Wirken der Marktkräfte verantwortlich. Seine Rezepte, mit deren Anwendung er eine krisenfreie Entwicklung verspricht, sind unter anderem:

- Freie Entfaltung der Marktkräfte durch weitgehende Steuersenkungen und Abschreibungserleichterungen für das Monopolkapital, sowie durch Abschaffung aller staatlichen Maßnahmen, die den Monopolen die Erzielung höherer Profite erschweren;
- vollständiger Rückzug des Staates aus der Verantwortung für „Vollbeschäftigung", ein ständig hohes Potential an Arbeitslosigkeit ist vielmehr erwünscht, um einen Druck auf die Reallöhne mit dem Ziel ihrer Senkung zu erzeugen;
- drastische Demontage aller Sozialleistungen, um so Mittel für die Umverteilung an die Monopole freizumachen;
- durch die starke Kürzung der staatlichen Sozialausgaben und eine Erhöhung der Zinssätze soll die umlaufende Geldmenge verknappt werden, was dann eine Senkung der Inflationsrate bewirken soll — nach Friedmann eine der wesentlichen Voraussetzungen für eine Stabilisierung der Wirtschaft.

Friedmann bezeichnet den Kern seiner Theorie ausdrücklich als eine „Gegenrevolution" zu den Auffassungen von John Maynard Keynes, die weitgehend die Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte in den meisten kapitalistischen Ländern bestimmt haben. Keynes hatte unter dem Eindruck der bislang tiefsten zyklischen Krise des Kapitalismus (1929 - 1932) einige der Dogmen bürgerlicher Ökonomie aufgegeben, zu denen jetzt „Gegenrevolutionär" Friedmann wieder zurückkehrt: so zum Beispiel die Ansicht, daß die Spontaneität des Marktes der beste Weg zur Regulierung der kapitalistischen Wirtschaft sei, daß die zyklischen Krisen zufällige Erscheinungen wären oder daß Arbeitslosigkeit wesentlich auf zu hohe Löhne zurückzuführen sei.

„Funktionstüchtiger Kapitalismus"

Keynes plädierte stattdessen für ein regulierendes Eingreifen des kapitalistischen Staates in den wirtschaftlichen Prozeß. Durch die staatliche Einwirkung auf solche Faktoren wie Investitionen, Steuern, Löhne oder Preise sollte eine globale Steuerung der Wirtschaft und damit ein krisenfreies Wachstum erzielt werden. Eine besondere Rolle in diesem System spielt dabei die Schaffung einer künstlichen Nachfrage durch hohe Staatsausgaben, um damit die zyklischen Krisen in den Griff zu bekommen.

Dieses Modell der Regulierung des wirtschaftlichen Prozesses wurde zum ersten Mal in den USA im Rahmen der New-Deal-Politik des Präsidenten Roosevelt angewandt, es bestimmte in der Nachkriegszeit wesentlich die Wirtschaftspolitik der Demokratischen Partei in den Vereinigten Staaten (Kennedy, Johnson) und die Politik der Labour-Regierungen in Britannien. Den ideologischen Kern dieses Modells brachte in den 60er Jahren W.W. Heller, der wirtschaftliche Chefberater von Johnson, zum Ausdruck, als er behauptete, die zyklischen Krisen der kapitalistischen Wirtschaft wären nun endgültig überwunden und mit ihnen auch der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital. Man könne nun „in der ideologischen Auseinandersetzung den für alle Welt sichtbaren Beweis eines funktionstüchtigen modernen Kapitalismus liefern."



Die steigende Arbeitslosigkeit — eines der größten Probleme für die Werktätigen.

In der Bundesrepublik setzte sich das keynesianische Modell — nicht zuletzt unter dem Eindruck der Entwicklung in den USA — erst in den 60er Jahren durch. Sein Verfechter war auf der politischen Ebene vor allem die SPD-Führung, insbesondere der spätere „Superminister" Schiller, die schon 1963 in einer wirtschaftspolitischen Plattform die Entwicklung eines staatlichen Instrumentariums zur „Globalsteuerung" der kapitalistischen Wirtschaft forderte. Mit der Bildung der Großen Koalition und später der sozialliberalen Koalition wurde dann diese Plattform weitgehend in Regierungspolitik umgesetzt.

Mit dem „Stabilitätsgesetz" von 1967 und den damit verbundenen mittelfristigen Finanzplanung wurde der Versuch unternommen, die Bedingungen der Kapitalverwertung planmäßig und über einen längeren Zeitraum hinweg zu beeinflussen. Im wesentlichen sollte das durch die Steuerung der Marktnachfrage geschehen. So wollte man einem Abflauen der Konjunktur durch ein System gezielter Investitionsanreize entgegenwirken (staatliche Aufträge, günstige Kredite, Investitionsprämien, bessere Abschreibebedingungen usw.). Die Nachfrage nach Konsumtionsmitteln auf der anderen Seite sollte über Lohnleitlinien gesteuert werden, die in erster Linie auf eine Begrenzung der Lohnforderungen abzielten.

Bankrott der „Globalsteuerung"

In den 70er Jahren jedoch wurde offensichtlich, daß dieses ausgeklügelte System der „Globalsteuerung" nicht funktionierte. Es entwickelte sich die sogenannte Stagflation (Stillstand des wirtschaftlichen Wachstums bei gleichzeitiger zunehmender Inflationsrate), die in der keynesianischen Theorie „nicht vorgesehen" war, und mit der zyklischen Krise von 1974/75 brachen die von den bürgerlichen Ideologen verkündeten Perspektiven einer krisenfreien Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft endgültig zusammen.

Dennoch gab es auch im Krisenjahr 1975 in der Bundesrepublik noch einmal einen großangelegten Versuch, mit keynesianischen Modellen den Konjunkturtief gegenzusteuern. Es wurden eine Investitionszulage für Unternehmen und ein staatliches Investitionsprogramm (mit einem Volumen von je zehn Milliarden Mark) beschlossen, um die Konjunktur wieder auf Schwung zu bringen. Diese Maßnahmen sind von der Universität Oldenburg auf ihren Effekt hin untersucht worden. Dabei kam man zu den folgenden Ergebnissen: 95 Prozent der durch die Investitionszulage begünstigten Unternehmen zogen ohnehin geplante Investitionen vor, sodaß im folgenden Jahr ein erhebliches Auftragsloch entstand. Zudem handelte es sich dabei vorwiegend um Rationalisierungsinvestitionen; durch die Zulage wurde also unmittelbar die Vernichtung von Arbeitsplätzen in großem Stil finanziert.

Für das 1975 aufgelegte staatliche Investitionsprogramm, das hauptsächlich der Bauwirtschaft zugute kam, errechnete die Bundesregierung eine Verminderung der Arbeitslosigkeit um 190000 Mannjahre. Die Untersuchung der Universität Oldenburg kommt jedoch zu dem Schluß, daß diese Rechnung nicht stimmt, weil viele Firmen nicht mit Neueinstellungen, sondern mit der Einführung von Überstunden und Sonderschichten reagiert haben. Und zudem nutzte die Bauwirtschaft das Programm zu drastischen Preiserhöhungen, was die Inflationsrate weiter in die Höhe trieb.

Dieses Beispiel zeigt deutlich, daß Programme dieser Art nicht geeignet sind, die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus zu beseitigen, geschweige denn die Werktätigen von den Lasten der Krise zu befreien. Im Gegenteil. Die Wirtschaftspolitik à la Keynes zielt im wesentlichen darauf ab, durch Schaffung einer künstlichen Nachfrage über staatliche Maßnahmen die Profitbedingungen des Kapitals vor allem in der Krise zu verbessern. Das bringt zwar den Kapitalisten kurzfristige Vorteile, aber die damit verbundenen Erscheinungen wie galoppierende Staatsverschuldung, Verstärkung der inflationären Tendenzen usw. vertiefen nur insgesamt den krisenhaften Prozeß.

Die Folgen des britischen Sozialpakts

Am drastischsten hat sich der Bankrott der keynesianischen Methoden der Wirtschaftsregulierung während und nach der letzten zyklischen Krise in Britannien vollzogen. Hier waren diese Methoden auch besonders stark mit der reformistischen Politik und Ideologie verbunden, die durch einen umfassenden Sozialpakt zwischen den Werktätigen und dem Kapital, durch die Einbindung der Gewerkschaften in das System der staatlichen Regulierung eine krisenfreie Entwicklung der Wirtschaft und kontinuierlich wachsenden Wohlstand für die Werktätigen versprach.

Im Krisenjahr 1974 wurde zwischen der Labour-Regierung und dem Gewerkschaftsbund TUC ein offizieller Pakt geschlossen, mit dem der TUC von der Regierung festgelegte Lohnleitlinien als verbindlich anerkannte. Im Gegenzug verpflichtete sich Premier Callaghan, Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Dämpfung der Teuerung zu ergreifen. Das sollte nach „bewährtem" Muster durch staatliche Anreize für Unternehmer-Investitionen geschehen. Aber natürlich dachten auch in Britannien die Kapitalisten nicht im Traum daran, nun dauerhafte Arbeitsplätze zu schaffen, und verwandten die staatlichen Gelder stattdessen vorwiegend für Rationalisierungsprogramme.

Und so hatten denn die drei Jahre des Sozialpakts (1974 - 1977) das folgende Ergebnis: Die Arbeitslosigkeit verdoppelte sich auf 1,7 Millionen; der Reallohn der Arbeiter sank um 12 Prozent; und im letzten Jahr des Pakts konnten die 500 führenden Kapitalgesellschaften eine Profitsteigerung von 49 Prozent gegenüber dem Vorjahr verbuchen.

In Britannien wurden aber auch die politischen Folgen des Bankrotts der keynesianischen Wirtschaftspolitik besonders deutlich. Dieser Bankrott ermöglichte nämlich den von Margaret Thatcher geführten Kräften der äußersten politischen Reaktion die Entfaltung einer hemmungslosen Demagogie, die darauf abzielte, nicht den Kapitalismus, sondern den „Sozialismus" für die anhaltende Krise und deren schwer auf den Werktätigen lastenden Folgen verantwortlich zu machen. Denn als „Sozialismus" bezeichneten die britischen Konservativen (ähnlich wie ihr Gesinnungsgenosse Strauß, der sich früher gerne den „deutschen Thatcher" nannte) das von der Sozialdemokratie betriebene System der staatlichen Wirtschaftsregulierung.

„Weniger Staat"

Und dieser „Sozialismus" hätte sich vor allem in einem unerträglichen staatlichen Dirigismus geäußert, durch den jeder Bürger, vor allem aber die stets investitionsfreudigen Unternehmer, gegängelt worden wären. Daß diese Demagogie (die in nicht unbedeutender Weise zum Wahlsieg der Thatcher im Mai 1979 beigetragen hat) keineswegs auf Britannien beschränkt ist, sondern von der extremen Reaktion in allen kapitalistischen Ländern mitgetragen wird, mag das folgende Zitat aus einem Artikel veranschaulichen, der 1978 unter dem bezeichnenden Titel „Es lebe der Kapitalismus" in der „Zeit" erschien: „Nicht die Krise des Kapitalismus ist schuld an Entlassungen und Inflation, auch nicht irgendeine Krise der Marktwirtschaft. Die eigentlich che Schuld trifft Wissenschaftler und Politiker, die dem Staat zu viel Einfluß verschafft haben."

Die Parole, mit der Thatcher in den Wahlkampf zog, war denn auch „less government" (weniger Staat), die gleiche Parole, mit der auch Reagan angetreten war oder mit der hier F.J. Strauß den Wählern die Befreiung von staatlicher Bevormundung, vom alles überwuchernden Bürokratismus, kurz: mit der er „Freiheit statt Sozialismus" versprach. Aber diese Losung ist eben nur pure Demagogie.

Es ist ja für den heutigen staatsmonopolistischen Kapitalismus gerade kennzeichnend, daß sich die Monopole den Staatsapparat unmittelbar untergeordnet haben und ihn zu gezieltem Eingreifen in die Wirtschaft benutzen, um dadurch ihre Machtposition zu festigen und ihre Maximalprofite zu sichern. Sie bedienen sich des Staates, um die Konzentration und Zentralisation des Kapitals zugunsten der großen Monopole voranzutreiben und um die werktätige Bevölkerung über die im Rahmen der Haushaltspolitik betriebene Umverteilung des Einkommens auszuplündern.

Und natürlich denken die Thatcher, Strauß oder Reagan nicht im Traum daran, diese Funktionen des Staates in Frage zu stellen. Das zeigt sich ja nicht zuletzt schon daran, daß gerade sie es sind, die durch ihre wahnwitzige Hochrüstungspolitik ganz massiv in die Wirtschaft eingreifen — mit dem Ziel ihrer weiteren Militarisierung. Es geht ihnen also in Wirklichkeit nicht um einen generellen Abbau staatlichen Wirkens auf die Wirtschaft (was ja — wie gesagt — auch den objektiven Bedingungen der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus widersprechen würde). Sondern es geht ihnen nur um eine Schwerpunktverlagerung innerhalb der Tätigkeit des Staates, von der sie sich und ihren Auftraggebern eine bessere Sicherung der Monopolprofite unter den Bedingungen der Krise versprechen.

Worauf diese Schwerpunktverlagerung abzielt, haben wir am Beispiel der Reaganschen Wirtschaftspolitik schon gesehen (RM 40/81). Im nächsten „Roten Morgen" werden wir uns darüber hinaus ausführlich mit der Entwicklung in Britannien beschäftigen, wo seit dem Machtantritt Thatchers die oben angeführten Rezepte Milton Friedmans sozusagen in reiner Form angewandt wurden — mit bekanntlich katastrophalen Folgen für die Werktätigen.

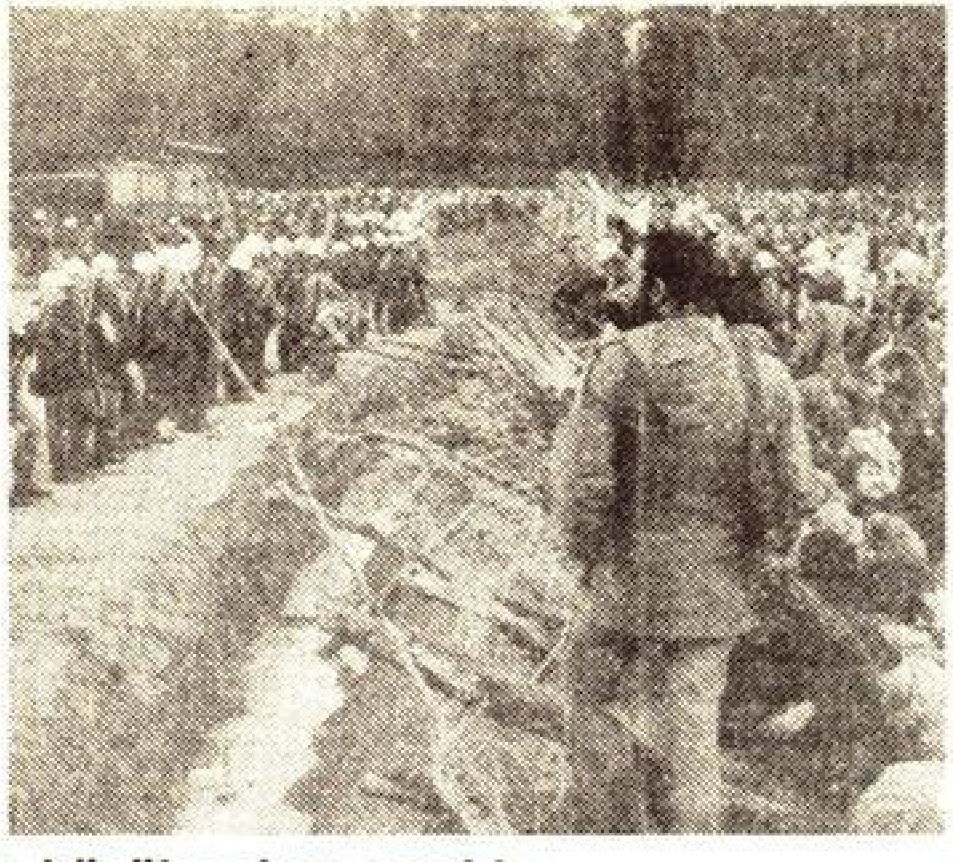
Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 42, 16 Ekim 1981 | Yıl: 15 | 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar



WALLDORF'TA VAHŞİ SALDIRI

Gecen hafta Walldorf'ta yapılması planlanan Frankfurt hava alanının yeni uçuş pistine karşı 10 000 kişi protesto etti. Polis birlikleri vahşice göz yaşartıcı bomba kullanarak ve su fışkırtan panzerlerle protestoculara saldırdı, yüzlercesini ağır şekilde yaraladılar.

Batı Almanya tarihinde en büyük eylem yapıldı

300 000 kişi atom roketlerine ve savaşa karşı yürüdü

BONN. — 10 Ekim günü Batı Almanya kuruluş tarihinden bu yana en büyük kitlesel yürüyüşe sahne oldu. Bonn şehri, 300 000'i aşkın savaşa karşı insan tarafından kuşatıldı. Tüm gericiliğin bu yürüyüşü Sovyet sosyal emperyalizminin güdümünde olan bir yürüyüş olarak gösterme çabaları, yürüyüşe ve mitinge katılan binlerce insanın iki süper devletin silahlanmasını protesto etmeleri ile boşa çıkmış oldu. Bu yürüyüş Bonn Hükümeti'nin ve DGB Merkez Yönetim Kurulu'nun tüm saptırma çabalarına karşın, esas olarak Bonn Hükümeti'nin politikasını ve ABD ile olan ittifakı hedeflemekteydi.



Bonn yürüyüşü yapılmadan önce yürüyüşe karşı yoğun bir kışkırtma propagandası sürdüren Başbakan Schmidt, yürüyüşten bir gün evveli bu yürüyüşün bağını ikiyüzlüce kendisinin sözde barışa hizmet eden ve gerginliği giderme politikası ile bağını kurmaya çalıştı. Schmidt bu konuşmasında iki süper devletin dişişleri bakanlarının yeniden "barış görüşmelerine" başlamalarını Bonn Hükümeti'nin bir kazanımı olduğunu ve onun baskısının sonucu sağlandığını söyledi. Konuşmasında, Schmidt iki emperyalist çetenin bakanlarının bir araya gelmesinin sağlanmasını Bonn Hükümeti'nin barış siyaseti izlediğinin göstergesi olarak satmaya çalıştı. Schmidt bu konuşmaları yaparken barış hareketini bölmeyi amaçlamaktaydı. O, ne zamanki barış hareketi kendisini gerçekten komünistlerden soyutlayacak olursa, ancak o zaman ciddiye alınabilirmiş diyordu.

Schmidt'in bu söylediklerinin gerçek olabileceğine kendi partisinin üyeleri bile inanmadı. İşte bunun içinde yüzbinler sokaklara dökülerek Bonn'a geldi. İşte Bonn'da yapılan bu yürüyüş bundan dolayı Başbakan Schmidt'in sahte barış sözleriren karşı yüzüne vurulan bir şamardı. Bir kaç yıl evveline kadar barış yanlısı bir çok insan savaşı kışkırtan iki emperyalist çetenin göstermelik "barış görüşmelerine kanabiliyor, komünistlere karşı sürdürülen kışkırtma kampanyasından etkilenebiliyordu. Ancak bu yürüyüşte her görüşten insanın savaşa karşı biraraya gelebilmesi, bunun etkisinin az olduğunu gösterdi.

Yürüyüş ve mitinge katılan kitle, Federal Almanya'nın NATO'dan çıkması şiarını gür sesleriyle hakırdılar. Almanya'nın tarafsızlaşma şiarı bu yürüyüşte haykırıldığı kadarıyla hiç bir zaman bu şekilde yaygın değildi. İşte bu nedenle KPD'nin izlediği barış politikası bir çok insanın yürüyüşte dikkatini çekti.
Bugün Almanya'da Amerika'nın savaş politikasına karşı protestolar yoğun ve oldukça yaygındır. Ancak protestolar Amerikan halkını değil, Amerikan Hükümeti'nin savaş politikasını ve Amerikan hakim sınıflarını hedeflemektedir. Bonn yürüyüşünde de geniş kitleler ABD emperyalizmine olan nefretlerini dile getiren sloganlar haykırmaktaydı. Her tarafta gür sesle ; "Yankee defol?" şiarları haykırıldı.

Bu yürüyüş barış hareketinin, giderek daha da saldırganlaşan ve savaşı kışkırtan iki süper devlete ve onların başını çektikleri iki saldırgan pakta, NATO ve Varşova Pakt'ına karşı gelişen ve odak noktasına ulaşan ilk eylem idi. Şüphesiz bu yürüyüşte farklı, yanlış, hayali görüşler de ortaya atıldı. Fakat bu farklılıkları ve hayali görüşleri çürütmek için siyasi faaliyetin temeli atılmıştır. Ve bu temel üzerinde faaliyet devam ettirilmelidir. Barış eylemleri bir yürüyüşle sınırlı kalmamalı, eylemlerin sürekliliği sağlanmalıdır. Çünkü artan savaş tehlikesine karşı bu yürüyüş ilk adımdır.

KPD Merkez Komitesi'nin 8. Plenum'u üzerine Bildirgesi

Ekim ayının başlangıcında KPD Merkez Komitesi'nin 8. Plenum'u yapıldı. Bu Plenum'a misafir olarak KPD'nin Eyalet komite'lerinin 1. sekreterleri katıldı.

Merkez Komitesi çalışmalarının odak noktasını, sosyal hakların kısıtlanmasına, rasyonalleştirmeye, işyerlerinin imha edilmesine karşı ve barışın korunması için mücadelede Parti'nin artan görevleri üzerine görüşmeler oluşturmaktaydı. Bu sorunlar üzerine yapılan görüşmelerin sonucu olarak Merkez Komitesi "KPD'nin Ekonomik Politik açıklaması" ve "KPD'nin barış mücadelesine ilişkin tezler" adlı iki yazının yayınlanmasını kararlaştırdı. Merkez Komitesi, Parti'nin güçlerini fabrikalarda sınıf mücadelesinin yoğunlaştırılması noktasında harekete geçirilmesinin gerekliliğini vurguladı ve barış mücadelesinde de belirleyici noktanın "sosyal hakların kısıtlanmasına ve silahlanma çılgınlığına karşı" şiar altında artan savaş tehlikesi dolayısıyla iş yerlerinde ve sendikalar içerisinde faaliyeti yoğunlaştırmanın gerekli olduğunun önemine değindi.

Merkez Komitesi KPD'nin DDR Seksiyonu'na ilişkin bir çağrı yayınlamayı kararlaştırdı, Batı Almanya ve Batı Berlin'deki tüm yoldaşları Doğu Almanya'da tutuklu bulunan yoldaş ve arkadaşları desteklemek için mücadeleyi daha da yoğunlaştırmaya çağırdı.

Ayrıca Merkez Komitesi, Parti'nin siyasi faaliyetinin diğer sorunları üzerine görüştü. Bunların yanısıra Merkez Komitesi, Parti'yi Breschnev'in Almanya ziyareti dolayısıyla barış hareketinin Federal Almanya çapında Sovyet saldırganlığına ve silahlanma politikasına karşı yürüyüş düzenlenmesi girişimlerinde bulunması için görevlendirdi.

(„Kommunigue über das 8. Plenum des Zentralkommitees der KPD")

DDR'de siyasi tutuklular ağır hapis cezalarına çarptırıldılar

Bir kaç gün evvel Doğu Almanya'da bir Doğu Alman vatandaşı siyasi bir davada 34 aylık ağır hapis cezasına çarptırıldı. Siyasi tutukluya verilen cezanın gerekçelerini ailesi bile bilmemektedir. Bu karardan daha evvel iki KPD Doğu Almanya Seksiyonu'nun üyesi de ağır cezaya çarptırılmıştı. Bu iki yoldaştan birine afiş yapıştırdığından dolayı 44 ay, diğerine ise ona "yardım ettiğinden" dolayı 20 ay ağır ceza yediler. Bu yoldaşların ikisine bu tür ağır cezaların verilmesinin tek nedeni, onların sosyal faşist Honecker rejimine karşı DDR'deki Komünist Muhalefetin üyeleri ve sempatizanları olmalarıydı.

İşte Honecker rejimi altında verilen bu kararlar Doğu Almanya'da siyasi tutuklulara ne kadar hakkın tanındığını açıkca göstermektedir. Bu, DDR'de en küçük bir siyasi kıpırdamada sosyal faşist Honecker rejiminin ve onun yargı organlarının nasıl hareket edeceğini çok açık bir şekilde göstermektedir. Yakın zamanda Detlef Abramson isimli Berlin'li bir inşaat işçisi bir başkası ile yaptığı bir konuşmada: "biz de Polonya'daki gibi yapmalıyız'' demesinden dolayı 10 ay hapis çezasına çarptırıldı. Aynı şekilde Polonya "dayanışma" sendikasına bağışta bulunan baş hekim Wilhelm Koch da 4 yıl hapis cezası yedi. Ancak bunlar sıradan halka karşı verilen cezalar. Bunu bir de bugün sosyal faşist rejimin siyasi muhalifleri olan DDR'deki komünist muhalefete uygulayacak olursa, o zaman onlara karşı ne kadar vahşi ve keyfici hareket edildiğini görürüz.

Sosyal faşist Honeker rejimi en küçük bir kıpırdamayı azgınca terör estirerek bastırmaya çalışıyor. İşte bunun için kendisine "işçi ve köylü" devleti adını veren sosyal faşist devlet, gerçek komünizm propagandası yapanları ağır cezalara çarptırmaktadır. Sıradan işçilerin yaptıkları konuşmalarda bir kaç ayı aşkın cezayı veren Honecker rejimi, komünistler üzerinde daha vahşi bir terör estirmektedir. Onlar Manfred ve Andreas Borfeld yoldaşları 19 Mart'tan beri, yani altı ayı aşkın bir süredir göz altında bulundurmaktadır. Sosyal faşist Doğu Alman yönetimi yoldaşlara en küçük bir savunma hakkını dahi tanımamaktadır.

Doğu Almanya'da sosyal faşist Honecker rejiminin KPD Doğu Almanya Seksiyonu üyesi yoldaşlar üzerinde azgınca terörü estirmesine karşılık diğer yandan uluslararası alanda kardeş partilerin açtıkları teşhir ve protesto kampanyalarının yanı sıra çeşitli ülkelerin antifaşist ve demokratik örgütler de kampanyalar başlatarak tutuklu yoldaşlarla dayanışmaya gittiler.

Danimarka Komünist Partisi /Marksist-Leninist'ten yoldaşlar gazetelerinde başyazı olarak Doğu Almanya'daki tutuklama olaylarını yayınladı. Ve tüm anti-faşist ve demokratları Danimarka DDR Temsilciliği'nin önünde kendilerin de içinde yer aldığı "Dayanışma Komitesi" nin eylemine katılmaya çağırdı. Bu eylem Danimarka günlük burjuva gazetelerinde büyük yankı uyandırdı. Bu eylemde DDR Danimarka Temsilciliği'ne bir de protesto mektubu verildi.

Bunun yanı sıra Portekiz'de, Yeni Zeland'da, Hollanda'da kardeş partiler protesto eylemleri düzenledi, imza kampanyaları başlattı ve DDR'deki yoldaşlarla dayanışmaya gittiler. Ayrıca bu ülkelerde Doğu Almanya'nın elçiliklerine birer de protesto mektubu verildi.

İngiltere'de de "Demokratik Halk Cephesi" 1 Ekim'de DDR Elçiliğinin önünde protesto toplantısı düzenledi.

Diğer yandan çeşitli ülkelerin kardeş partilerin Merkez Komiteleri Doğu Almanya Hükümeti'ne protesto mektupları göndererek yoldaşların tutuklanmasını protesto etti ve serbest bırakılmalarını istediler. **Doğu Almanya'daki tutuklu yoldaşlar serbest bırakılmalıdır! Tutuklu yoldaşlarla dayanışmayı güçlendirelim!**

(„ Neue Politische Terrorurteile in der DDR")

İran'da gerginlikler giderek artmaktadır

İran devrimi devam ettirilmelidir!

Komünistler ve ilericiler üzerinde estirilen teröre son verilmelidir

İran'daki durum son aylarda giderek daha da gerginleşti. Özellikle Beni Sadr'ın Paris'e kaçışından sonra durum daha keskinleşti. Bir yandan İran-Irak savaşı, diğer yandan İran içerisinde devrimci, yurtsever avına çıkılması İran'da durumun daha da kızışmasına yol açtı. Bu durum aynı zamanda İran devriminin zaferini de tehlikenin eşiğine sürüklemekte ve İran'ın tekrar emperyalistler tarafından kuşatılmasına yol açmaktadır. Çünkü bugün İran'da demokratik ve ilerici güçlere karşı girişilen tutuklama, idam etme ve kurşunlama eylemleri giderek artmakta ve bu tutum anti-emperyalist cephenin bölünmesini, mücadelenin zayıflamasını beraberinde getirmektedir. Bu nedenle Partimiz yeni durumun bir değerlendirmesini yaparak aşağıdaki görüşlere vardı:

Partimiz KPD, tüm dünya komünistleri, ilericileri ve anti-faşistleri gibi 1979 yılında İran halkı ABD emperyalizmine ve onun yerli uşağı faşist Şah diktatörlüğüne karşı ayaklandığında bu durumu selamladı. Çünkü İran'da faşist Şah diktatörlüğünün yıkılması, ABD emperyalizminin önemli bir üssünü kaybetmesi anlamını taşımakta ve emperyalizme bir darbe vurmaktaydı.

İran'da yapılan bu devrim bir halk devrimiydi ve enternasyonal alanda büyük bir önemi vardı. Bu devrim ABD emperyalizmine ve Orta Doğu'daki tüm gerici rejimlere vurulan bir darbeydi. Bu devrim ABD emperyalizminin yüreğine korku saldı. Bu devrim çeşitli siyasi akımların katıldığı ve halkın eseri olan bir devrimdi.

İran'da devrimden sonra Humeyni önderliğinde İslamcı güçler yönetime geldiler. İran devriminin başarıyı elde etmesinden sonra enternasyonal alanda İran devrimine karşı yoğun bir kışkırtma kampanyası başlatıldı. Bu kışkırtma kampanyası ABD emperyalizminin önderliğinde olan ve İran'ı uluslararası alanda tecrit etme görevini gören bir kampanyaydı.

Biz bu kampanyanın o zaman konumunu ortaya koyduk ve teşhir ettik. Çünkü bizim için böylesi bir hükümeti değerlendirmenin kıstası anti-emperyalist savaştaki yeridir. Bu hükümet ABD emperyalizmine karşı çeşitli tedbirler aldı ve Sovyet sosyal emperyalizminin ülkeyi kendi hegemonyası altına alma çabalarına karşı mücadele etti. Bunları askeri ve ekonomik alanda alınan kararlar çok iyi göstermektedir. İşte tüm bunlar bizim İran'daki devrimi değerlendirmemiz için esas kıstaslardır. Ve İran'daki devrimi ele alırken, iki süper devlete ve diğer emperyalistlere karşı bir rota izlenip izlenmediği, onlara karşı kararlı bir mücadele sürdürülüp sürdürülmediği ve bu mücadelenin sabota edilip edilmediği kıstasları bizim için belirleyicidir.

İşte İran Hükümeti'nin faşist Şah diktatörlüğünün artıklarını cezalandırması ve faşist Şah ordusunda temizleme eylemine gidilmesi yukarda açıkladığımız kıstaslardan dolayı selamladık.

İran Hükümeti'nin aldığı bu tedbirler önemli, haklı olan birer tedbirlerdi ve anti-emperyalistlerin desteklemesini gerektirmekteydi. Aynı şekilde komünistler, ABD'nin İran'daki elçiliğinin işgal edilmesini ve elçiliktekilerin rehin alınması eylemini de savundular. Çünkü, bu elçilik ABD emperyalizminin bir ajan yuvasıydı, ikincisi ise bu işgal eyleminde öne sürülen talepler haklı birer taleplerdi.

Fakat yeri gelmişken bu noktada şunu belirtelim; biz komünistler için İran Hükümeti'nin aldığı bu tedbirlerin komünist ve proleter mücadele metodları ile bağdaşmadığı açık olmasına rağmen destekledik. Ancak biz komünistler tabii ki İran Hükümeti'nin faşist Şah diktatörlüğünün artıklarını yargılama metodu noktasında farklı düşünmekteyiz. Biz her türlü yıldırım kararlarının verilmesine karşıyız. Ve halkın davasına ihanet edenlerin hepsinin devrimci metodlarla yargılanmasından yanayız. Proleter mahkemelerin huzurana çıkarılan herkesin kendisini savunma hakkı vardır. Bu herkes için geçerlidir. Aynı şekilde yabancı ajanların cezalandırılması için de bu geçerlidir. Buna rağmen İran Hükümeti'nin bu tedbirlerini komünistler desteklediler. Çünkü bu tedbirler halkın yoğun nefretinin bir ifadesi ve ABD emperyalizmine ve onun yerli uşağı faşist Şah diktatörlüğüne olan kinlerini dile getirmekteydi. Bu adımları sadece dünya komünistleri desteklememekteydi. Aynı şekilde İran'daki kardeş parti İran Emek Partisi de(eski ismi İran İşçileri Köylüleri Komünist Partisi) desteklediler.

Yazımızın devamını gelecek sayıda yayınlayacağız. Bu yazıda İran Emek Partisi'nin anti-emperyalist savaştaki yerini ve bu gün İran Hükümeti tarafından ardı arkası kesilmeyen komünistlerin, ilericilerin idam edilmesi ve ilerici avına çıkılması ele alacak, İran Hükümeti'nin değerlendirilmesinde Partimizin tavrını ortaya koyacağız.

(„Die Revolution im Iran muss fortgesetzt werden!")

MARBURG'TA OTOBÜS ŞOFÖRLERİ GREVE GİTTİLER

Geçen hafta Çarşamba günü Marburg şehir işletmesinde çalışan otobüs şoförleri işi bırakarak Bonn Hükümeti'nin bütçe kararlarını protesto ettiler. Bu protesto eylemine sabah vardiyasında çalışan 40 otobüs şoförü katıldı. Otobüs şoförlerinin düzenledikleri ve 3 saat süren bu eyleme aynı zamanda ücret ve aylıkların yüzde 1 oranında kısıtlanması istenilmesinde protesto ettiklerini açıkladılar.

Uyarı grevine giden otobüs şoförleri, Bonn Hükümeti'nin bütçe kararlarından, ücretlerin kısıtlanmasından etkilenen halk sınıf ve tabakalarından bu eylemlerini anlayışla karşılamalarını istediler. Emekçilere ve halka yönelik yapıkları bu konuşmalarda otobüs şoförleri; "emekçilere yapılan bu saldırılara karşı" başka türlü daha etkili bir şekilde protesto etmenin imkanını göremediklerinden dolayı uyarı grevine gittiklerini açıkladılar.

Diğer yandan Salı gününde Frankfurt'ta binlerce emekçi toplanarak, Frankfurt şehri yöneticilerinin işyerlerini imha etme planını protesto ettiler. Salı günü öğlen Römerberg'te toplanan şehir işletmelerinde çalışan 4000 emekçi işlerlerinin imha edilmesine karşı çıktılar. Bu protesto eylemine temizlik işçileri de yoğun bir şekilde katıldılar.

Frankfurt ÖTV sendikası Kaza Birliği Başkanı Karl-Heinz Jungmann alanda toplanan işçilere seslenerek şöyle dedi: "Sadece sizlerin yoğun direnişi ancak işyerlerinin imha edilmesi planının uygulanmasını ve ücretlerin kısıtlanmasını engelleyebilir." Jungmann konuşmasının devamında şehir yöneticilerine bir ültimatom vererek" gelecek oturumda işyerlerinin imha edilmesi planlarını geri almalarını talep etti. Ve eğer bu adım atılmayacak olursa ÖTV sendikası şehir işletmelerinde çalışan emekçilerle birlikte tedbirlere başvuracaklarını açıkladı.

Frankfurt'un şehir yöneticisi, sendika düşmanlığıyla tanınmış CDU'lu Belediye Reisi Wallmann'dır. Wallmann personel giderlerinin 35 milyon DM kısıtlanmasını talep etmektedir. Ve bundan dolayı da yüzde 5 oranında, yani 2000 işyerinin imha edilmesini istemektedir.

Bir taraftan özel sektörde işyerlerinin imha edilmesi planı açıklanırken, diğer taraftan da kamu işletmelerinde işyerlerinin imha edileceğinin açıklanması emekçilerin yaşam koşullarını daha da zorlaştıracaktır. Çünkü böylece işsizler ordusunun sayısı daha da artacaktır. Bunun bilincinde olan Adler Werke firması işçileri kısa vadeli işi bırakarak kamu işletmelerindeki emekçilerin grevlerini desteklediler.

(„Protestaktionen im öffentlichen Dienst")

TÜRKİYE GENE AVRUPA KONSEYİ'NDEN ÇIKARILMADI

STRASSBOURĞ. — Geçen hafta Srassbourg'ta toplantısı sona eren Avrupa Konseyi gene Türkiye'nin Avrupa Konseyi'nden çıkarılmasını erteledi. Türkiye'nin üyelikten çıkarılmasının ertelenmesine gerekçe olarak cuntanın "demokrasiye geriye dönüş" için adım attığı ve bundan dolayı da kesin bir kararın ancak 1982'nin Ocak ayında "somut bilgilere" dayanalırak verilmesi kararlaştırıldı. En küçük demokratik hakka dahi tahammül edemeyen faşist cunta Avrupa Konseyi'nden atılmadır!

Bu şiar dün olduğu gibi bugünde henüz günceldir. Avrupa Konseyi geçen hafta Strassbourg'ta yaptığı toplantısında uzun tartışmaların sonucu Steiner'in hazırladığı önergeyi bazı değişiklikler yaparak kabul etti. Bu "değişikliklerden biri, Türkiye'nin Avrupa Konseyi'nin statüsü ile" çeliştiği idi, ki bunu ilericiler ve demokratlar aylar evveli söyleyip ve bundan dolayı da cuntanın Avrupa Konseyi'nden atılmasını talep etmişlerdi. Bunun yanısıra karar tasarısına Türkiye'de "tutuklulara yapılan kötü muameleri de son verilmesi" eklenmiştir. Diğer yandan karar tasarısında gene eski nakarat tekrarlandı: "Cunta demokrasiye geri dönecekmiş" ve bunun için esas karar bu yılın sonuna doğru Türkiye'ye giderek orada durumu inceleyecek olan Siyasi Komisyon'un ve Hukuk Komisyonu'nun "somut bilgilerinden" hareket ederek karara bağlayacaklar. Bunun yanısıra bu oturumda konsey, cuntaya tavsiyede bulunarak, demokrasiye geri dönüşü hızlandırmasını, demokratik, sendikal haklara ve insanlık haklarına yeniden işlerlik kazandırılmasını önerdi.

Bir yılı aşkın bir süredir Türkiye işçi sınıfının ve emekçi halkının kanı ve şanı pahasına elde ettiği haklara saldırarak, Türk ve Kürt ulusu üzerinde azgın bir terör ve vahşet estiren faşist cuntaya ikinci bir kez imkân tanındı. Faşist cuntaya tekrardan teşhir olmaması için demokrasiye geriye dönüş adımlarını hızlandırmasını tavsiyeleri yapılmaktadır. Böylece kesin olarak cuntanın gelecek oturumda Konsey'de kalmasını "göstermelik demokrasi" aracılığıyla sağlayabilsinler diye. Zaten cunta başa geldiğinden beri demokrasi nakaratını tekrarlamaktan başka bir şey yapmadı. Bugün bunun için faşist baskıların yasallaştırılmasından başka bir anlam taşımayan ve beşli çetenin emir kurallarından oluşan "Kurucu Meclis"i seçti. Diğer yandan yurtdışında sürdürülen yoğun teşhir kampanyasının sonucu Avrupa Konseyi bu oturumunda da Türkiye'deki bir takım gerçekleri karar tasarısına göstermelik de olsa eklemek zorunda kaldı.

Cuntanın enternasyonal alanda tecrit olmamasını sağlamak ve Avrupa Halklarının gözünü boyamak için cuntanın "demokrasiye geri dönüş" adımları attığını söyleyerek ikinci bir kez cuntanın ömrünün uzatılması biz anti-faşist, ilerici, devrimci ve komünistlerin önüne acil görevi koymaktadır. Bu da faşist cuntanın teşhirinin her türlü araca başvurularak hızlandırılması ve Avrupa halklarının nezdinde tecrit edilmesidir. Bu propaganda aynı zamanda cuntaya Alman Hükümeti tarafından yapılan "Türkiye Yardımı"nın durdurulması ve hala güncel olan Türkiye'nin Avrupa Konseyi'nden çıkarılması talebi ile birleştirilmelidir. Cuntaya birinci yılında daha ağır darbeler vurmak için ileri!

(„Die Türkei muss aus dem Europarat ausgeschlossen werden")

Cuntanın hapishanelerinde de direniş sürüyor

İstanbul Metris Cezaevinde 1820 anti-faşist açlık grevinde

Açlık grevinde bulunanlarla dayanışmayı güçlendirelim!

İSTANBUL. — 1 yılı aşkın bir süredir siyasi tutuklular üzerinde yoğun baskıların, her türlü insanlıkdışı işkencelerini sürdüren faşist cunta, devrimcileri, yurtseverleri ve komünistleri teslim alamıyor. Direnişler dışarda olduğu gibi, hapishanelerde de sürmektedir. Direniş örnekleri birbirini izlemekte... Mamak direnişinin ardından bu halkaya bir yenisi daha eklendi. 21 Eylül günü İstanbul Metris Askeri Cezaevinde bulunan 1820 siyasi tutuklu açlık grevine başladı. Metris Cezaevinde açlık grevine başlayan siyasi tutuklular cezaevindeki koşulların düzeltilmesini talep etmekteler. Açlık grevinde olanların bu direnişi desteklenmeli ve onlarla dayanışma güçlendirilmelidir.

İstanbul Metris cezaevinde başlatılan açlık grevi 21 Eylül'den beri, cuntanın grevi kırmaya çalışmasına rağmen, başarıyla sürmektedir. 1820 anti-faşistin, devrimcinin yanısıra, aralarında TDKP üyesi Metin Güngörmüş, Mustafa Yalçıner ve Elif Gönül Öztürk'ün de katıldığı açlık grevi üç haftayı aşmasına rağmen direniş devam ediyor. Tutuklular cezaevinde uygulanan insanlıkdışı baskılara, işkenceye son verilmesini talep etmekte ve cezaevindeki şartların düzeltilmesini istemektedirler. Türkiye'deki tüm cezaevlerinde olduğu gibi İstanbul Metris Askeri Cezaevinde de tutuklulara insanlıkdışı her türlü işkence yapılmakta, üzerlerindeki baskılar artırılmaktadır. Tutuklular mahkemeye götürülürken dövülmekte, özellikle mahkemede faşist cuntanın yargı organlarına karşı yiğitçe siyasi inançlarını savunanlar ve cezaevindeki faşist uygulamaları teşhir edenler, cezaevine geri getirildiklerinde ağır şekilde dövülmekte, işkence yapılmakta ve hücreye atılmaktadırlar. Cezaevi idaresinin dışardan tutuklulara yemek götüren ailelerine yemekleri getirmelerini yasaklamasının yanısıra, içerde verdikleri yemeklerde olduğca kötü, üstelik yemeklerde taş vb. yabancı maddeler çıkmaktadır. Kötü çıkarılan ve az verilen yemeklere karşı çıkarak cezaevi idaresine başvuranlar hücreye atılmaktadırlar. Ancak cezaevindeki kötü şartlar sadece bunlarla da sınırlı kalmıyor. Rutubetli ve havasız koşullarda hasta olan tutuklular



Faşist cuntanın halka karşı saldırıları giderek artmaktadır.

doktora bile götürülmemektedir. Bir çok tutuklu bu günden çeşitli hastalıklara kapılmıştır. Diğer yandan cezaevindeki baskılar sadece bundan ibaret değil. Mahkumlara zorla talimat yaptırılmakta ve marşlar söyletilmektedir. Bu duruma karşı çıkanlar ise, yemeklerin kötü çıkmasına karşı çıkanlar gibi dövülmekte ve hücreye atılarak günlerce aç susuz bırakılmaktadır. İşte cezaevlerindeki devrimcilerin bu duruma sessiz kalmayarak başkaldırmalarından faşist cunta çılgına dönmekte, devrimcileri ve komünistleri üzerindeki baskısını daha da artırmaktadır. Ve bu koşullarda direnişi kırmak için faşist cunta gözü dönmüşçesine tutuklulara saldırmakta ve insanlıkdışı metodlara başvurmaktadır. Bu dövülme eylemleri çoğu kez tutukluların ölümü ile de sonuçlanmaktadır. Metris Askeri Cezaevinde TDKP (Türkiye Devrimci Komünist Partisi) üyesi Mustafa Yalçıner ve Metin Güngörmüş askeri marş söyleyi reddettiklerinden dolayı ağır şekilde dövülerek yaralanmışlardır. Bu yaralanma sonucu hastaneye kaldırılan TDKP üyeleri 20 gün boyunca hastanede tedavi görmüşlerdir.

Üç haftadan beri süren direnişi kırmak için faşist cunta bir taraftan tutuklulara karşı saldırılarını daha da yoğunlaştırırken, diğer taraftan da tutukluların aileri üzerinde terör estirmekte ve gözdağı vermeye çalışmaktadır.

Metris Cezaevinde ağır koşullar altında sürdürülen açlık grevi, özgürlük savaşçılarının, devrimcilerin ve komünistlerin faşist zorbalığa karşı başkaldırmalarının, yiğitçe direnişin ve teslimiyeti reddedenlerin bir simgesidir. Bunun için cezaevlerindeki bu koşullara göz yumulmayarak bir sesler yükseltilmeli, faşist cunta'yı protesto etmeli, Metris Cezaevindeki tutuklularla dayanışmaya gidilmelidir.

Tüm bu gerçek koşullardan dolayı her devrimci ve anti-faşist cuntanın teşhirini hızlandırmak için mücadeleye atılmalıdır.

Metris Cezaevindeki uygulamalara karşı protesto mektuplarını şu adrese gönderin:
Metris Askeri Cezaevi Sıkıyönetim Komutanlığı/İstanbul Türkiye

İşkenceye Son!
Kahrolsun faşist cunta!

Bonn'da kitlesel yürüyüş

Yüzbinlerce insan silahlanmaya ve savaşa karşı sokaklara döküldü

Barış mücadelesi devam ettirilmelidir!

Geçen hafta Bonn'da Almanya'da savaş sonrası dönemin en büyük kitlesel ve siyasi yürüyüşü yapıldı. Bu yürüyüşe Partimiz KPD'nin de yer aldığı binin üzerinde örgüt çağrı yapmıştı. Yürüyüşe Almanya'nın dışında, İskandinavya ülkelerinden İtalya'dan Amerika'dan Hollanda'dan binlerce kişi katılmıştılar. Tüm yürüyüş boyunca ve miting alanında Bonn Hükümeti'nin ve onun ABD ile olan ittifakı hedefleyen konuşmalar yapıldı, şiarlar haykırıldı, Almanya'nın NATO'dan çıkması ve kendisini tarafsız ilan etmesi talep edildi. Yürüyüş, ABD'nin ve Sovyetler Birliği'nin savaş kışkırtıcı politikalarına geniş yığınların karşı olduğunu gösterdi. Bu yürüyüşe DGB Merkez Yönetim Kurulu'nun yasak kararına rağmen bir dizi sendikal örgüt katılmıştı. Barış mücadelesi bugün bir Bonn yürüyüşü ile sınırlı kalmamalı, sürekliliği sağlanmalıdır.

Bonn yürüyüşünün daha henüz hazırlıkları yapılırken tüm gerici basın ve burjuva politikacıları yürüyüşe karşı yoğun bir kışkırtma kampanyası başlattılar. Yürüyüşü Sovyet yanlısı bir yürüyüş olarak göstererek kitlenin katılımını engellemeye, barış yanlısı insanları barış mücadelesinden alıkoymak ve kendi emperyalist pasifizmlerinin şirin sözlerine bel bağlamalarını sağlamaşa çalıştılar. Ancak onların tüm bu kışkırtma kampanyalarına karşı haftalar önce Bonn barış yürüyüşü ve mitingi için yoğun bir hazırlık kampanyası yapıldı. Yapılan bu ön çalışmalardan bile yürüyüşün katılımının oldukça kabarık olacağı tahmin edilmekteydi. Ancak yürüyüşü hazırlayan örgütler başlangıçta katılımı yüzbin civarında tahmin etmekteydiler.

Haftalar önce hazırlığı başlayan yürüyüşün son günü yaklışmıştı. Ve bunun için herkes bir an evvel yürüyüş yerine varmak istiyordu. Daha geçen hafta Cuma akşamından binlerce kişi tüm Almanya çapında yola



çıkarak Bonn'a hareket etmiş ve geceyi arabalarının içerisinde yatarak geçirmiştiler.

Diğer yandan yurtdışından gelenler ise yürüyüşe zamanında yetişmek için Hollanda'dan, İtalya'dan, Amerika'dan, İskandinavya ülkelerinden bir kaç gün evveli yola çıkmışlardı. Bugün için siyasi görüşleri farklı olan, kilise örgütleri, anti-faşistler, çeşitli halk insiyatifleri , yeşiller ve komünistler bir araya gelerek hepsi bir amaç için protestolarını dile getirmek istiyorlardı. Bu amaçta barışın korunması için bir adımın atılmasını sağlamaktı.

Cumartesi sabah şafak daha yeni sökerken tüm Almanya çapında istasyonlar tıklım tıklım doluydu. Trenin biri hareket ediyor, diğeri onun ardından kalkıyordu. Trenle gelenlerin dışında binlercesi de otobüs, gemi ve özel arabalarıyla Bonn'a hareket etmişlerdi. Yürüyüş için hareket edenlerden ilk grup, Kuzey Ren Vestfalya Eyaleti ve Hamburgluların geldiği yürüyüş koluydu. İlk yürüyüş kolu sabah saat 7'de Bonn-Beuel istasyonuna vardı. Yürüyüşcüler trenden indikten hemen sonra ara mitingin yapılacağı yere doğru yürüdüler. Bu yürüyüş kolunda KPD'li yoldaşlar altı kişinin zor taşıyabildiği büyük ve her tarafta görülmesi mümkün olan bir pankart taşımaktaydılar.

Rheinland Eyaleti'nden gelenler de Batı Bonn istasyonunda buluşarak ara mitingin başlayacağı yer olan Schlachthof'a doğru hareket ettiler. Diğer üçüncü yürüyüş kolunu da Bad Godesberg'te buluşarak ara mitingin yapılacağı Südfriedhof'a doğru yürüyen Baden Württemberg, Pfalz ve Saarland Eyaletlerinden gelen yürüyüşcüler oluşturmaktaydı.

Bavyera Eyaletinden gelen yürüyüşcüler de Nordbrücke'de buluşarak harekete geçtiler. Schleswig Holstein, Niedersachsen ve Bremen'den gelenlerde Bonn-Beuel istasyonundan inerek ara mitingin yapılacağı yere doğru yürüdüler. Tüm yürüyüş kolları ara miting alanına kadar savaşa karşı sloganlar haykırdılar. Saat 10'a kadar beş ayrı yerde buluşan yürüyüş kolları ara mitinglerini yaptılar ve daha sonra harekete geçerek büyük mitingin yapılacağı yer olan Hofgarten'e doğru yürüyüşe geçtiler. Bir taraftan yürüyüş kolları hareket ederken diğer yandan da ardı arkası kesilmeyen yürüyüşcüler arkadan durmadan yürürüyüş koluna girerek yürümekteydiler. Yürüyüş kollarının başı ve sonu görünmüyordu. Bu yürüyüş kollarına, ayrı ayrı yerlerde Türkiyeliler de yoğun bir şekilde katıldı.

Saat 13'e doğru ilk yürüyüş kolu miting kapanış konuşmasının yapılacağı alana vardı. Miting başlamıştı.... aradan bir kaç saat geçmesine rağmen hala alana akın akın kitle her taraftan geliyordu. Alanın her tarafından oraklı, çekiçli kızıl renkli pankartlar, insanların savaşa karşı olan tepkilerini dile getiren ve Almanya'nın savaş alanı olmasının engellenmesinin adımı olan NATO'dan çıkılmasını talep eden yazılar görünmekteydi.

Alanda çeşitli konuşmacılar konuşmalarında NATO'nun ek silahlanma kararlarını eleştirdi, yerleştirilmesi planlanan orta menzilli silahların yerleştirilmesi kararının Bonn Hükümeti tarafından geçersiz kılınması, NATO'dan çıkma, Sovyetler Birliği'nin barışı tehdit ettiğini açıklayan görüşler belirttiler.

Bu yürüyüşte diğer önemli ve kaydedilmesi gereken bir nokta da, yürüyüşe DGB Merkez Yönetim Kurulu'nun tüm yasak ve engelleme çabasına karşılık geniş sendikal örgütlerin katılmış olmasıydı.

Diğer yandan miting alanında konuşan konuşmacılardan bazıları; KPD'nin de talep olarak ileri sürdüğü NATO'dan çıkılmasını ve Almanya'nın kendisini bağımsız ilan etmesinin önemine değindiler.

Miting alanında üç yüz bini aşkın kitlenin toplanmasından telaşa kapılan hakim sınıflar ve onların Bonn'daki temsilcileri, faşistler aracılığıyla provokasyon çıkarmaya çalıştılar. Sayıları 50'ye yakın bir grup faşist çete yürüyüş alanına girerek provakasyon ortamı yaratmaya çalıştılar. Ancak onların bu emellerini mitinge katılan kitle boşa çıkardı. Ve hakkettikleri cevabı vererek, miting alanının dışına attılar.

Geniş kitlesel katılımın olduğu Bonn yürüyüşü Alman halkı üzerinde belli bir etkiyi yaratacaktır. Diğer yandan bu yürüyüş şüphesiz Almanya'nın siyasi tarihine geçecektir. Ancak şimdi yürüyüş sona erdi. Şimdi barışın korunması için ne yapılması lazım? Bizim barış için mücadelemiz bir eylemle sınırlı kalmamalıdır. Çünkü iki süper devlet hala amansızca silahlanmakta ve savaş kışkırtıcılığını başını çektikleri blokları aracılığıyla yapmaktalar. Bundan dolayı şimdi barış mücadelesini daha da yoğunlaştırarak, bulunduğumuz bölgelerde somut mücadeleyi örgütlemeli, atom roketlerinin yerleştirilmesine karşı yoğun bir kampanya sürdürmeli ve halkı bu doğrultuda seferber etmeliyiz. Her tarata Almanya'nın NATO'dan çıkması şiarını yaygınlaştırmalı, savaşı kışkırtan güçlerin kimlerin olduğunu ve savaşta hangi kesimlerin çıkarlarının yattığını göstermeliyiz.

Bu mücadele de bir taraftan işyerleri imha edilir, ücretlerin dondurulması istenilir ve sosyal hakların kısıtlanmasına gidilirken, diğer yandan silahlanma için milyarların harcandığını ortaya koymalıyız. Barışın korunması için sendikalar içerisinde ve fabrikalarda yoğun bir faaliyet sürdürmeli yerli ve yabancı işçiler ve sendika üyeleri bu doğrultuda mücadeleye seferber edilmelidir.



(Yürüyüşle ilintili diğer resimler Almanca Bölüm sayfa 8 ve 9'da)

Mısır'da durum gerginliğini korumaktadır

Sedat'a suikast düzenlendi..

Camp David anlaşması ve Sedat'ın ölümü..

MISIR. — Mısır Devlet Başkanı Enver Sedat'ın bir suikast sonucu ölümü Batılı emperyalist ülkelerin başkentlerinde büyük yankı ve telaşa yol açtı. Hepsi; Reagan, Schmidt, Thatcher, Mitterand, Begin ve isimlerini saymakla bitmeyecek politikacılar, iyi, insancıl, sadık ve samimi bir dostlarını kaybettiklerini açıkladılar. Şüphesiz çeşitli burjuva politikacılarının yaptıkları bu propaganda halktan bazı kişilerde de etkisini gösterdi. Çünkü burjuva politikacıların kopardıkları yaygaraların sonucu halktan da çeşitli düşünceler gelişmeye başladı. Acaba Sedat barışsever ve gerginliği gidermeye hazır olan birisi miydi, şimdiye kadar onun izlediği politikanın sonucu mu Yakın Doğu'da barış sağlandı?

Gerçekten emperyalist ülkelerin politikacılarının kopardıkları yaygara ne içindi, bu adamın kazanımları ne idi? Mısır halkına bu adam ne kazandırmıştı? Onun Yakın Doğu'daki rolü ne idi? Kaddafi, Arafat vb. neden bu kadar yaygara koparılan adamın ölmesine sevindiklerini dile getirdiler?

Yoksa Maocuları iddia ettikleri gibi Sedat'ın ölmesi Sovyet sosyal emperyalizmine mi hizmet etti?

Ancak Sedat hakkında ne kadar yaygalara koparılırsa koparılsın, kimsenin gücü gerçekleri örtbas etmeye yetmez. Mısır'ın bugüne kadarki konumuna baktığımızda gerçeklerin ne olduğunu daha açık bir şekilde görmekteyiz. Sedat 11 yıllık yönetimi süresince Mısır halkına açlık, sefalet ve yoksulluğu getirdi. O Mısır ekonomisinin içine düştüğü buhranın yükünü Mısır emekçilerinin omuzlarına yıktı.

O ülkeyi Ulusal Demokratik Partisinin önderliğinde Sovyet sosyal emperyalizminin güdümünden çıkararak tekrardan ABD petrol tekellerinin güdümüne soktu. O Mısır halkının İsrail'e karşı olan boykotunu kırmak için ırkçı ve faşist Beginn Hükümeti'ne ucuz petrol sattı. İşte bunlar Sedat'ın emperyalistlere sağladığı kazanımların sadece bir kısmıydı.

Bir taraftan ülke emperyalistlere peşkeş çektirilirken, diğer taraftan da halkın yaşamı daha da kötüye gitmekteydi.

Sadece bu yıl içerisinde işsizlerin, evsizlerin sayısı üç katına çıktı ve şu anki konumuyla milyonları kapsamaktadır. İşte bunlarda Enver Sedat'ın Mısır halkına sağladıkları "kazanımların" bir kısmı....

Diğer yandan şu soruyu sormalıyız: Gerçekten mi Sedat yakın doğuda barışı sağladı ve bu barış nasıl bir barıştı? Ancak gerçekler şunu göstermektedir ki, Sedat'ın İsrail ile ABD çetesinin önderliğinde yaptığı anlaşmadan dolayı Arap halklarının davasına ihanet ettiğini söyleyen sadece Kaddafi ve Suriye Devlet Başkanı Assad değiller. Aynı zamanda Suudi Arabistan'ın ABD emperyalizmi ile Sedat kadar açık bir politika izlemeyen gericileri bile ona bu damgayı vurdular. Çünkü Sedat faşist Beginn'le birlikte efendileri ABD'nin önderliğinde anlaşmayı yaparken, yıllardır yüzlerce şehit vererek özgürlük mücadelelerini sürdüren filistin halkının davasına ihanet etti.

Sovyet Sosyal emperyalizminin elemanlarını ülkenin dışına çıkaran Sedat, onların yerine Mısır halkına özgürlük getirmedi. Tam tersine O Mısır'ı Yakın Doğu'da ABD emperyalizminin ikinçi bir üssü, gericiliğin bir kalesi haline getirdi. O'nun izlediği politikanın sonucu sadece Amerikan Rockelfeller tekelinin kârları artmadı. Aynı zamanda ırkçı ve faşist Begin'e filistin halkına karşı giriştiği katliamlarında haklılığını ve Begin'in barış yanlısı birisi olduğunu yaptığı anlaşmalarla göstermeye çalıştı. O'nun izlediği politikanın sonucu hiç bir şekilde barışın sağlanması daha da garanti altına alınmadı. Aksine O dünya halklarının düşmanı ABD emperyalizmine ve İsrail siyonistlerine Arap halklarına karşı saldırılarını daha da yoğunlaştırmaları için alan yarattı.

Mısır Devlet Başkanı Sedat filistin halkının özgürlük ve bağımsız devlet kurma istemlerini çiğneme pahasına İsrail'le barış anlaşması yaptı. O'nun tığı barış ABD emperyalizminin Yakın Doğu'daki hakimiyetinin damgasını taşıyan bir barıştı. İşte bu attığı adımları ile O kendisini sadece Arap halklarından tecrit etmekle kalmadı, aynı zamanda Mısır halkının da O'na karşı muhalefetinin gelişmesine yol açtı.

Sedat'ın Mısır'da muhalefetin kendisine karşı olan tepkisini, onları hapisetmekle kontrol altına almaya çalışması, saflarını daha da keskinleştirdi. İşte artan hoşnutsuzluğun ve Sedat'ın ülkeyi ABD emperyalizmine peşkeş çektirmesinin bir ürünü olarak Sedat'a suikast düzenlendi. Sedat'ın ölümü şu an görüldüğü kadarıyla ülkenin şartlarında bir değişmeye yol açmayacaktır. Yeni seçilen Devlet Başkanı Mübarek O'nun rotasını devam ettirecektir. Diğer yandan Sedat'ın ölümü emperyalistlerin yüreklerine korku saldı ve oradaki rejimlerinin ne kadar sallantıda olduğunu gösterdi. Bunun içinde batılı emperyalistler uşaklarına seslenerek dikkatli adım atmalarını istediler.